Journal for EuroLinguistiX 13 (2016): 114-176

Joachim Grzega

Gedanken eines Eurolinguisten zu Sprache, Ökonomie und Frieden Texte aus dem Europäischen Haus Pappenheim für den europäischen Normalbürger

Abstract

This publication ['Thoughts of a Eurolinguist on Language, Economy and Peace: Texts from Europäisches Haus Pappenheim for Normal European Citizens'] reprints texts that were published by Europäisches Haus Pappenheim in the years 2013 through 2015—in their German as well as in their English versions. They deal with the connection between the ways people speak and the way they think and act with respect to economy and peace. They also give recommendations how to change speaking habits.

Sommaire

Cette publication ['Idées d'un eurolinguiste sur langage, économie et paix: Quelques textes de l'Europäisches Haus Pappenheim pour l'européen ordinaire'] réimprime quelques textes écrits dans l'Europäisches Haus Pappenheim de 2013 à 2015—dans leurs versions allemandes aussi bien que dans leurs versions françaises. Ils traitent la connexité entre la façon de parler et la façon de penser et agir à l'endroit d'economie et paix. Ils donnent aussi des recommandations pour changer nos façons de parler.

Zusammenfassung

Diese Veröffentlichung ist ein Wiederabdruck einiger Texte aus dem Europäischen Haus Pappenheim, die in den Jahren 2013 bis 2015 verfasst wurden—sowohl in ihren deutschen als auch in ihren englischen Versionen. Sie behandeln den Zusammenhang zwischen der Art, wie Menschen sprechen, und der Art, wie sie hinsichtlich Wirtschaft und Frieden denken und handeln. Sie geben außerdem Hinweise, wie man Sprechweisen ändern kann.

Vorbemerkung

Juli 2012 wurde ich Leiter des neuen Europäischen Hauses Pappenheim, 2013 begann der Betrieb, 2016 wurde er leider aufgrund von kommunalpolitischen Streitigkeiten eingestellt. In dieser Zeit habe eine Reihe von Texten zur manipulativen Kraft von Sprache verfasst – eines der zentralen Themen, die wir im Europäischen Haus Pappenheim, das auf dem besten Wege zu einem Zentrum für Politik, Sprachen und Kulturen war. Dabei habe ich auch Vorschläge zur Änderung von Sprechweisen gemacht. Damit diese Texte nicht verloren gehen, werden vier von ihnen hier noch einmal abgedruckt (zuerst in ihren deutschen, dann in den englischen Versionen). Sie behandeln den Zusammenhang zwischen der Art und Weise, wie wir sprechen, und der Art und Weise, wie wir mit Bezug auf Ökonomie und Frieden denken und handeln. Der ursprüngliche Wortlaut der Haupttexte ist beibehalten. Das Layout wurde jedoch an jenes des *Journal for EuroLinguistiX* anpasst. Ferner erscheinen die Literaturangaben nicht am Ende jedes einzelnen Textes, sondern gesammelt für alle Texte ganz am Ende dieses Wiederabdrucks.

1. Gedanken zu den Europa-Tagen 2013 (veröffentlicht als EHP-Essay 1 am 05.05.13)

1.1. Einleitung

Die Europäische Union feiert den 9. Mai als Europa-Tag in Erinnerung an die Schuman-Erklärung zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1950. Bereits am 5. Mai wird jährlich der Gründung des Europarats im Jahre 1949 gedacht. Mittlerweile zählt diese Vereinigung 47 Mitgliedstaaten von Island bis Aserbaidschan, von Portugal bis Russland. Der Europarat ist bemüht um eine gemeinsame Förderung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt sowie um die Wahrung der demokratischen Sicherheit und der Menschenrechte. Es soll also um Gleichheit, Freiheit, Würde und Solidarität gehen. Doch lassen sich diese abstrakten Begriffe nicht immer mit dem vereinbaren, was unsere Worte über unser Denken verraten.

Wörter rufen Bilder hervor, wobei ein bestimmtes Wort bei unterschiedlichen Gemeinschaften auch unterschiedliche Bilder auslösen kann. Es gibt Wörter, die fest in unserer Alltagssprache integriert sind und ganz unbewusst Bilder und/oder Emotionen in uns hervorrufen. Und der gewiefte Rhetoriker spielt damit. Im Zuge seiner Studienabschlussarbeit hat mein Student Michael Weißinger beispielsweise festgestellt, dass es Hinweise dafür gibt, dass je schwächer und je persönlich unbedeutender ein Argument ist, desto wichtiger die Art und Weise der Formulierung für dessen Überzeugungskraft. Mit anderen Worten: wenn der Inhalt schwach oder unbedeutend ist, muss er zumindest gut klingen. Sieht man die niedrigen Wahlbeteiligungen in Europa als ein Zeichen für Politikverdrossenheit und mangelndes Politikinteresse, dann darf die Kraft von Wörtern als umso höher eingeschätzt werden. Dann besteht die Gefahr des rein manipulativen Gebrauchs von Wörtern. Dann fragt man sich, ob sich nicht auch eine Art Gütesiegel für Wörter lohnt. Zumindest aber bietet es sich an, Alternativen zum gegenwärtigen Gebrauch von Wörtern vorzuschlagen. Im Folgenden einige Anmerkungen.

1.2. Politische Schlagbegriffe

1.2.1. "Arbeitslose", "Arbeitslosenquote" und "Beschäftigung"

In der Politik und ökonomischen Theorie wird *Vollbeschäftigung* über die Arbeitslosenquote definiert, allerdings sehr unterschiedlich. Die Definitionen bewegen sich jedoch zwischen 2% und 13%. Daran sieht man bereits, dass das Wort Vollbeschäftigung nicht dem wörtlichen Sinne nach gebraucht wird – wie dies vielleicht eine nur mäßig politisch interessierte Person verstehen mag. Nein, *Vollbeschäftigung* wird flexibel definiert.

Ähnlich ist es mit dem, was unter dem Wort Arbeitslose verstanden wird. Sein Gebrauch als Fachbegriff schwankt, während er in den Köpfen des Normalbürgers recht klar erscheinen mag. Wörtlich ist ein Arbeitsloser schlichtweg jemand, der "ohne Arbeit" ist. Parallele Bildungsweisen zu Arbeits·los·igkeit gibt es in zahlreichen europäischen Sprachen, z.B. finn. työ·ttöm·yys, schwed. arbets·lös·het, niederländ. werk·loos·heid, ungar. munka·nélkül·iség, poln. bez·roboc·ie, russ. bez·rabot·ica; in anderen Sprachen gibt es das Muster "Un·angestellt·heit": engl. un·employ·ment, span. des·emple·o, ital. dis·occupa·zione, tschech ne·zaměstnan·ost. Unter Arbeit wird dabei 'Lohnarbeit' verstanden. Doch der Begriff schürt diskriminierende Vorstellungen. Sie entwertet einerseits beispielsweise die ehrenamtliche Arbeit, die künstlerische Arbeit und die häusliche Arbeit (einschließlich der privaten Kindererziehung und Altenpflege). Andererseits führt die herkömmliche Vorstellung, dass Arbeit im Gegensatz zu Nichtstun bzw. Freizeit stehe, vielfach zur Vorstellung, Arbeitslose wären untätig und würden nur ihren Vergnügungen nachgehen. Menschenverachtende

Vorstellungen zur Arbeitseinstellung von Arbeitslosen gab es schon Ende des 19. Jahrhunderts, als der Begriff aufkam. Solche Vorstellungen hat damals bereits etwa der Ökonom Alfred Marshall verurteilt. Danach wurde in den Wirtschaftswissenschaften zwischen freiwilliger Arbeitslosigkeit und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit unterschieden – eine Unterscheidung, die von der derzeit herrschenden neoliberalen Wirtschaftstheorie nicht vorgenommen wird. Da der Mensch in der neoliberalen Theorie letztlich als eine Art Maschine aufgefasst wird (unter vollkommener Ausblendung psychologischer Erkenntnisse über den Menschen), gibt es hier nur die Auffassung, dass es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben könne – eine Auffassung, die angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen reichlich seltsam wirkt.

Nun lohnt sich an dieser Stelle ein Blick auf die Entwicklungen der Arbeitslosenquoten seit 1950 in Ländern aus unterschiedlichen Ecken Europas: Deutschland, Italien, Frankreich, Großbritannien, Schweden¹. Hierbei fällt auf, dass es nach einer relativ flachen Wellenbewegung von ca. 1960 bis Mitte der 1970er Jahre – mit Ausnahme des sogenannten² "sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates" Schweden – zu einer Zunahme der Arbeitslosenguote kommt, die man spätestens in den 1980er Jahren als rasant bezeichnen kann. In den anderen Ländern lag die Quote Mitte der 1970er Jahre bei 4 Prozent – ein so niedriger Wert wurde seit dem niemehr wieder erreicht. Selbst in Schweden wurde die 4%-Marke 1991 schließlich gerissen und kam nur 2001-2002 wieder auf dieses Niveau. Historisch gesehen fällt das Reißen der 4-Prozent-Marke mit der Ölkrise zusammen und der rasante Anstieg mit der Einführung des neoliberalen Prinzips. Das neoliberale Modell kann also offenbar – trotz mancher neuer Begriffsbestimmungen - nicht zu einer spürbar niedrigen Arbeitslosenquote führen. Somit wäre die Frage berechtigt, warum man nicht wieder zum alten Modell oder einem davon abgeleiteten Modell zurückkehrt. Nun mögen Neoliberale einwenden, dass die Arbeitslosenquote nicht Folge des Neoliberalismus sei, sondern Folge von Menschen, die nicht arbeiten wollen. Dann ließe sich jedoch aus deren eigener Sicht die Frage stellen, ob man als Konsequenz nicht besser das neoliberale Prinzip abschaffen solle, damit Menschen wieder arbeiten wollen. Es besteht jedenfalls die Gefahr, dass sich die neoliberale, wissenschaftlich unbegründete Auffassung des Begriffs Arbeitslose in der Gesellschaft festigt.

Alternativvorschläge: *Erwerbsarbeitssuchende*, *Lohnarbeitssuchende* oder – wie dies die Nationale Armutskonferenz vorgeschlagen hat – *Erwerbslose*.

1.2.2. "Steuern"

Die Wörter für Steuern werden von vielen Europäern eher negativ assoziiert, wenngleich von Skandinaviern deutlich weniger als von anderen Europäern, wie ich in einigen Studien schon zeigen konnte. Ob dies mit der Einführung des neoliberalen Gedankens einhergeht, kann nicht gesagt werden, da zu den Vorstellungen der Wörter für *Steuer* keine Studien aus der Zeit von den 1930ern bis zu den 1970ern vorliegen. Umfrage 74.1 der Reihe "Special Eurobarometer" – so methodisch problematisch die Reihe oft scheinen mag – hat immerhin ergeben, dass zur Bewältigung der "Krise" in keinem Land eine Mehrheit der Befragten die Kürzung von öffentlichen Ausgaben gegenüber der Investition in Maßnahmen zur ökonomischen Belebung bevorzugen würde. Bildete man eine Kürzungs-Gruppe (= mindestens zwei Drittel der Befragten bevorzugt Kürzungen), eine Investitions-Gruppe (= mindestens zwei Drittel der Befragten bevorzugt Investitionen) und die Gleichgewichtsgruppe (= Meinung ausgeglichen bzw. Unentschlossenheit, d.h. keine Maßnahme wird zu über zwei Dritteln bevorzugt), so sind die Dänen eindeutig in der Investitionsgruppe, keine Nation ist in der Kürzungs-Gruppe, der Rest gehört zur Gleichgewichtsgruppe. Das heißt mit anderen Worten aber auch, dass Investionen für eine nicht geringe Zahl von EU-Bürgern als

¹ Vgl. dazu die Studie von Bertola/Garibaldi (2003).

² Vgl.. dazu die Arbeit von Esping-Andersen (1990).

notwendig erachtet werden. Ob dazu mittlerweile eine positive Einstellung zu den dazu notwendigen Steuereinnahmen einhergeht, wird zu prüfen sein. Neue Bezeichnungen könnten für ein Umdenken sorgen.

Alternativvorschlag: Gemeinschaftsbeitrag.

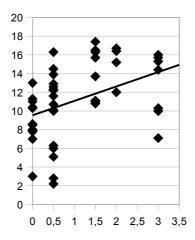
1.2.3. "sparen", "sparsam", "billig" und "wirtschaftlich"

Sparen gilt jedem, der als Verbraucher oder als Unternehmer denkt, als einsichtige Tugend. Nicht selten wird dabei übersehen, dass ein einzelwirtschaftliches Prinzip nicht unbedingt ein volkswirtschaftliches, staatliches Prinzip sein kann. Dies gilt schon allein deshalb, weil der Staat ganz andere Aufgaben hat als Privathaushalte und Unternehmen – gemäß neoliberalem Wirtschaftsmodell soll der Staat sogar nur sehr begrenzte Aufgaben wahrnehmen, viel begrenzter, als es derzeit die staatlichen Verfassungen der EU-Mitglieder in der Regel vorsehen.

Dennoch wird Sparen auch in der Europa-Politik derzeit als das beste Heilmittel gesehen – trotz gegensätzlicher Erkenntnisse, wie sie etwa Heiner Flassbeck am 26. April im EHP vorgetragen hat. Menschen – der Durchschnittsbürger wie der Durchschnittspolitiker – tun sich nämlich mit der Vorstellung schwer, dass etwas, das für ein einzelnes Element oder einen Teil der Gruppe gut sein mag, für die Gesamtheit der Gruppe (sprich den Staat) nicht gut sein mag. So ist es nachvollziehbar, dass viele Wörter um den Begriff "sparen" mit dem Begriff "wirtschaften" zusammenhängen. Mit anderen Worten: das Sparen wird als Idealform von Wirtschaften gesehen. So gibt es in den europäischen Sprachen folgende Wortzusammenhänge zu finden:

- 1. Wörter für 'sparsam' hängen mit 'wirtschaftlich' zusammen, z.B. engl. economical/economic
- 2. Wörter für 'sparen' hängen mit 'wirtschaften, wirtschaftlich handeln' zusammen, z.B. franz. *économiser*
- 3. Wörter für 'Sparkasse' hängen mit 'sparen' zusammen, z.B. dt. *risparmiare/cassa di risparmio*
- 4. Wörter für 'billig' hängen mit 'gut/wirtschaftlich' zusammen, z.B. ital. *economo/economico*, niederländ. *goedkoop*

Als Gegengewicht gibt es zumindest in einigen Sprachen noch die Erscheinung, dass ein Wort für 'billig' auch 'von schlechter Qualität' bezeichnen kann. Nun könnte man einer Sprache für jedes vorhandene der obigen Merkmale 1 bis 4 je 1 Punkt geben und bei Vorliegen des Zusammenhanges 'billig=schlecht' einen halben Punkt abziehen (z.B. niederländ. *goedkoop*). Dann könnte man die Sparquoten privater Haushalte in einigen Ländern vergleichen, in denen diese Sprachen als nationale Amtssprachen gesprochen werden. Dies habe ich getan für die Sparquoten der Jahre 2002, 2005 (vor Beginn der weltweiten Finanzkrise), 2008 (nach Beginn der weltweiten Finanzkrise, aber vor Beginn der daraus erfolgten sogenannten Staatsschuldenkrise) und 2011 (nach Beginn der sogenannten Staatsschuldenkrise) gemäß der Eurostat-Datenbank, und zwar für folgende Länder: Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Spanien, Tschechien, Ungarn. Die Berechnung des sogenannten Korrelationskoeffizienten ergibt dabei immerhin einen mittelstarken Zusammenhang (und mittleren Effekt). Mit anderen Worten: Je mehr der Wortschatz einer nationalen Amtssprache eines Landes Zusammenhänge in der Bildung der Wörter für 'sparen', 'wirtschaften', 'Sparkasse' und 'billig' zeigen, desto höher ist die Sparquote privater Haushalte des betroffenen Landes.



Die europäischen Wörter für 'sparen', die nicht von Wörtern für 'wirtschaften' abstammen, bedeuteten ursprünglich meist 'schonen' (z.B. dt. niederländ. *sparen*, schwed. *spara*, franz. *épargner*, ital. *risparmiare*). Interessant ist dabei auch die Gebrauchsentwicklung des Wortes. Soweit ich es überblicke, konnte man früher diese Wörter nur im Zusammenhang mit einem realen Gut als Zweck verknüpfen. Man konnte also beispielsweise *Öl sparen* oder *(Geld) für Öl sparen*. Heutzutage kann man auch *Geld sparen*, ohne Zweck. Und in vielen Sprachen ist es so, dass das bloße Wort *sparen*, also ohne Nennung eines Objektes, heutzutage automatisch als *Geld sparen* aufgefasst wird. So habe ich es in einer kleinen informellen Analyse der jeweils ersten 25 Google-Treffer für die Grundformen der Wörter für 'sparen' auf deutschen, britischen, französischen, italienischen, ungarischen, polnischen und schwedischen Internet-Seiten festgestellt.

| | allein- stehend (im Sinne von 'Geld') | + 'Geld' / 'Ausga- ben' / 'Summe' / Betrag | + Prozent- satz | + 'Ener- gie' | + 'Strom' | + 'Sprit' | + 'Wasser' | + ' Wärme' | + 'Batte- rie' | + 'Um- welt' | + 'Zeit' / 'Monat' | + 'Atem' |
|----|--|--|-----------------------|---------------------|--------------|--------------|---------------|---------------|----------------------|--------------------|--------------------|-------------|
| DE | 18 | 3 | | 3 | | 1 | | | | | | |
| UK | 6 | 15 | 1 | | | 1 | | | | 1 | | 1 |
| FR | 25 | | | | | | | | | | | |
| IT | 14 | 2 | 2 | 7 | | | | | | | | |
| HU | 6 | 7 | | 3 | | | | | | | 9 | |
| PL | 13 | 6 | | 2 | 1 | | 1 | 1 | 1 | | | |
| SE | 16 | 6 | | 1 | | | 2 | | | | | |

Auf den meisten Internet-Seiten finden sich Wörter für 'sparen' in direkter oder in gedachter Kombination mit 'Geld'; lediglich auf den ungarischen Seiten halten sich echte oder gedachte Kombination mit 'Geld' und Kombinationen mit 'Zeit(spanne)' die Waage. Doch letztlich kann man Zeit ebensowenig sparen wie Geld. Zeit verstreicht einfach und der Geldwert sinkt einfach.

Alternativvorschlag: Eine Trennung der Begriffe für den Geld-Bereich und den Nicht-Geld-Bereich, im Deutschen vielleicht *sparen* für ersteres und *schonen* für letzteres (denn Geld ist ja zum Investieren da und nicht zum Schonen, außer man ist Münzsammler).

1.3. Schlussbemerkung

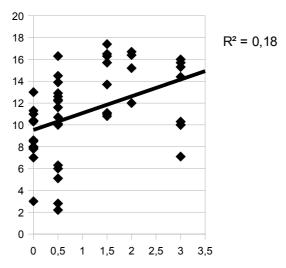
Mit Worten werden Wirklichkeiten geschaffen. Eines sei hier aufgrund der Erfahrungen mit "politisch korrekten Begriffen" seit den 1960er Jahren allerdings hinzugefügt: Namensänderung allein bringt nicht automatisch Verbesserung der Situation, sondern bringt nur ein anfängliches Umdenken. Aber solche neuen Denkwege müssen genutzt werden, bevor man wieder auf die alten gewohnten Denkpfade zurückkehrt. Umso wichtiger scheint es mir, dass der Zusammenhang zwischen Sprache und politischer Bildung bzw. politischer Willensbildung einen größeren Raum im schulischen und außerschulischen Leben einnimmt. Das Europäische Haus Pappenheim will dazu beitragen.³

Appendix

(1) National Savings Ratios (Source: Eurostat)

| Country | 2002 | 2005 | 2008 | 2011 |
|---------|------|------|------|------|
| AT | 12.9 | 14.5 | 16.3 | 12.6 |
| CZ | 10.1 | 9.5 | 9.4 | 9.6 |
| DE | 15.7 | 16.3 | 17.4 | 16.5 |
| ES | 11.1 | 10.8 | 13.7 | 11.0 |
| FI | 7.9 | 8.5 | 7.8 | 8.6 |
| FR | 16.0 | 14.4 | 15.3 | 15.7 |
| HU | 10.3 | 11.3 | 8.0 | 10.4 |
| IE | 6.3 | 10.1 | 10.0 | 10.7 |
| IT | 16.7 | 16.4 | 15.2 | 12.0 |
| NL | 13.9 | 12.3 | 12.2 | 11.6 |
| PL | 10.6 | 8.3 | 2.4 | 2.1 |
| PT | 10.3 | 10.0 | 7.1 | 10.0 |
| SE | 9.7 | 6.9 | 11.8 | 12.9 |
| UK | 5.1 | 2.8 | 2.2 | 6.0 |

(2) Correlation Degree of Lexical Derivates / National Savings Ratios (Source: own calculations)



x-axis = degree of lexical derivates; y-axis = national savings ratios

³ Vgl. ferner: Eurostat, Flassbeck (2012), Grzega (2009 & 2013), TNS Opinion & Social (2010), Wunsch (1962).

2. Ein anderes Europa – im Sprechen, Denken und Handeln: Ein Beitrag im Vorfeld der Europawahlen 2014 (veröffentlicht als EHP-Essay 2 am 04.01.14)

2.1. Zusammenfassung

Schon Diskussionen auf kommunalpolitischer Ebene zeigen, dass Wörter uns blenden können. Sie können positive oder negative Gefühle auslösen – je nachdem, mit welchem Ereignis sie verbunden werden oder zu welch anderen Wörtern sie ähnlich klingen. Das Wort *Sparen* klingt gut, bedeutet in der jetzigen Wirtschaftssituation in der Gesamtbetrachtung jedoch *Vernichten* – Vernichten von Arbeitsplatzqualität, Arbeitsplatzmenge, Allgemeinvermögen und Allgemeinwohl. Hinzu kommt, dass *wirtschaftlicher Erfolg* von uns als Veränderung des Bruttoinlands- oder des Bruttosozialproduktes definiert wird. Diese Definition ist aber keinesfalls naturgegeben. Wir können Wörtern eine neue Definition geben und dadurch die Welt ändern (so wie Neu-Definitionen von *Arbeitsloser* die Arbeitslosenzahlen verbessern). Das heißt auch: Wir können unsere gesellschaftlichen Ziele immer selbst bestimmen. Darum geht es in diesem Beitrag. Er befasst sich mit folgenden Zielen:

- Wir wollen als Land ein guter Partner sein.
- Wir wollen ein langes gesundes Leben genießen.
- Wir wollen eine gute Schulbildung haben.
- Wir wollen jetzt und später ein sicheres Leben in Freiheit und ohne Armut führen.
- Wir wollen staatliche Leistungsbilanzen erzielen, die im Gleichgewicht sind.

Diese Ziele stehen im Einklang mit EU-Vertrag und nationalen Verfassungen und bedürfen eines entsprechenden Modells. Das derzeit herrschende Neoliberalismus-Modell ist letztlich vertrags- und verfassungswidrig. Es hat zu hohen sozialen Ungleichgewichten, hoher Arbeitslosigkeit und einer tiefen Finanz- und Existenzkrise geführt. Analysen zeigen, dass in der EU Schweden, Dänemark, Irland und die Niederlande die alternativen Ziele oft besser erreichen als andere; bisweilen sind auch außereuropäische Länder viel besser. In der Gesamtschau zeigt sich sich Folgendes: Statt eines unter- oder einseitig ernährten Staates braucht es vielmehr einen gesunden wohlgeformten Staat. Mit *Staat* ist damit die Verwaltung der Leistungen gemeint, die allen Mitglieder eines Landes dienen. Wissenschaftliche Beobachtungen zeigen, dass Folgendes gilt:

- Je gesünder, wohlgeformter, stärker der Staat, desto höher die Leistungsstärke von Menschen.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher der allgemeine Wohlstand.

Um dies zu erreichen, müssen sowohl die wissenschaftlichen Daten als auch Wendungen wie gesunder wohlgeformter, starker Staat vielfältig verbreitet werden.

2.2. Einleitende Überlegungen

In welchem Europa wollen wir leben? Was sind erstrebenswerte Ziele? Dieser Beitrag will mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 zeigen, dass wir durch Wörter, die uns alltäglich in den Massenmedien vorgestellt oder vorenthalten werden, daran gehindert werden, über eine andere Gestaltung Europas nachzudenken. Dieser Beitrag will Menschen dazu anregen, verschiedene Formen von Europa in ihren Köpfen entstehen zu lassen und diese mit den Zielen der einzelnen politischen KandidatInnen abzugleichen. Der Beitrag will dabei keine bestimmte Partei empfehlen. Der Beitrag will sich auch nicht als Beitrag eines Deutschen für die Europäer verstanden wissen; ich schreibe als Europäer. Genauso wenig will der Beitrag Schelte von PolitikerInnen und JournalistInnen

betreiben und ihnen bewusste Manipulation der Menschen unterstellen. Vielleicht sind sie selbst nur durch die jahrelangen Wiederholungen von Wörtern und Wendungen in ihren Denkweisen gefangen. Vielleicht ist auch der empfundene Druck, möglichst viel an Macht und Verkaufsexemplaren zu erzielen, zu groß.

Zunächst ein Beispiel aus meiner unmittelbaren Umgebung. Zu Beginn des Jahres 2014 steht in den Gemeinden wieder die Verabschiedung der Haushalte an. Ich wohne in Bayern. Hier stößt man in kommunalen Haushaltsdebatten vielerorts auf drei ganz pauschale Ansichten:

- Es sei notwendig, dass die Personalkosten gesenkt würden.
- Es sei notwendig, dass die Kommune spare und Schulden abbaue.
- Es sei notwendig, mehr Aufgabenbereiche an effizientere Privatunternehmen abzugeben.

Bei allen drei nachgeplapperten Aussagen vermisst man eine Einbettung in wirtschaftliche Analysen, Zusammenhänge und Erfahrungen. **Doch schon ein kurzes Nachdenken ist ein Anstoß, sich aus solchen verhärteten Sprach- und Denkmustern zu befreien**. Aus den Äußerungen schwingt zum einen der Generalverdacht, dass die Mitarbeiter von Stadtverwaltungen nicht gut genug arbeiteten – **die pauschale Forderung nach Personalabbau ist eine Art General-Mobbing**. Politiker sollten sich nicht zu solch menschenverachtenden Äußerungen hinreißen lassen. Zum anderen muss man sich jedoch Folgendes vergegenwärtigen:

- Senkung von Personalkosten bedeutet Versklavung oder Arbeitsplatzvernichtung und damit für das verbliebene Personal gegebenenfalls gesundheitsschädigende Arbeitsplatzgestaltung.
- Sparen und Schuldenabbau bedeuten Investitionsverzicht und damit geringe Aufträge an
 die örtliche und überörtliche Privatwirtschaft; Sparen und Schuldenabbau bedeuten dadurch wiederum Arbeitsplatzvernichtung und letztlich Wertminderung des kommunalen Vermögens und eine in der Regel einsetzende Verschlechterung der Lebensqualität
 im Ort.
- Die grundsätzliche Aufgabe der Kommune ist, Sorge für das Wohl der Allgemeinheit zu tragen. Die grundsätzliche Aufgabe eines Privatunternehmens ist, Sorge für die Eigentümer des
 Unternehmens zu tragen. Die Abgabe kommunaler Aufgabenbereiche an die Privatwirtschaft bedeutet somit Verzicht auf die Sorge um das Allgemeinwohl und Verlust von
 kommunalem Vermögen.

Ob nachfolgende Generationen dafür dankbar sein werden, ist fraglich. Und obwohl die Gemeinde so nah ist, denken wir oft nicht ausreichend genug über das wirtschaftliche Handeln für unsere Gemeinde nach. Viele unbedachte Ansichten werden genährt durch deren permanenter Wiederholung in den Massenmedien und darin repräsentierten überörtlichen politischen Mächte – der Politiker der Region, des Landes und sogar der EU. Dazu gehört auch der Aufbau von positiven und negativen Schwingungen von Wörtern.

Das Wort *Inflation* etwa ist im Laufe des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der enormen Geldentwertung durch die rasante Geldmengensteigerung in der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre entstanden. Dieses Phänomen wird in der Fachsprache heute als *Hyperinflation* bezeichnet. Der Ausdruck *Inflation* wird von Fachleuten heute umfassender gebraucht, doch der negative Beigeschmack ist vor allem in der Alltagssprache geblieben. *Schulden* klingt im Deutschen negativ, weil es mit negativen moralischen und juristischen Ausdrücken zusammenhängt: *Schuld* und *schuldig*. Das trifft übrigens auch auf das Niederländische, Dänische und Schwedische zu. Nicht aber auf andere europäische Sprachen.

Wörter können negative Gefühle auslösen, wenn sie mit einem negativen geschichtlichen Ereignis oder mit anderen negativen Wörtern zusammenhängen. Bei rein sachlicher Betrachtung ist tatsächlich wenig einsichtig, warum Schulden und Inflation so negativ gesehen werden. Besinnen wir uns einmal auf Folgendes. Zu den wirtschaftlichen Hauptakteuren zählen die Unternehmen (darunter die Banken und Medienhäuser), die Privathaushalte und der Staat. Der Staat umfasst alle Angehörigen eines Landes; hier ist mit Staat die Verwaltung der Leistungen gemeint, die allen Angehörigen eines Landes dienen. Jeder der drei wirtschaftlichen Hauptakteure hat das Wohl eines anderen im Auge. Der Unternehmer zahlt Löhne, damit diese von den Privatpersonen für seine Produkte ausgegeben werden. Unternehmer und Privatpersonen zahlen Steuern an den Staat, damit dieser zumindest die wichtigsten Rahmengegebenheiten für das Zusammenleben garantiert. Die wichtigsten Rahmengegebenheiten sind Sicherheit, Justiz, Straßennetz, Abwasseranlagen und soziale Absicherung. In der realen Welt ist kaum vorstellbar, dass bei einer Einzelperson oder einem Einzelunternehmen jeden Monat oder gar jeden Tag die gleiche Menge an Einnahmen der gleichen Menge an Ausgaben gegenüberstehen. Jedes Mal, wenn ein Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufes etwas für eine größere Investition zurücklegt (eine Privatperson für ein Eigenheim, ein Unternehmen für eine Fabrikhalle oder eine staatliche Einrichtung für eine Schule), dann fehlt dies irgendeinem anderen Teilnehmer als Einnahme. Alternativ kann der Investitionswillige sich das Geld von jemandem vorschießen lassen, mit anderen Worten: Schulden machen. Das bedeutet allerdings zunächst auch nichts anderes, als dass wiederum irgendein anderer Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufes etwas vorher in Geldanlagen angespart haben müsste. Dies wiederum muss schon vorher zu Verlusten bei einem anderen geführt haben. Es wäre ein Teufelskreis, würde nicht zum Zwecke des Fortschritts in der Güter-Welt von Banken Geld zusätzlich gedruckt oder als Buchgeld angeboten. Bei steigender Nachfrage nach Geld und Gütern kann es freilich zu einer gewissen Preiserhöhung kommen. Dies trägt zu dem bei, was man Inflation nennt, die Minderung der Kaufkraft des Geldes bzw. die Preissteigerungsrate. Am Ende des Tages belaufen sich sämtliche Ein- und Ausgänge an Geld für die gesamte Wirtschaftsgemeinschaft gesehen auf Null. Mathematisch ist es anders nicht denkbar. Somit sehen wir: für den Fortschritt sind sowohl Inflation und Schulden grundsätzlich notwendig und begrüßenswert. Letztlich gilt also: Schulden und Sparen sind zwei Seiten derselben Medaille; Nachfrage-Fortschritt und Inflation sind zwei Seiten derselben Medaille. Man kann nur jeweils beide als gut oder beide als schlecht bezeichnen. Wollte man sich für letzteres entscheiden, müsste man dann auch ein gänzlich alternatives Wirtschaftsmodell vorschlagen.

Wie bei allem im Leben, kommt es auf das Maß an. Eine Inflation bis zu rund 5 Prozent Wertverlust im Jahr hat sich in der Geschichte bislang als unbedenklich erwiesen und gilt in der Wirtschaftswissenschaft als akzeptabel. Welche Staatsschuldenquote als bedenklich anzusehen ist, ist schwerer zu sagen. Bei der Währungsunion hatte sich die EU geeinigt, dass die Staatsschulden nicht 60 Prozent des so genannten Bruttoinlandproduktes (BIP) eines Staates übersteigen sollten. Diese Zahl beruht aber nicht auf irgendwelchen Beobachtungen. Hier genügt zunächst der Hinweis, dass die Krise im Euro-Raum keinesfalls auf Staatsschulden zurückgehen kann. Die schwer getroffenen Staaten Spanien und Irland hatten nämlich von 2000 bis 2007 ihre Staatsschulden permanent bis auf 40 bzw. 25 Prozent des BIP reduziert⁴. Selbst 2008 war die Staatsverschuldung von Irland noch im Rahmen, jene von Spanien sogar 2010. Die beiden Länder waren also mit Blick auf die EU-Vereinbarungen geradezu vorbildlich, während Deutschland schon seit 2003 dieses Kriterium gerissen hatte.

⁴ Soweit nicht anders angegeben, entstammen alle EU-Daten der EU-Statistik-Datenbank *Eurostat*: http://ec.europa.eu/eurostat (01-01-14).

Umgekehrt ist bei rein sachlicher Betrachtung wenig einsichtig, warum Sparen gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten gepredigt wird. Die Geschichte bietet vielmehr eine Reihe von Belegen für folgende Erkenntnis: **Sparprogramme machen eine schwächelnde Wirtschaft zu einer todkranken Wirtschaft**, die auch andere Wirtschaften mit in den Abgrund reißen kann: etwa die amerikanischen und deutschen Spar-Programme nach dem Börsenkrach von 1929 und die lateinamerikanische Staaten in den 1990er Jahren. Letztere sind erst wieder aufgeblüht, als sie die Einschränkung an öffentlichen Investitionen ablehnten, die ihnen der Internationale Währungsfonds (IWF) damals – so wie heute EU-Ländern – auferlegt hatte⁵.

Ebenso wenig einsichtig ist, warum man noch immer an der Abschaffung von Regeln für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere für den Finanzbereich festhält. In Großbritannien wurde Ende der 1970er, in Deutschland und allmählich anderen europäischen Ländern ab den 1980ern ohne Not ein erfolgreiches Modell abgelöst: eine europäische Wirtschafts- und Sozialordnung, die seit den 1950er Jahren in Westeuropa zu Wohlstand für alle geführt hatte und die beiden Ölkrisen der 1970er Jahre meistern konnte. Die Abschaffung von Regeln und sozialen Absicherung hat Europa bitter bezahlt. Der so genannte Neoliberalismus oder Marktradikalismus führte zu einem sprunghaften, nie wieder gänzlich bereinigten Anstieg von Arbeitslosen und hat die Menschen in Nordamerika und Europa in eine tiefe Finanz- und Existenzkrise gestürzt. Die neoliberale Lehre predigt einen "schlanken Staat" (dieses Bild ist mit Ausnahme von Skandinavien und einem Teil des westlichen Europa häufig). Sie hat jedoch zu einem ungesunden, einseitig ernährten, untergewichtigen Staat geführt. Man braucht wieder einen gesünderen, besser ernährten Staat. Dazu braucht man auch etwas, das man Steuern nennt. Dies wird vielleicht mehr geschätzt, wenn man für die Finanzierung der staatlichen Gemeinwohl-Aufgaben Gemeinwohl-Abgaben⁶ oder Gemeinwohl-Beiträge sagt.

Mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014 soll in diesem Essay unser wirtschaftliches Handeln aus Richtungen abseits der Massenmedien betrachtet werden. Das Europa, in dem wir leben, können wir selbst mitbestimmen. Dies vergessen wir zuweilen angesichts der wiederkehrenden Darstellungen in den Massenmedien, dass die Welt auf eine bestimmte Art einfach funktioniere. Doch Gesetze zum gesellschaftlichen Zusammenleben sind zum geringsten Teil Naturgesetze. Menschliches Verhalten ist nicht allein von Natur, sondern zu einem Gutteil von Kultur geprägt. Und was den Menschen nun wirklich von Natur aus prägt, darüber gibt es immer wieder neue Erkenntnisse. Rationales Handeln gehört offenbar nicht dazu, wie vielfach gezeigt worden ist⁷. Vielmehr lässt sich der Mensch von Gefühlen leiten, oftmals ausgelöst durch bestimmte Wörter. Wir können mit Wörtern unser Denken und Handeln steuern. Wir können mit neuen Wörtern zumindest ein neues Denken einleiten, das dann zu einem neuen Handeln führen kann. Und wir können mit unseren Wörtern einfach die Welt ändern, indem wir ihnen einfach eine neue Bedeutung geben. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den Statistiken einfach senken lassen, indem das Wort Arbeitsloser neu definiert wurde.

2.3. "Wohlstand", "Wachstum", "wirtschaftlicher Erfolg"

Wirtschaftliches Wachstum ist ein oft erklärtes Wunschziel von Politikern. Dadurch wird wirtschaftliche Kompetenz suggeriert. Für den Allgemeinbürger mag beim Wort *Wachstum* die Vorstellung erweckt werden, dass man immer mehr Exemplare der gleichen Dinge herstellen muss. Dies allein ist aber beim wirtschaftswissenschaftlichen Fachbegriff *Wachstum* gar nicht gemeint. Er kann auch bedeuten, dass die gleiche Zahl der Dinge mit weniger Einsatz hergestellt werden. Es kann auch hei-

⁵ Vgl. Stiglitz 2002.

⁶ Diesen Ausdruck hat mein Vater, Günter Grzega, vorgeschlagen – so etwa zitiert in Bunjes (2013).

⁷ Vgl. z.B. Ariely 2008, Kahnemann 2011, Gigerenzer 2014.

ßen, dass neue, fortschrittliche Dinge hergestellt werden. Viele Unternehmen hoffen allerdings darauf, dass sie möglichst wenig in Neuerungen, in Fortschritt stecken müssen, sondern mit den bestehenden Produkten möglichst viel Gewinn erzielen. *Wachstum* als wirtschaftliche Größe umfasst also dreierlei:

- mehr Exemplare eines Produktes mit dem gleichen Aufwand
- gleich viele Exemplare eines Produktes mit weniger Aufwand
- · ein gänzlich neues Produkt, das dem gleichen Gebrauchszweck dient

Fachsprachlich ausgedrückt ist Wachstum die Veränderung des Bruttoinlandsproduktes. Das Bruttoinlandsprodukt ist der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb eines Staates hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Bekannt ist daneben auch das Bruttosozialprodukt; dies ist der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einer Zeitspanne mit Hilfe von Mitteln und Leistungen der Inländer eines Landes hergestellt werden; es ist das an Inländer insgesamt geflossene Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen. Bei dieser Sichtweise werden die Inländer als eine Einheitsmasse betrachtet.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttosozialprodukt (BSP) bzw. Bruttonationaleinkommen (BNE) sind die mit Abstand häufigsten Begriffe, die ich in den von mir ausgewählten Zeitungen als Kennzahl für wirtschaftlichen Erfolg gefunden habe. Dazu sei jedoch Folgendes gesagt: Weder das Bruttoinlandsprodukt noch das Bruttosozialprodukt sagen etwas darüber aus, ob ein Mitglied der Bevölkerung das gesamte von der Bevölkerung erarbeitete Einkommen erhalten hat und die anderen nichts oder ob jedes Mitglied der Bevölkerung das gleiche Einkommen erhält, egal wieviel jeder einzelne gearbeitet hat. Das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttosozialprodukt berücksichtigen auch nicht, ob es Mensch und Umwelt gut oder schlecht geht.

Zumindest folgende Erkenntnis sollte uns interessieren: Es gibt keine naturgegebene Bedeutung von Wohlstand und Wirtschaftswachstum und der Wendung wirtschaftlicher Erfolg. Wir Menschen können sie anders bestimmen. Dazu sei gesagt, dass der Erfinder des Bruttosozialproduktes, der US-amerikanische Simon Kuznets (1934), das Bruttosozialprodukt gar nicht als Kennzahl für Wohlstand entwickelt hat, sondern zur Prüfung, ob die US-amerikanische Wirtschaft finanzstark genug wäre, um an einem Weltkrieg teilzunehmen. Er betonte sogar, dass sein Indikator wissenschaftlich gesehen unsolide sei. Längst sind andere Kennzahlen geschaffen worden.

- Der Human Development Index berücksichtigt das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung eines Menschen bei dessen Geburt und die durchschnittliche und voraussichtliche Schuldauer
- Der Happy Planet Index berücksichtigt Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit und die Fläche Erde, die ein Mensch braucht, um seinen Lebensstandard unter Beibehaltung heutiger Produktionsbedingungen dauerhaft zu ermöglichen.
- Der Index of Sustainable Economic Welfare und die daraus hervorgegangene Ideen für einen Genuine Progress Indicator berücksichtigt die im Haushalt erbrachten Leistungen, den Grad der Nachhaltigkeit unseres Verhalten und die Verteilung von Arbeit und Einkommen positiv und rechnet unerwünschte Folgekosten unseres sozialen und ökologischen negativ mit ein.
- Der Gini-Index stellt die Ungleichverteilung von Einkommen dar und gilt manchen als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Lage.

Wie beim BIP und beim BSP bzw. BNE ist bei jeder dieser alternativen Kennzahlen deren Ermittlung mal mehr, mal weniger kritisiert worden. Es geht jedoch weniger um Zahlen, die im Detail überzeugen, sondern um grobe Linien, die diese Zahlen erkennen lassen. **Doch im Vergleich zum**

Bruttoinlandsprodukt und dem Bruttosozialprodukt sind diese alternativen Kennzahlen wenig eingebürgert – was sich in deren Vorkommen in den Massenmedien ausdrückt. Exemplarisch habe ich die Online-Versionen weit verbreiteter Tagesmedien aus allen Himmelsrichtungen Europas gesichtet. Die untersuchten Online-Zeitungsarchive sind jene von bild.de (BILD), krone.at (Kronen Zeitung), lefigaro.fr (Le Figaro), dailymail.co.uk (Daily Mail), dn.se (Dagens Nyheter), fakt.pl (Fakt), aktualne.cz (Aktuálně), nol.hu (Népszabadság), corriere.it (Corriere della sera), elpais.com (El País). Zählt man das Vorkommen aller Kennzahlen zusammen und vergleicht man dann die Häufigkeit der traditionellen Kennzahlen mit den alternativen Kennzahlen, so stellt man fest, dass letztere zwar in Fakt und der KronenZeitung knapp 10% ausmachen und in der DailyMail knapp 6%; in den anderen aber machen sie weniger als 2%, in der BILD, dem Figaro und dem Corriere sogar weniger als 1% aus. Für die geringe Einbürgerung der alternativen Kennzahlen spricht auch, dass es in einer Reihe von Ländern gar keine einheimische Wortbildung gibt, sondern einfach – gezielt oder nicht gezielt – der manchmal undurchsichtige englische Ausdruck verwendet wird.

2.4. Welche Ziele haben wir Europäer?

Was sind die Ziele, die wir nicht nur als Individuen oder als Bewohner unseres Heimatortes oder unserer Region oder unseres Landes oder unseres Europas? Schließlich ist Europa als Gemeinschaft gedacht. So ist es vertraglich gedacht? Wir sollen wie Brüder und Schwestern sein. Zumindest aber sind wir als Lebenspartner gedacht, nicht als Menschen, die einander bekämpfen sollen – auch nicht wirtschaftlich. Leider ist es in manchen Teilen Europas trotz Friedensnobelpreis um die Solidarität nicht gut gestellt. Manche Menschen in EU-Staaten, die von der Wirtschaftskrise bislang insgesamt weniger betroffen sind, bevormunden, verhöhnen oder diskriminieren andere, die von der Wirtschaftskrise angeschlagen worden sind. Die Frage nach ihrer Mitschuld an der Situation stellen sie sich nicht. Gerade Deutsche, deren Vereinigung durch europäische Solidarität ermöglicht wurde, sollten sich bewusst sein, dass deutsches Dominanz-Verhalten Erinnerungen an die düstere Geschichte ihrer Nation wecken kann, wie bereits jetzt einige europäische Medien zeigen⁸. Manche Politiker treffen Entscheidungen, die letztlich nur den Verursachern der Krise dienen, nicht den betroffenen Menschen. Es wirkt zynisch, wenn dies – etwa im Falle Griechenlands – als Hilfspakete und Rettungsschirm bezeichnet wird. Es wirkt auch zynisch, wenn manche Politiker den Wirtschaftsraum zur finanziellen Ausbeutung eines anderen Partnerlands sehen wollen, dann aber gegen die Freiheit im Wirtschaftsraum sind, wenn die ausgebeuteten Menschen des Partnerlandes ihre Rechte im Ausbeuter-Land wahrnehmen wollen. Auch innerhalb mancher Staaten werden Solidaritäten aufgekündigt. Deutschland ist dafür ein Beispiel. So wurde 1991 Solidaritätszuschlag eingeführt, zunächst zum Auffangen der Kosten für die deutschen Einheit. Dieser Begriff wurde bald zu Soli abgekürzt, sodass Solidarität in den Hintergrund getreten ist. Schon kleine Wortänderungen wie das Verschwinden des Wortes Solidarität im Ausdruck Soli können große Wirkungen haben. Der Soli ist vielen zur ungeliebten Belastung geworden. Manche Kritiker der alten Bundesländer übersehen dabei, dass der Soli auch von den Bürgern der neuen Bundesländer gezahlt werden muss und für eine ganze Reihe von Maßnahmen verwendet worden ist. Daneben gibt es in Deutschland als Solidarpakt den Länderfinanzausgleich: hierbei werden die Steuereinnahmen der einzelnen Länder verglichen und in der Folge die schwächeren Länder von stärkeren Ländern unterstützt. Welche Signalwirkung hat es, wenn mein Bundesland Bayern gegen den Länderfinanzausgleich klagt, obwohl es von 1950 bis 2012 in nur 25 Jahren Geberland war, aber in 38 Jahren Nehmerland⁹? Parallel dazu gibt es den kommunalen Finanzausgleich, gegen den sich ebenfalls Unmut von einigen reicheren Gemeinde regt. Und es ist sogar soweit, dass manche

⁸ Vgl. Schmidt 2012.

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html?view=renderPrint (01-01-14).

sogar schon befürchten, dass wirtschaftlich stärkere Ortsteile und Straßenzüge nicht für wirtschaftlich ärmere Ortsteile und Straßenzüge aufkommen wollten. Solidarität ist in manchen Teilen Europas auf vielen Ebenen gefährdet. Hier kann ein größeres Wir-Denken stattfinden. Wenn also im Folgenden von *Wir* die Rede ist, dann ist damit gemeint: *Wir Menschen in der EU*.

2.4.1. Ziel: Wir wollen gute Partner sein.

Für ein Funktionieren der Euro-Zone sind im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwei grundsätzliche Regeln für die Länder vereinbart worden¹⁰. Ob sie sinnvoll waren oder nicht, ist an dieser Stelle uninteressant; nur deren Einhaltung interessiert:

- "Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen." Das war schon zu Beginn nicht von allen eingehalten worden: Belgien, Italien, Griechenland, Österreich, Schweden sowie, wenn auch knapp verfehlt, Spanien, Deutschland und die Niederlande. Einige leisteten jedoch bezüglich dieser Vereinbarung gute Arbeit, besonders Schweden, Spanien und die Niederlande. Deutschland schaffte zunächst einen Abbau, lag aber ab 2002 wieder darüber und legte fast beständig zu.
- "Das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen." Mehrfach gerissen wurde diese Vereinbarung als erstes von Griechenland, dann von Portugal und Deutschland sowie von Italien und Frankreich.

Wie gesagt: Ob die Vereinbarungen überhaupt sinnvoll waren, steht hier auf einem anderen Blatt. Wenn man sie nicht für sinnvoll oder einhaltbar hält, dann hätte man sie auch gemeinsam ändern müssen.

Zusätzlich heißt es in Artikel 282 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union¹¹: "(1) Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken bilden das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, bilden das Eurosystem und betreiben die Währungspolitik der Union. (2) Das ESZB wird von den Beschlussorganen der Europäischen Zentralbank geleitet. Sein vorrangiges Ziel ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten." Gewährleistung von Preisstabilität in einem Europäischen System bedeutet, dass sich alle Mitglieder des Systems an eine möglichst nahe beieinander liegende Inflationsrate halten müssen. Diese wurde vom EZB-Rat, in dem alle Nationalbanken vertreten sind, als "nahe, aber unter 2 Prozent" definiert, also 1,7 bis 1,9 Prozent. Dies bedeutet auch, dass alle Nationalbanken als EZB-Ratsmitglieder darum bemüht sein müssen. Doch die einzigen, die zum Ausbruch der Euroraum-Krise 2007 sagen konnten, dass dieses Ziel unterm Strich (also im Ausgleich von Über- und Unterschreitungen) eingehalten war, waren Frankreich und Österreich¹². Deutschland und Finnland hatten die Vereinbarungen nach unten verletzt, alle anderen nach oben. Wenn man sich auf ein Ziel einigt, dann ist es gleich schlecht, ob man links oder rechts vorbeigeschossen hat.

Da die Nationalbanken unabhängig von Politikern sind, kann man letzteren keinen Vorwurf für dieses Versagen machen, allenfalls indirekt in Ländern, in denen die Regierung einen Teil der Verantwortlichen von Nationalbanken vorschlägt.

Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam, 17. Juni 1997) [Amtsblatt C 236 vom 2.8.1997]:
http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/l25021_de.htm (03-01-14).

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:326:0047:0200:DE:PDF (01-01-14).

Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten (DE 1,6 – FI 1,7 – FR 1,9 – AT 1,9 – BE 2,1 – IT 2,3 – NL 2,4 – PT 2,9 – IE 3,1 – HE 3,2 – ES 3,2).

2.4.2. Ziel: Wir wollen neben einem hohen Bruttonationaleinkommen auch eine hohe Lebenserwartung und eine gute Schulbildung.

Wenn dies unser Ziel sein soll, dann müssen wir uns jene Länder anschauen, die beim Human Development Index einen hohen Wert erzielen. Der Human Development Index berücksichtigt nämlich das Bruttonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung eines Menschen bei dessen Geburt und die durchschnittliche und voraussichtliche Schuldauer. Glücklicherweise weisen fast alle EU-Staaten eine "sehr hohe menschliche Entwicklung" auf, Bulgarien und Rumänien zumindest eine "hohe menschliche Entwicklung". An Nummer 1 steht im Index für 2012¹³ jedoch ein europäisches Land, das nicht Teil der EU ist: Norwegen. An Nummer 2 steht Australien, an dritter Stelle die USA. Die ersten fünf EU-Länder stehen auf den Rängen 4, 5, 7 (2x) und 15: Niederlande, Deutschland, Schweden, Irland und Dänemark. Nun muss ein langes Leben noch nicht heißen, dass es ein gesundes langes Leben ist. Daher wenden wir uns gleich folgendem Ziel zu.

2.4.3. Ziel: Wir wollen ein langes gesundes Leben.

Wenn wir nur dieses Ziel hernehmen, dann schneidet Deutschland gegenüber all seinen direkten Nachbarn schlechter ab, zum Teil erheblich. Ein durchschnittliches Mädchen, das 2011 in Europa geboren wurde, erwartet laut Eurostat-Datenbank 62,2 gesunde Jahre; ein durchschnittlicher Knabe sieht 61,7 gesunden Jahren entgegen. Blickt man auf die nationalen Zahlen, so kann ein durchschnittliches deutsches Mädchen sich nur auf 58,7 Jahre und ein Junge auf 57,9 Jahre freuen. Besonders gute Aussichten hatten 2011 geborene EU-Kinder in Schweden und Malta (mit über 70 gesunden Jahren in Aussicht) sowie in Norwegen, Luxemburg, Irland, Großbritannien, Spanien und Griechenland (mit über 65 gesunden Jahren in Aussicht).

Ziel: Wir wollen ein sicheres Leben.

Hier lohnt sich ein Blick auf den Failed State Index¹⁴ ("Gescheiterter-Staat-Index"), der vom Fund for Peace seit 2005 ermittelt wird und sich aus 12 Aspekten zusammensetzt. Darunter befindet sich auch der Punkt "fortschreitende Verschlechterung öffentlicher Dienste", der die Garantie der öffentlichen Sicherheit mit einschließt. Die EU-Länder kommen bei diesem Punkt bei der letzten Bewertung (2010) auf einen Durchschnittswert von 2,8. Bis 2,5 gilt ein Land als stabil und zukunftsfähig. Darunter fallen in der EU (in absteigender Reihenfolge) Finnland, Schweden, Dänemark, Österreich, Niederlande, Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Großbritannien, Spanien und Irland. Betrachtet man die 12 Aspekte insgesamt gehören im Jahre 2010 die folgenden EU-Mitglieder zu den in diesem Index so genannten stabilen, zukunftsfähigen Staaten (in absteigender Reihenfolge): Finnland, Schweden, Irland, Dänemark, Österreich, Luxemburg, Niederlande. Das Land, das insgesamt am Besten abschneidet, ist Norwegen.

Sicherheit bedeutet auch Absenz von Gewalt. Die EU hat 2012 den Friedensnobelpreis verliehen bekommen, "für über sechs Jahrzehnte, die zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beitrugen"¹⁵. Das sollte der EU Anlass sein für die Entwicklung mindestens zweier weiterer Dinge:

http://hdr.undp.org/en/content/human-development-report-2013 (01-01-14).

http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/06/22/the 2009 failed states index (01-01-14).

http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/index.html (01-01-14).

- Entwicklung von Frieden außerhalb Europas, wozu die Umwandlung der Rüstungsindustrie hin zu einer reinen Verteidungsindustrie ohne Versendung von Waffen jenseits Europas gilt (anstatt die Rüstungsindustrie als Feld für europäisches Wirtschaftswachstum aufzufassen)
- die Abschaffung jeglicher Form von Massenvernichtungswaffen in Europa, auch der "finanziellen Massenvernichtungswaffen", wie Warren Buffett (2012) Finanzderivate nannte, also solche Geschäfte, die etwa auf den zukünftigen Wert eines Gutes oder eines Geldpapiers wetten, also spekulieren.

Zu einem sicheren Leben gehört auch, dass wir über die Grundversorgung wie Energieversorgung, Müllentsorgung, Gesundheitsbereiche, Regionalverkehr, Post und Telekommunikation verfügen wir alle. Deswegen muss die Grundversorgung auch in den Händen einer Einheit liegen, die für die Allgemeinheit zuständig ist - dies kann nur eine staatliche Einheit sein, da Unternehmen (einschließlich Banken und Medienhäuser) in unserem Wirtschaftsmodell profitorientiert sein müssen. Unternehmen eignen sich in unserem Modell daher nicht für die Bewältigung von Aufgaben des Gemeinwohls. Dennoch wird seit den 1980er Jahren die Verscherbelung öffentlichen Gutes an konkurrierende profitorientierte Unternehmen als Allheilmittel für staatliche Effizienz gesehen. Sie ist jedoch eher eine Droge. Man wird abhängig von einem Unternehmen, das sogar monopolistisch mit dem einstmals öffentlichen Gut umgehen kann, denn niemand würde auf die Idee kommen ein konkurrierendes Schienen- oder Telekommunikationsnetz aufzubauen. Doch eine ländervergleichende Studie der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien hat gezeigt (Brandt et al. 2009): Die Folgen der Privatisierung für die Allgemeinheit sind Preissteigerung und Qualitätsverlust und damit unsicherer Zugang zu einem allgemein benötigten Gut. Man kann festhalten¹⁶: Die Verstaatlichungspolitik der europäischen Nachkriegszeit bewerkstelligte erfolgreich, dass kranke Unternehmen saniert wurden und wirtschaftliche Schlüsselbereiche allgemeinwohlorientiert betrieben wurden; versäumt wurde lediglich dies auch mit neuen Schlüsselbereichen der Energieversorgung und Kommunikation zu tun. Dies hätte zu einem weiterhin sicheren Leben beigetragen – letztlich auch zu einem selbstbestimmten Leben, frei von Ängsten um ausreichende Grundversorgung.

2.4.4. Ziel: Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben, ein Leben in Freiheit.

Wir haben schon gesehen, dass durch einen Wortbaustein ganze Wortfelder positiv oder negativ klingen können und dass man oft gar nicht mehr sieht, was sich Schlechtes hinter einem schönem Klang verbindet. Wörter mit dem Bestandteil frei klingen gut. Das gilt auch für andere europäische Sprachen. Zu solchen Wörtern zählen neben Freiheit auch freier Markt und Freihandel. Zuviel Freiheit des einen kann aber auch zu einer Bedrohung des anderen werden. Deswegen ist das Frei-Sein von mehreren Menschen nur mit Regeln für jeden einzelnen vorstellbar. Das gilt beim Wort freies Spiel der Kräfte erst recht, denn auch jedes Spiel funktioniert nur mit Regeln. Und je komplexer die Angebote zur Freiheitgestaltung sind, desto umfassendere Regeln wird man brauchen. Auch ein freier Markt hat Regeln – schon immer, denn die ursprüngliche Idee von Markt im wirtschaftswissenschaftlichen Sinne war, jedem die gleiche Chance im Wettbewerb zu garantieren. Wenn jedoch bestimmte Bereiche nur von wenigen hochspezialisierten Unternehmen und Unternehmensvertretern beherrscht werden, die von der Allgemeinheit nicht überblickt und/oder beeinflusst werden können, dann liegt auch kein Markt vor. Der Finanzbereich etwa gehört seit den 1980er Jahren trotz aller Wortgebilde eindeutig nicht dazu. Dieser Bereich, der kaum Regeln kennt und in dem Riesen-Verluste von der öffentlichen Hand aufgefangen werden, ist eigentlich unvergleichbar. Vielleicht passt am Besten Finanzmafia. Leben in Freiheit bedeutet auch Leben ohne Einengungen durch mangelnde Grundversorgung (siehe oben) oder Armut (siehe unten).

¹⁶ Vgl. Wagenknecht 2012: 339f.

2.4.5. Ziel: Wir wollen weder jetzt noch später in Armut leben.

Wenn wir keine Armut wollen, dann stellt sich auch hier die Frage, was wir unter Armut verstehen. In der EU galt bis vor einigen Jahren die Definition, dass derjenige arm ist, der weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verdient. Heutzutage gilt derjenige als arm, der weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verdient. Man muss besonders bei Zahlen immer aufpassen, welche Definition einem Wort wie *Armut* zu Grunde liegt und **ob bei mehreren Zahlen immer die gleiche Bedeutung des Bezugswortes wie etwa** *Armut* **vorliegt. Zur Veranschaulichung ein Beispiel: Sagen wir, es gibt eine Person, der pro Arbeitsstunde 100 EUR übrig bleiben, und vier Personen, denen pro Arbeitsstunde jeweils 1 EUR übrig bleibt. Nach der älteren Definition wäre die Armutsgrenze bei 50% des Durchschnitts:**

Nach der neueren Definition wäre die Armutsgrenze bei 60% des Mittelwerts, auch Median genannt.

Das heißt, nur über die neue Definition hätte man in dieser Gruppe die Armut abgeschafft.

Wieviel Prozent der Menschen in Europa sind nach dieser Definition selbst nach Verteilung der Sozialleistung von Armut bedroht? 2005 waren dies gemäß Eurostat in der EU 16,4 Prozent, 2011 waren es 16,9 Prozent. Besonders geringe Gefahr bestand 2005 für Schweden (9,5%) und 2011 für Tschechen (9,8%). Innerhalb der Euro-Zone am wenigsten bedroht waren 2005 und 2011 die Niederländer (10,7% und 11,0%), außerhalb der EU-Zone waren es in Europa 2005 und 2011 die Norweger (11,4% und 10,5%). Abgesehen von Ausnahmen, die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht genauer analysiert werden können, schneiden Nord- und West-Europa einschließlich Deutschland und Österreich besser ab als Süd- und Ost-(Mittel-)Europa.

Als weitere Kennzahl von Armut kann man sich den Prozentsatz der Menschen anschauen, die gemäß Eurostat an "materiellem Entzug" leiden¹⁷. Das hört sich kompliziert an. Es genügt für unsere Zwecke darauf hinzuweisen, dass auch bei dieser Kennzahl Nord- und West-Europa einschließlich Deutschland und Österreich besser abschneiden als andere Regionen.

¹⁷ Im Original heißt es *materielle Deprivation*, definiert als "3 der 9 Posten materieller Deprivation in der Dimension 'Wirtschaftliche Belastung und langlebige Gebrauchsgüter'".

Eine dritte Kennzahl für Armut kann der Human Poverty Index¹⁸ ("Menschliche-Armut-Index") sein, der seit 1997 von der UN berechnet wird. Er berücksichtigt für Industrieländer die Wahrscheinlichkeit vor dem 60. Lebensjahr zu sterben, den Prozentsatz der Analphabeten in der erwachsenen Bevölkerung, den Prozentsatz der Menschen mit einem Einkommen von weniger als 50% des Medians und den Prozentsatz der Langzeiterwerbslosen (12 Monate und länger). Die europäischen Länder mit der geringsten Armut (weniger als 10 von 100 Punkte) waren im letzten Bericht (2007/08) Schweden, Norwegen, die Niederlande, Finnland und Dänemark. Italien hat 29,8 Punkte. Die restlichen westeuropäischen Länder haben zwischen 10 und 20 Punkten. Für die sich entwickelnden Länder gibt es mittlerweile den Multidimensional Poverty Index¹⁹ ("Multidimensionaler Armut-Index"). Hier schneiden die Nachfolgestaaten der UdSSR, Ostmitteleuropa und der Balkan, aber auch die Vereinigten Arabischen Emerate besonders gut ab.

Mit dem Einzug des marktradikalen Neoliberalismus in Westeuropa wurden allmählich wieder Suppenküchen und Lebensmittelausgaben für Bedürftige eingerichtet: ab 1984 in Frankreich (die Restos du Coeur 'Restaurants des Herzen'), ab 1986 in Belgien, ab 1993 in Deutschland (die Tafeln), später auch in Spanien, Österreich, den Niederlanden, Ungarn und Polen. Man kann diesen Einrichtungen für ihre Arbeit dankbar sein. Aber es wirkt doch etwas zynisch, wenn Politiker in Regierungsverantwortung sich lächelnd bei solchen Einrichtungen bedanken und sie für begrüßenswert halten. Viel eher scheint Scham angebracht, dass es solcher Einrichtungen im reichen Europa überhaupt bedarf und die Politik nicht mehr fähig ist, derartige Armut zu beenden.

In den letzten Jahren haben manche europäischen Länder im demografischen Wandel eine Gefahr für Armut im Alter gesehen. Im Englischen gibt es dafür den sehr bildhaften Ausdruck *greying of Europe* 'Europas Ergrauen' oder 'Europas Grau-Werden'. Als Ausweg für dieses mutmaßliche Problem sind private Vorsorge und längere Lebensarbeitszeit vorgeschlagen und teilweise schon eingeführt worden. Spätestens auf den zweiten Blick erscheinen diese Schlussfolgerungen jedoch unlogisch:

- Wie wir bereits in der Einleitung gesehen haben, ist volkswirtschaftlich ein Sparen in die Zukunft nicht möglich, denn (1) die jetzigen verzinsten Ersparnisse des Einen sind die jetzigen verzinsten Kreditnahmen des Anderen; (2) wenn keiner Kredite braucht, gibt es auch keine Zinsen auf Ersparnisse; (3) im Sparstrumpf verliert das Geld an Kaufkraft. Es muss also immer das augenblicklich erwirtschaftete Vermögen auch immer für die Versorgung aller augenblicklich lebenden Einwohner hergenommen werden. Dann ist es aber auch nicht einzusehen, warum eine ausreichende Grundversorgung die Finanzindustrie als unzuverlässigen Zwischenhändler brauchen sollte statt von vornherein vom Staat geleistet zu werden.
- Wie gesagt: Das augenblicklich erwirtschaftete Vermögen muss immer für die Versorgung aller augenblicklich lebenden Einwohner hergenommen werden. Das sind aber nicht nur die Nicht-Mehr-Erwerbstätigen, sondern auch die Noch-Nicht-Ewerbstätigen, also unsere Kinder. Diese aber sind ja gerade weniger geworden als früher. Darüber hinaus steigt in der Regel ja auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Insofern relativiert sich die angebliche Bedeutung des demografischen Wandels für das Versorgungssystem.
- Ungeachtet gesundheitlicher Fragen ergibt eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit überhaupt nur dann einen Sinn, wenn gleichzeitig auch genug angemessene Erwerbsarbeit auf Vollzeitstellen angeboten wird. Dagegen sieht man in Europa im Vergleich zu den 1990er Jahren einen politisch unterstützten Ausbau von Teilzeitstellen (ausgenommen Dänemark, Irland, Lettland, Litauen, Tschechien, Bulgarien und Rumänien) und ein Ausbau von zeitlich

http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/268/hdr 20072008 en complete.pdf (01-01-14), 241ff.

¹⁹ https://data.undp.org/dataset/Table-5-Multidimensional-Poverty-Index/7p2z-5b33 (01-01-14).

befristeten Stellen (ausgenommen Dänemark, Finnland, Norwegen, Irland, Malta und Tschechien) (International Labour Office 2008: 119). Erhöhungen des Rentenalters erscheinen damit nur als (hinter)listiger Weg zur Kürzung von Renten.

2.4.6. Ziel: Wir wollen ein nachhaltiges Leben führen, also ein solches Leben, das die Erde nur soweit nutzt, dass sie sich selbst wieder erneuern kann, damit wir selbst und unsere Kinder in späteren Jahren ein natürliches Leben führen können.

Bei einem solchen Ziel bietet sich der Blick auf den Happy Planet Index an. Eingerechnet werden hier Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit und die Fläche Erde, die ein Mensch braucht, um seinen Lebensstandard unter Beibehaltung heutiger Produktionsbedingungen dauerhaft zu ermöglichen. Letzteres ist auch bekannt als ökologischer Fußabdruck. Nach dieser Rechnung schneiden einige lateinamerikanische Staaten sowie Vietnam sehr gut ab. Europäische Staaten sind im Hinblick auf Lebenslänge, Lebenszufriedenheit und Umweltschutz bestenfalls im Mittelfeld zu finden; am Besten schneidet Albanien ab. Einige europäische Staaten schneiden sogar schlecht ab: Dänemark, Lettland, Slovakei, Bulgarien und Mazedonien.

Ein anderer Versuch ist der Index of Sustainable Economic Welfare ('Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand'), kurz: ISEW. Das Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen misst die wirtschaftliche Produktion einer Nation. Bei einer Steigerung dieses Wertes könnten wir nun den Eindruck gewinnen, unser Wohlstand sei gestiegen. Doch im Bruttosozialprodukt/ Bruttonationaleinkommen wird vieles als positiv gebucht, was viele Allgemeinbürger eher als negativ sehen. Schadensbeseitigungen bei Umwelt und Menschen, die durch unser Verhalten ausgelöst werden, gelten beim Bruttosozialprodukt als positiv. Beim ISEW dagegen werden unerwünschte Folgekosten unseres sozialen und ökologischen Verhaltens negativ eingerechnet. Darüber hinaus gibt es noch weitere Aspekte, die vom BIP abweichen. So werden beim ISEW die im Haushalt erbrachten Leistungen, der Grad der Nachhaltigkeit unseres Verhalten und die Verteilung von Arbeit und Einkommen berücksichtigt. Bislang fehlen großflächig vergleichende gleichartige Berechnungen. In einer Studie von Lawn (2003) wurden die ISEW-Werte von 1950 bis 1990 für die USA, Großbritannien, die Niederlande, Deutschland, Österreich und Schweden verglichen. Dabei schneiden die Niederlande deutlich am Besten ab (deren ISEW-Wert liegt sogar über dem des BSP). Danach kommen Deutschland, Österreich und Schweden. Die USA sind im Jahr 1990 kaum über das Niveau von 1950 hinausgekommen, Großbritanniens Wert war zwar bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre angestiegen; ab dem Zeitpunkt der Einführung des Thatcherismus jedoch wieder auf das Niveau von 1950 zurückgefallen. Auf der Basis des ISEW wird gerade ein Genuine Progress Indicator diskutiert. Die EU hat dazu die "Jenseits-des-BSP-Initiative" (Beyond GNP Initiative) ins Leben gerufen.

2.4.7. Ziel: Wir wollen Leistungsbilanzen, die im Gleichgewicht sind.

Aus irgendeinem Grunde glauben viele, dass es gut sei, die Leistungsbilanzen eines Landes, also das Verhältnis von Exporten und Importen, ständig im Ungleichgewicht zu halten, und zwar zugunsten von ersterem. Im Deutschen hat man dafür sogar das Wort *Exportweltmeister* geschaffen, das in den anderen europäischen Sprachen, die ich untersucht habe, gar nicht oder kaum vorkommt – selbst in Sprachen von Ländern, die ähnlich gern die Exporte den Importen vorziehen. Ohnehin kann man sich fragen, wie eine Exportweltmeisterschaft überhaupt als Gewinn für ein Land betrachtet werden kann, wenn diese durch gedrückte Lohnentwicklung und unter Umständen nicht einlösbare Geldforderungen an das Ausland erreicht worden sind. *Exportweltmeister* ist ein besonders eingängiges Beispiel dafür, wie ein guter Wortklang eine schlechte Sache verschleiert.

Schauen wir uns also an, wer sich über einen gewissen Zeitraum hinweg im Gleichgewicht befindet. Betrachten wir dazu den 6-Jahres-Zeitraum der EU-27, also von 2007 bis 2012. Wenn wir die Jahresbilanzsalden für Vorgänge mit Nicht-EU-Ländern miteinander verrechnen und prüfen, wer nach sechs Jahren am ehesten die Gleichgewichtssumme 0 erreicht, dann stellen wir fest, dass Deutschland nicht an Nummer 1 ist, sondern an vorletzter Stelle. Nur die Niederlande schneiden noch schlechter ab. Am vorbildlichsten zeigen sich in dieser Hinsicht Litauen, Lettland und Malta. Freilich kann man einwenden, dass man die unterschiedlichen Einwohnerzahlen der Länder mit berücksichtigen müsste. Aufgrund der Schwankungen ist eine Pro-Kopf-Berechnung wenig sinnvoll. Stabil wäre hingegen eine Berechnung pro angefangene Million an Einwohner. Also quasi wie ausgeglichen schafft es eine Gruppe aus bis zu einer Million Menschen in den einzelnen Ländern nach 6 Jahren im Gleichgewicht zu sein? Bei dieser Betrachtung liegt Deutschland auf Platz 20. An letzter Stelle stehen wieder die Niederlande. Die Spitzenplätze nehmen Frankreich, Litauen und Ungarn ein. Wir können auch eine ganz milde Betrachtungsweise ansetzen und prüfen, inwieweit Länder ausgewogen mal die Rolle eines Importeurs und mal jene eines Exporteurs angenommen haben. Auch hier befindet sich über den 6-Jahres-Zeitraum Deutschland in der schlechtesten Gruppe; es nahm stets die Rolle des Exporteurs an. Am besten schneidet hier Slowenien ab, es war in drei Jahren Importeur und in drei Jahren Exporteur. Frankreich schafft es zumindest 4 Jahre Exporteur und 2 Jahre Importeur zu sein. Ein 5:1-Verhältnis in die eine oder andere Richtung liegt bei Litauen, Polen, Rumänien, Lettland, Tschechien, Italien, Portugal, Estland, Slowakei und Zypern vor. Alle anderen befinden sich im 6-Jahresvergleich im extremen Ungleichgewicht. In Partnerschaften muss aber entweder ein Geben-Nehmen-Ausgleich stattfinden oder man sieht sich als echte Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Finanzwesen einschließlich Buchhaltung an.²⁰

Ähnliches können wir nun für Handelsbilanzen für Geschäfte innerhalb der EU überprüfen. Immerhin ist die Schieflage in der EU auch durch "schiefe" Handelsbilanzen bedingt worden. Wählen wir die absoluten Zahlen, sind Deutschland erneut an vorletzter und die Niederlande an letzter Stelle zu finden; am besten schneiden Litauen und Estland ab. Nehmen wir die Handelsbilanz pro Million Menschen, nimmt Deutschland Platz 14 ein, die Niederlande den letzten Platz; die besten Ränge werden von Italien und Litauen erreicht.²¹

2.4.8. Ziel: Wir wollen Gerechtigkeit.

Auch Gerechtigkeit ist ein vager, situationsabhängiger Begriff. Gerecht schiene es schonmal, wenn Löhne sich parallel zur Produktivität entwickeln würden. Gemäß einer Studie der International Labour Organization (ILO) war dies für die Spanne 1990 bis 2006 nur in Irland, Luxemburg, Schweden, Spanien und Tschechien sowie in Mexiko der Fall (International Labour Organization 2008: 7). Ein gegenüber dem Produktivitätszuwachs höherer Lohnzuwachs wurde in Griechenland, Großbritannien, Norwegen und Portugal sowie in China und Südafrika gewährt. Ein gegenüber dem Produktivitätszuwachs geringerer Lohnzuwachs zeigt sich innerhalb der EU in Belgien, Dänemark, Frankreich und den Niederlanden. Eine noch größere Lohnzurückhaltung zeigt sich in Italien und Ungarn. Eine massive Lohndrückung zeichnet Deutschland, Finnland, Österreich, Polen und die Slowakei aus. International war die Lohndrückung in Brasilien und Russland besonders heftig.

²⁰ Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten für Extra-EU27-Handel (Entfernung von der 0-Marke in absoluten Zahlen: Spannweite von LT 1.371 MioEUR bis NL 645.125 MioEUR; Entfernung von der 0-Marke pro Mio Menschen: Spannweite von FR 327 MioEUR bis NL 37.949 MioEUR).

Eigene Berechnung auf Basis der Eurostat-Daten für Intra-EU27-Handel (Entfernung von der 0-Marke in absoluten Zahlen: Spannweite von LT 630 MioEUR bis NL 151.378 MioEUR; Entfernung von der 0-Marke pro Mio Menschen: Spannweite von IT und LT 230 MioEUR bis NL 8.905 MioEUR).

Gemäß der ILO-Studie (2008: 11 & 14) ist in vielen europäischen Ländern von 1990 bis 2006 auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung gestiegen. Als Kennzahl wurde hier der Index, den der italienische Mathematiker Gini vorgeschlagen hergenommen. Der Gini-Index ist eine Zahl zwischen 0 (völlige Gleichheit) und 1 (völlige Ungleichheit = einer bekommt alles). Etwa gleich geblieben ist der Gini-Index in Europa lediglich in Dänemark, Deutschland und Frankreich; deutlich gesunken ist er nur in der Schweiz und in Slovenien (dessen Wert sich auf jenen Schwedens einpendelte). In allen anderen europäischen Länder Einkommensungleichverteilung erhöht. Außerhalb Europas zeigt sich Guyana und der Jemen sowie eine Reihe von afrikanischen Staaten südlich der Sahara als vorbildlich in der Verminderung der Ungleichverteilung der Einkommen. Die Vermögensungleichverteilung ist im Übrigen noch bedeutend größer. Mehr als doppelt so groß ist der Gini-Index für Vermögen etwa in Deutschland und Frankreich sowie in Kanada.

Gerechtigkeit kann aber auch noch mehr bedeuten, dass Vorgänge in unserer Gesellschaft frei von Korruption sind. Der Corruption Perceptions Index²² misst die bei Politikern und Beamten wahrgenommene Korruption. Unter die zehn besten Staaten fallen im Jahre 2013 die skandinavischen Länder, die Schweiz, die Niederlande, Neuseeland und Australien, Kanada und Singapur.

Dass keine Korruption wahrgenommen wird, heißt im Übrigen noch lange nicht, dass deshalb alles sachbezogen abliefe. Für Karrieren mag vielleicht nicht gezahlt werden; aber das heißt nicht, es komme auf die Leistung des Bewerbers an. Bei wie vielen Karrieren entscheidet letztlich das Beziehungsgeflecht. Das muss gar an sich nichts Negatives sein. Einen negativen Beigeschmack erhält dies erst, wenn so getan wird, als zähle im Wesentlichen die Leistung. Im Global Corruption Barometer²³ jedenfalls, das in verschiedenen Bereichen den von Experten wahrgenommenen Korruptionsgrad von 1 (überhaupt nicht korrupt) bis 5 (sehr korrupt) angibt, haben immerhin alle untersuchten EU-Länder einen Durchschnittswert von 3,0 bis 3,8 (nicht untersucht wurden die Niederlande, Österreich, Polen und Schweden). Angesichts dieser Korruptionsindex-Werte erscheint auch die Beschreibung Europas als Leistungsgesellschaft bzw. leistungsgerechte Gesellschaft als Wortblase. Sie erscheint auch als Wortblase, wenn Erwerbstätige bei voller Erfüllung ihrer Aufgaben entlassen werden oder wenn sich die Einkommen zweier Menschen und mehr als das 100-fache unterscheiden oder wenn die Leistung eines Investmentbankers höher eingeschätzt wird als die eines Allgemeinarztes oder wenn die Leistung einer deutschen Pflegekraft höher eingeschätzt wird als die einer rumänischen Pflegekraft. Der durchschnittliche Korruptionsgrad im Bereich der Medien ist in Tschechien und Estland nur unter 3,0. In Griechenland ist er 4,4. In den anderen EU-Ländern steht geht er von 3,0 bis 3,9. International gesehen ist er in Burundi besonders niedrig (1,2).

2.5. Zwischenbilanz

Was können wir als Zwischenbilanz festhalten?

 Manche Kennzahlen sprechen dafür, dass die EU sich bescheiden verhalten sollte. Bei der Überwindung von Staatskrisen und bei der Beachtung ökologischer Belange haben eine Reihe von lateinamerikanischen Staaten sehr gut abgeschnitten. In vielen Bereichen liegt Norwegen vorne.

http://www.transparency.org/research/cpi/overview (01-01-14).

²³ http://www.transparency.org/gcb2013 (01-01-14).

- Manche Kennzahlen sprechen dafür, dass klassisch-erfolgreiche Länder sich bescheiden verhalten sollten. Sie sind nicht unbedingt bei modernen, alternativen Zielen erfolgreich. Des Öfteren erweisen sich bei den alternativen Zielen Schweden, die Niederlande, Irland und Dänemark erfolgreich.
- Im EU-Vertrag²⁴ heißt es (in Artikel 2 der derzeit gültigen Fassung): "Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet." Gemäß EU-Vertrag (Artikel 3 der derzeit gültigen Fassung) wirkt die EU "auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten." Aus diesen Zielen sowie den Zielen der nationalen Verfassungen in der EU geht hervor, dass der seit 3 Jahrzehnten andauernde Neoliberalismus abzuschaffen ist. Der Neoliberalismus ist vertragswidrig und verfassungsfeindlich.
- Wir haben gesehen: Wörter formen unser unbewusstes Denken. Sie lösen negative oder positive Gedanken aus, je nachdem mit welchem Ereignis sie verknüpft werden, je nachdem zu welch anderen Wörtern sie ähnlich klingen, je nachdem wie bildhaft sie sind. Die fachsprachliche Bedeutung von Wörtern kann von der alltagssprachlichen Bedeutung abweichen. Die Bedeutung von Wörtern ist grundsätzlich veränderbar, was gerade für zeitliche Vergleiche relevant ist.

2.6. Wege

Der Mensch scheint selbst nicht fähig, das wirtschaftliche Geschehen wirklich zu überblicken. Der Mensch scheint außerdem nicht fähig, die ethischen Folgen seines Handelns zu überblicken. Ein Privathaushalt will seine Basis- und Luxus-Bedürfnisse befriedigen, durchaus unter ethischen Aspekten. Doch die Entstehung eines Gutes ist für ihn nicht sichtbar und auch nicht immer nachvollziehbar. Es kann auch nicht von jeder Privatperson für jedes Gut geleistet werden. Selbst bei weitestmöglicher Recherche werden Oualen für Mensch, Tier und die restliche Umwelt nicht immer sichtbar. Auch das Hoffen auf ein allgemeines ethisches Bewusstsein ist realitätsfremd, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich oder in einem Bereich, in dem andere Werte vorgesprochen und vorgelebt werden. Ebenso sind auch Unternehmer Menschen - viele mit hohem ethischen Bewusstsein, manche aber auch mit weniger, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich. Die erste Aufgabe des Unternehmers ist bei unserem derzeitigen Modell immer die Gewinnmaximierung. Neben einer fortschrittlicheren Ethik, einem fortschrittlicheren Gesellschaftsmodell bleibt nur ein allgemeines öffentliches Regelwerk, dessen Einhaltung kontrolliert wird. Nur ein Gremium an Politikern ist daher in der Lage, entsprechende allgemeine Rahmenbedingungen zu schaffen. Und dieses Gremium muss öffentlich sein, da auch Politiker nur Menschen sind, viele mit hohem ethischen Bewusstsein, manche aber auch mit weniger, vor allem im nicht-öffentlichen Bereich.

^{24 &}lt;u>http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2010:083:SOM:DE:HTML</u> (01-01-14).

Es sei nochmals betont, dass solche Vorschläge keine pauschale Hetze gegen die mutmaßlichen Siegreichen des jetzigen Systems sind. Freilich müssen jene, die nach geltendem Recht Verbrechen begangen haben, bestraft werden. Strafverfolgung nach geltendem Recht. Verständnis habe ich für jene, die nach geltendem Recht versucht haben, möglichst viel für sich herauszuholen. Was der einzelne darf, kann jedoch dem Interesse der Allgemeinheit zuwider laufen. Es kann sogar sich widersprechende politische Bedingungen geben. PolitikerInnen mögen zwar beispielsweise so handeln, dass Gewinne an einzelne fallen und Verluste von allen geleistet werden müssen (ohne dass es spürbare Maßnahmen für die Schuldigen der Verluste gibt). Aber solche Maßnahmen verstoßen eigentlich gegen die EU-Verträge.

Als Deutscher erlaube ich mir zu sagen: Werden Deutsche sich der Folgen ihres eigenen wirtschaftlichen Handelns für andere Völker bewusst – so wie sie oben angeschnitten wurden –, dann ergibt sich als erster Vorschlag für die alternativen Ziele eine Sprechweise, die nicht Herablassung ausdrückt: es täte wohl anderen Europäern und uns Deutschen gut, sagten wir für das eine oder andere einmal "Wir bitten um Verzeihung!".

Sodann sollte man Möglichkeiten wahrnehmen, jene Länder kennenzulernen, die bei den genannten alternativen Zielen gut abschneiden. Aber natürlich mangelt es schon jetzt nicht an Lösungsvorschlägen, um die oben vorgestellten alternativen Ziele zu erreichen. Vielfach geht es dabei um Rückbesinnung auf die Ideen des britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Die Prinzipien von Keynes wurden nach der Krise der 1930er Jahre zunächst in den USA, nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Westeuropa erfolgreich umgesetzt, haben sogar zwei Ölkrisen zu überwinden vermocht und wurden ohne Not ab den 1970er Jahren aufgegeben. Ein umfassender Vorschlag zur Erweiterung des Keynes-Modells ist die Ökosoziale Marktwirtschaft²⁵ zu liegen, wie sie im Europäischen Haus Pappenheim von Franz-Josef Radermacher vorgestellt worden ist, der sie wissenschaftlich begründet hat. Die Ökosoziale Marktwirtschaft beinhaltet, dass Umwelt als handelbares Produkt und daher mit Kosten verbunden wird und dass Energieverbrauch und Energieträgerverbrauch besteuert werden. Sie soll damit auch zu einem umfassenderen gesellschaftlichen Umdenken führen, das sich in vielen kleinen Änderungen widerspiegelt. Eine solche Änderung stellt zum Beispiel ein fleischfreier (oder gar tierfreier) Veggie Day dar, wie er von Restaurants und Kantinen in einigen Städten Belgiens und Deutschlands umgesetzt wird. Legt man diesen Tag auf einen Freitag, dann lassen sich ökonomische, ökologische, medizinische und ethische Gründe sogar mit kulturellen Gründen verbinden – da im traditionellen Christentum der Freitag fleischfrei ist. In einigen Medien sind Befürworter eines fleischfreien Tages als "Spaßbremse" tituliert worden. Man fragt sich allerdings, welche Vorstellung von Spaß solche Autoren haben – immerhin müssen dazu andere Lebewesen umgebracht und Umweltzerstörung betrieben werden.

Für die ökosoziale Marktwirtschaft plädiert unter anderem die Global-Marshall-Plan-Initiative²⁶. Sie spricht sich ferner aus

- für eine ausreichende Finanzierung zur Erreichung der UN-Millenniumsziele²⁷ zur Bekämpfung von Armut, Seuchen und Kindersterblichkeit, zur allgemeinen grundständigen Bildung, zur Gesundheitsversorgung von Müttern, zur Geschlechtergleichheit und zum Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung
- für eine faire Besteuerung von Finanztransaktionen und Umweltverbrauch
- für einen globalen Ordnungsrahmen wirtschaftlichen Handelns

^{25 &}lt;a href="http://www.foes.de/">http://www.foes.de/ (01-01-14); vgl. z.B. auch Radermacher/Beyers 2011.

http://www.globalmarshallplan.org/ (01-01-14).

http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html (01-01-14).

Auch andere haben sich für eine Wiederaufnahme und Weiterentwicklung des Modells stark gemacht, das Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg groß gemacht hat. Die vier Grundsäulen wären dabei der Sozialstaat, das Prinzip der persönlich Haftung, die Mischung aus staatlichen und unternehmerischen Wirtschaftzweigen und die Verhinderung wirtschaftlicher Macht durch Befürwortung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Als wichtige Elemente werden dabei auch Freiheit zur Erholung und zur Pflege sozialer Bindungen sowie Freiheit von Stress und Angst.

Es gibt auch Vorschläge für eine radikale Neugestaltung der Wirtschaft, etwa die Gemeinwohl-Ökonomie²⁸. Wie der Name *Gemeinwohl-Ökonomie* es ausdrückt, wäre der Beitrag zum Allgemeinwohl das Ziel wirtschaftlichen Handelns. Im Vordergrund stünde die Verminderung des Naturverbrauchs, also des ökologischen Fußabdrucks. Gewinn wäre dabei nicht mehr Ziel, sondern nur noch Weg zum Ziel. Die volkswirtschaftlich entscheidende Kennzahl wäre das Gemeinwohlprodukt, die betriebswirtschaftliche Kennzahl nicht mehr die Finanzbilanz, sondern die Gemeinwohlbilanz. Je besser diese ausfiele, desto mehr rechtliche Vorteile hätte der Betrieb. Für den internationalen Wirtschaftsaustausch gäbe es eine Währungskooperation mit einer globalen Recheneinheit. Die Details eines solchen Modells und deren Realisierungsmöglichkeiten sollen jedoch in einem demokratischen Prozess noch erörtert werden. Das Modell erforderte letztlich eine neue Art Mensch. Allerdings könnten einige Ideen auch in die Weiterentwicklung einer sozialen Marktwirtschaft eingebettet werden.

Der Berücksichtigung von ökologischen Aspekten beim Verständnis von Wirtschaftswachstum schließt sich auch Heiner Flassbeck an²⁹, was auch nach seiner Ansicht einen starken Staat bedinge. Er hat im Europäischen Haus Pappenheim vor allem einige Vorschläge zur unmittelbaren Bewältigung der Krise im Euro-Raum gemacht, die eine europaweite Angleichung der Wirtschaftskraft erlauben:

- In den Staaten, die die Inflationsvereinbarungen mittels Lohndumping missachtet haben, sollten ihre **Löhne massiv nach oben fahren, damit Binnennachfrage und Importe zum Ausgleich der Leistungsbilanzunterschiede angekurbelt werden**. Nicht flexibel-instabile Arbeitsmärkte, sondern stabile Arbeitsmärkte sind das Gebot der Stunde. Als Lohnsteigerungsformel wäre danach wieder einzuführen: Produktivitätszuwachs + Inflationsziel.
- In den Staaten, die derzeit als Problemstaaten gelten, sollten staatliche Investitionsprogramme zur Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens gefahren werden, die vor allem einheimischen Haushalten und Unternehmen zu Gute kommen.
- Wenn sowohl Privathaushalte als auch Unternehmen sparen, muss der Staat mittelfristig mit Blick auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Ausgaben t\u00e4tigen, \u00fcber Auftr\u00e4ge oder Steuerpolitik die Nachfrage nach Privatkonsum und Unternehmensinvestitionen ankurbeln.
- Geldpolitik muss neben dem Ziel der moderaten Inflation, also der Preisniveaustabilität, auch die Vollbeschäftigung im Blick haben. Des Weiteren muss die Finanzpolitik Regelungen einführen, die Finanzprodukte nur dann genehmigen, wenn sie einen gesellschaftlichen Nutzen und leicht beherrschbare Risiken haben.

Auch in anderen Quellen finden sich einige der genannten Punkte in ähnlicher Formulierung sowie außerdem folgende Strategien³⁰:

http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de (01-01-14).

http://www.flassbeck-economics.de/ (01-01-14); vgl. z.B. auch Flassbeck 2012.

Vgl. z.B. Stiglitz 2012, Zeise 2012, Wagenknecht 2012, Chang 2012, Goodwin/Burr 2013, Schulz 2013, BEIGEWUM 2013;

http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen der arbeitsgruppe/memorandum 2013/index.html

- große **Finanzkonzerne verstaatlichen** (womit nicht nur die faulen, sondern auch werthaltige Forderungen an den Allgemeinheit übergehen) und diese Konzerne auf ein gemeinnütziges Geschäftsmodell verpflichten, das im Dienst der Realwirtschaft steht
- den profitorientierten Privatunternehmen überlassene Bereiche der allgemeinen Grundversorgung wieder verstaatlichen (wie Energieversorgung, Müllentsorgung, Gesundheitsbereiche, Nahverkehr und Eisenbahn, Post und Telekommunikation)
- für bestehende Regelungen, die die Umverteilung von unten nach oben verstärkt haben, **Regelungen**, die fairen Wettbewerb ermöglichen, einführen
- eine einmalige Abgabe auf Vermögen von Multimillionären einholen
- eine EU-weite Steuerpolitik einführen, die den Staat für seine verfassungs- und EUvertragsmäßigen Aufgaben solide ausstattet
- Altschulden der EU-Staaten streichen
- Staaten ermöglichen, sich Geld direkt bei der Europäischen Zentralbank statt auf einem ungeregelten globalen Finanzmarkt zu besorgen
- Einkommen weniger extrem verteilen, damit der Staat auf fehlende Nachfrage bei Privathaushalten seltener mit kreditfinanzierten Staatsausgaben reagieren muss
- europaweit Mindestlöhne einführen

Viele WirtschaftswissenschaftlerInnen sprechen sich gegen solche Maßnahmen aus, weil sie eine Schwächung des Arbeitsmarktes befürchten. In diesem Essay geht es jedoch nicht darum zu befürchten, sondern etwas nachzuweisen. Und daran mangelt es. Bisherige Studien haben beispielsweise vielmehr den Nachweis erbracht, dass Mindestlöhne im Grundsätzlichen keinen Einfluss auf die Arbeitsmarktsituation haben³¹.

Mit diesen Regeln könnte man dann das gegenwärtige Modell eines Wohlstands-Killers durch das Modell eines Wohlstands-Schöpfers ersetzen. Es braucht einen gesunden, wohlgeformten Wohlfahrtsstaat. Aus der genannten Studie der International Labour Organization (2008: 88) geht Folgendes hervor: Je ausgeprägter der Sozialstaat, desto höher die Arbeitskraft bzw. Leistungsstärke von Menschen.

In der Tat scheint die ausgewogene Verteilung von Einkommen ein wichtiger Motor zu einer besseren Gesellschaft zu sein. Warum? Weil Dutzende von Vergleichen von Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009) zeigen, dass es einen statistisch bedeutsamen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichverteilung und vielen sozialen Problemen gibt—mal stärker, mal schwächer. Der englische Titel *The Spirit Level* (wörtlich 'Das Niveau des Geistes') ist übersetzt worden mit *Gleichheit ist Glück*. Nun soll damit nicht gemeint sein, dass alle Personen das genau gleiche Einkommen beziehen sollen, aber die Unterschiede sollen eben gering sein. Nähme man den bereits erwähnten Gini-Index und vergleicht die Leistung einzelner Staaten bei den verschiedenen Kennzahlen³², dann erweist sich in jedem Falle ein Index um 0,400 vor Steuern und Sozialleistungen und ein Gini-Index zwischen 0,200 und 0,250 nach Steuern und Sozialleistungen als effizient. Die Werte von Wilkinson und Pickett sind das Verhältnis der oberen 20 Prozent zu den unteren 20 Prozent, wie sie im Human Development Report der Vereinten Nationen des Jahres 2006

⁽⁰¹⁻⁰¹⁻¹⁴⁾

³¹ Vgl. Peter Bofinger im Kap. VI des Jahresgutachtens 2013/2014 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 289ff., http://www.sachverstaendigenrats-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13 VI.pdf (01-01-14).

http://stats.oecd.org/index.aspx?quervid=46189 (01-01-14)

angegeben sind. Von den europäischen Ländern berücksichtigen sie bewusst nur die Länder, die als reich gelten. Ich möchte mich bei den Zusammenfassungen ihrer Ergebnisse positiv ausdrücken, ohne dass damit nach totaler Gleichverteilung gerufen wird.

- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher das soziale (incl. gesundheitliche) Wohlergehen.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher die Lebenserwartung.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto geringer die Kindersterblichkeit.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher das Wohlergehen von Kindern.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto weniger Geburten im Teenage-Alter.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher der soziale Status der Frau.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto besser die PISA-Ergebnisse.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto weniger psychische Erkrankungen.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto weniger übergewichtige Jugendliche.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto weniger fettleibige Erwachsener.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto eher das Vertrauen der Menschen untereinander
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto weniger Mordfälle.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto weniger Konflikterfahrungen bei Kindern
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto weniger Gefängnishäftlinge.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto mehr Freizeit.
- Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher die Recycling-Rate.

Zusammengefasst: **Je gemäßigter die Einkommensunterschiede, desto höher der allgemeine Wohlstand**. Wilkinson und Pickett kommen zu folgendem Schluss: "Wenn es nicht gelingt, die Einkommensungleichheit entscheidend zu reduzieren, braucht man mehr Polizisten, mehr Richter, Gefängnisse, Kliniken, Psychiater usw. – und das heißt mehr Geld. Wenn also Steuern und Transferleistungen niedrig gehalten werden, was ja zu noch größeren Einkommensunterschieden führt, dann werden die überhandnehmenden sozialen Probleme eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben erzwingen."³³

Deshalb sei auch nochmals gesagt, dass diese Vorschläge nicht Ausdruck der Hetze gegen die Oberen sein sollen. Durch die hier vorgeschlagenen Wege werden Besserverdienende nicht arm oder in ihrer Lebensqualität eingeschränkt. Vielmehr wird ja auch die Lebensqualität der Besserverdienenden durch eine harmonische **Union gesunder Staaten** gesteigert – Staaten, in denen man nicht um die Sicherheit seiner selbst oder seiner Familie fürchten muss, in denen man nicht auf eine gute Infrastruktur verzichten muss, in denen man nicht einer wohltuenden Umwelt nachtrauern muss.

2.7. Ausblick: Wie gestalte ich Gespräche mit Kandidaten für das EU-Parlament?

Es gibt PolitikerInnen, die behaupten, dass vertragliche und verfassungsmäßige Aufgaben besser vom freien Markt geregelt werden sollten als von PolitikerInnen. Wer soll solche PolitikerInnen wählen – PolitikerInnen also, die sich selbst die Kompetenz für ihre Aufgaben absprechen? Doch selbst mit solchen KandidatInnen kann sich ein ehrliches, echtes Gespräch lohnen – ein Gespräch, in dem die Gründe für diese Behauptung erfragt und ehrlich erörtert wird.

³³ WIlkinson/Pickett (2009: 272).

Es lohnt sich zur Vorbereitung außerdem die Lektüre eines Überblickswerkes zu Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte, z.B. den Comic-Band *Economix*³⁴, sowie die Lektüre der ersten Artikel des EU-Vertrages. Diese Texte lassen sich auch zur Diskussion mitnehmen. Die im EU-Vertrag formulierten Ziele kann man dann gegenwärtigen Problemen und den hier vorgeschlagenen Wegen gegenüberstellen und KandidatInnen für das EU-Parlament um deren Bewertungen und Lösungsvorschläge bitten – und bereits amtierende ParlamentarierInnen auch fragen, warum diese Lösungsvorschläge bislang noch nicht umgesetzt sind. Lassen Sie **vorgeschlagene Wege immer mit den übergeordneten Zielen verbinden**. Dass Wege viel zu selten mit den übergeordneten Zielen verknüpft werden, ist schon etwas, was viel zu oft in schnellen Massenmedien vorkommt. Lassen Sie sich Nachweise geben, die den Weg für ein Ziel begründen können.

Es wird sich vor allem lohnen, im Gespräch mit den MandatsbewerberInnen, keine Wörter und Wendungen aus der typischen neoliberalen Sprache zu verwenden, sondern – etwa wie hier vorgeschlagen – alternative Ausdrucksweisen zu nutzen. Dies würde dazu beitragen, eine frische Sichtweise auf die Dinge zu bekommen. Die EU-Parlamentsmitglieder sind die VertreterInnen der Allgemeinheit, die Vertreter des Staates – und wir brauchen nicht nur einen über Gemeinwohl-Beiträge besser ernährten, gesunden Staat, sondern auch gesunde StaatsvertreterInnen – es sind die VertreterInnen von uns allen.

3. EHP-Newsletter-Eintrag vom 23.12.14

Die Weihnachtszeit ist eine Zeit von Texten, die man auswendig und formelhaft verwendet. Wir verwenden sie, ohne nachzudenken, ob die Texte übereinstimmen mit dem Tun in der Gesellschaft, im eigenen Haus und einem selbst. Papst Franz hat auch neulich wieder zum Nachdenken angeregt, diesmal mit Blick auf Bibeltexte und das Tun im Vatikan.

Doch dieses Nachdenken bietet sich auch bei Liedtexten an – wie jene des deutschsprachigen Chansonniers Udo Jürgens, der am 4. Advent im Alter von 80 Jahren unerwartet verstorben ist. Nicht nur "Merci Chérie" ist in vielen europäischen Ländern bekannt geworden; international populär wurde auch "Griechischer Wein". Allerdings ging bei Übertragungen in andere Sprachen bisweilen verloren, dass hier von Gastarbeiter-Erfahrungen erzählt wird. Und oft hören wir nicht genau auf den Text, den wir singen. Auch viele der weniger verbreiteten Lieder von Udo Jürgens regen zum kritischen Nachdenken an – über die Gesellschaft und das eigene Leben, über unterschiedliche Formen von Gewalt.

Weihnachten gilt als Fest des Friedens. Das feiern wir, obwohl es doch eigentlich erklärtes Ziel der EU und der UN ist, grundsätzlich Frieden zu halten – nicht nur zu bestimmten Festen. Und dennoch reizen Konflikte und Kriege – wegen Geld, Macht, Ressourcen, Rache und vielleicht auch immer noch Selbstverwirklichung (früher als "Stolz" und "Ehre" bezeichnet). Auch im 21. Jahrhundert ist Europa davor nicht gefeit.

Und gerne geben wir anderen die alleinige Schuld an Konflikten und Kriegen. Das hat auch schon Bertha von Suttner vor 125 Jahren in ihrem Roman "Nieder mit den Waffen" eine ihrer Hauptfiguren aufzeigen lassen. Dort sagt Rudolf zu seinem Gesprächspartner, nachdem dieser andere Menschen und Völker als aggressiv dargestellt hat:

"Mit welchem Rechte halten Sie andere Leute für schlechter und unvernünftiger als sich und mich? Da will ich Ihnen ein kleines Märchen erzählen: Vor der geschlossenen Pforte eines schönen Gartens, gar sehnsüchtig hineinschauend, stand ein Haufen Menschen, tausendundeiner an der Zahl. Der Pförtner hatte den Auftrag, die Leute hereinzulassen, falls die Mehrzahl unter ihnen den Einlaß wünschte. – Er rief den

³⁴ Goodwin/Burr 2013. Ebenfalls sehr anschaulich, aber weniger umfassend, sind Wagenknecht 2012 und Chang 2012.

Einen herbei: "Sag' – aber aufrichtig – möchtest Du herein?" – "O ja, ich schon, aber die andern Tausend sicher nicht." Diese Antwort schrieb der kluge Pförtner in sein Notizbuch. Dann rief er einen Zweiten. Der sagte dasselbe. Wieder trug der Kluge unter die Rubrik "ja" die Ziffer 1, unter die Rubrik "nein" die Ziffer 1000 ein. Das ging so bis zum letzten Mann. Dann addierte er die Zahlen. Das Ergebnis war: 1001 "ja", über eine Million "nein". So blieb das Tor verschlossen, denn das "nein" hatte eine erdrückende Majorität. Und das kam daher, weil Jeder, statt nur für sich, auch für die Anderen antworten zu müssen glaubte."

Bertha von Suttner stand mit Alfred Nobel in Kontakt. Beide verabscheuten sie den Krieg. Nobel glaubte zunächst, dass man Menschen durch besonders gefährliche Waffen vom Krieg abschrecken könnte. Er ließ sich von Bertha von Suttner überzeugen, dass gut unterrichtete und wortstarke Bürger sowie ein internationales Schiedsgericht die besseren Friedensgaranten bei drohenden Konflikten seien. Nach ihrem Roman, der zwar heute etwas fern wirkt, aber damals schnell in eine Vielzahl von Sprachen übersetzt wurde, wurde sie eine führende Person der Friedensbewegung. Sie hielt Vorträge in ganz Europa. Sie wurde 1905 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, starb vor 100 Jahren und ziert heute die österreichische 2-EUR-Münze. Eines ihrer Zitate: "Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden." Nicht nur zum Fest des Friedens sollten wir uns solcher Worte erinnern.

4. Mehr Balance für mehr Frieden in Europa – in Sprache und Ökonomie (veröffentlicht als EHP-Essay 3 am 27.12.15)

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union war wohl letztlich eher als Auftrag zu verstehen – schließlich wäre es ja kein besonderes Verdienst, in der eigenen Familie Frieden zu halten. Doch es ist traurig: Die Europäische Gemeinschaft hat sich in den letzten Jahren der Auszeichnung als nicht sehr würdig erwiesen. Dabei scheint die Mehrheit der Spitzenpolitiker der EU-Mitgliedstaaten viele der Ziele der EU immer wieder zu vergessen. Sie sind in Artikel 3 des EU-Vertrages nachzulesen. Danach ist Ziel die "nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums [...][,] soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [....]. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten." Und weiter heißt es: "Sie [= die EU] leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern". Stattdessen blicken wir am Ende des Jahres 2015 auf eine Welle unterschiedlicher Arten von Gewalt.

In vielen EU-Ländern wird an der eigenen Gesellschaft durch die Steigerung von Armut und Ungleichheit eine Art Gewalt geübt. Gemäß der EU-Datenbank Eurostat³⁵ steigt in vielen EU-Ländern seit 2010 der Anteil der Menschen, die unter erheblicher materieller Armut³⁶ leiden. Eine Ausnahme bilden Schweden, Großbritannien und Frankreich. Besonders stark wuchs der Anteil der Armen in Griechenland, Irland, Portugal, insbesondere nach der Einführung der erzwungenen Sparmaßnahmen. Diese Sparmaßnahmenzwänge werden irreführend bisweilen als "Rettungsmaßnahmen" bezeichnet: Durch sie stieg die Zahl der Armen in Irland von 5,7% im Jahr

Vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/de/home.

Erhebliche materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens vier der folgenden neun Kriterien erfüllt sind: (1) finanzielles Problem, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen; (2) finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können; (3) finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können; (4) finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können; (5) finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen; (6) Fehlen eines Personenkraftwagens im Haushalt aus finanziellen Gründen; (7) Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen; (8) Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen; (9) Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.

2010 auf 7,8% im Jahr 2011; in Portugal ab 2011 von 8,3% zunächst relativ leicht auf 8,6%, dann aber auf 10,9% 2012; in Griechenland von 11,6% im Jahre 2010 auf 15,2%, 19,2%, 20,3% und schließlich 21,5% bis zum Jahr 2014. Nachdem Irland 2013 sich aus den Zwängen dieses Finanzindustrie-"Rettungsschirms" befreit hat, ist der Prozentsatz der Armen in der Gesellschaft wieder von 9,9% auf 8,4% gesunken. Doch selbst in Deutschland ist der Anteil der Armen von 8,4% (2010) auf 9,0% (2014) gestiegen, mit einem Hoch von 9,9% im Jahr 2012. Das mag manchen erstaunen, gilt Deutschland doch eher als wirtschaftsstark unter den EU-Staaten. Doch offenbart sich hierdurch schon, dass dies mit der Ungleichverteilung des insgesamt starken Wohlstands zu tun haben muss. Gemäß der EU-Datenbank Eurostat stieg in vielen EU-Staaten die Ungleichheit von 2010 bis 2014 (gemessen am Gini-Koeffizienten auf einer Skala von 0 'null Ungleichheit' bis 1 'eine Person hat alles'). Die Ungleichheit stieg nicht nur in den als Krisenländer bezeichneten Staaten Griechenland (von 0,329 auf 0,345), Spanien (von 0,335 auf 0,347) und Portugal (0,337 auf 0,345), sondern auch in Deutschland (von 0,293 auf 0,307). Geringer wurde die Schere dagegen in Großbritannien und Frankreich. Als ideale Ungleichheit kann nach empirischen Berechnungen ein Gini-Koeffizient in der Bandbreite von 0,2121 bis 0,3333 angesehen werden³⁷. Das ist eine gemäßigte Ungleichheit bzw. gemäßigte Gleichheit. Und je näher man dieser Gleichheit/Ungleichheit-Balance ist, desto höher der allgemeine Wohlstand – dies haben Studien gezeigt³⁸. Leider bewegt sich selbst Deutschland immer mehr auf den höheren Grenzwert zu. Herausgefallen aus dieser idealen Bandbreite sind seit 2010 neben Griechenland und Spanien auch Estland, Bulgarien, Zypern und Rumänien. Schon vorher hatten neben Portugal auch Litauen und Lettland diese Werte verfehlt. Das schlechte Abschneiden von Deutschland mag viele Leser überraschen, weil Deutschland in den Medien doch oft als Vorbild dargestellt wird. Aber man muss fragen: als Vorbild wofür eigentlich? Meistens werden eben rein finanzielle, geldwert-bezogene Kennzahlen präsentiert, die irgendwelche Durchschnitte berechnen. Doch sagt ein Austausch von Geld nichts über die dahinter stehende Leistung aus. Und ein Durchschnitt sagt überhaupt nichts darüber aus, ob etwas gleichmäßig oder extrem verteilt ist. Wenn eine Person 99 EUR pro Stunde verdient und eine andere Person 1 EUR pro Stunde, dann ist der Durchschnitt von 50 EUR reines Rechenspiel ohne große Aussage über das Wohl der Gesellschaft insgesamt. Daher ist etwa das Bruttoinlandsprodukt insgesamt oder pro Kopf für die Betrachtung der eingangs erwähnten Ziele vollkommen nutzlos. Auch Arbeitslosenstatistiken und Beschäftigtenstatistiken nützen wenig, wenn sie keine Auskunft darüber geben, wie viele Menschen denn tatsächlich ein Einkommen haben, das als ausreichend bezeichnet werden kann. Das liegt an der flexiblen Art, wie man arbeitslos und beschäftigt definieren kann.

Was können Lösungen sein? Als Deutscher habe ich anderen Ländern keine konkreten Empfehlungen zu geben – es sei denn, die Auswirkungen ihres Handelns betreffen auch mich. Als allgemeine neutrale Regel für Europa lässt sich sagen, dass legal nur über den Staat das von der Gesellschaft gemeinsam geschaffene Vermögen so verteilt werden kann, dass es gemäßigt verteilt wird. Überspitzt formuliert: Der Durchschnittsbürger in den Statistiken ist egal; es muss vielen in der realen Welt gut gehen! Dabei braucht es entsprechende Machtinhaber, die verstehen, dies umzusetzen. Jedes Volk hat über eine Wahl tatsächlich die Wahl, politische Änderungen zu ermöglichen – sofern es ausreichend über die Ideen und die Glaubwürdigkeit der politischen Bewerber informiert ist und informiert werden kann. Manche Völker in Europa haben diese Wahlmöglichkeit ergriffen. Einige der alternativen Politikbewerber zeigen dabei bedauerlicherweise

Vgl. dazu E. Herlyn, Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalititonsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven: Ein Beitrag zur Quantifizierung sozialer Nachhaltigkeit, Wiesbaden 2012, vor allem S. 159-166, F.J. Radermacher, Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, Wien 2005, T. Kämpke / R. Pestel / F.J. Radermacher, "A Computational Concept fpr Normative Equity", European Journal of Law and Economics 15 (2003): 129-163, G. Jacobs / I. Šlaus, "Indicators of Economic Progress: The Power of Measurement and Human Welfare", Cadus 1/1 (2010): 53-113.
 Vgl. Wilkinson/Pickett 2009.

eher eine Ignoranz gegenüber den zitierten Zielen der EU. Andere dagegen weisen geradezu darauf hin, stellen das Wohl der Bevölkerungsmehrheit ins Zentrum und haben dadurch mehr Zuspruch erhalten: zum Beispiel in Griechenland Syriza, in Spanien Podemos, in Portugal das Bündnis unter dem neuen Regierungschef Antonio Costa, in Großbritannien die Gruppe um den neuen Labor-Chef Jeremy Corbyn. Freilich bedeutet deren Wahl noch nicht, das sich sofort alles ändern kann. Aber die Chance ist da, eine neue Politik zu machen: nicht die Oberen gegen die Unteren, nicht die Unteren gegen die Oberen, sondern die Unteren mit den Oberen und umgekehrt. Alle vier genannten politischen Gruppen erhalten einstweilen noch Widerstand von Machtinhabern in Politik, Ökonomie und Medien – national wie international. Erinnert Die sonst so angepriesene Demokratie im Sinne der Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen zählt da manchmal nicht mehr. Demokratie ist dann zum Füllwort geworden. Es ist dann ein Wort ohne klare Kernbedeutung, sondern versprüht nurmehr positive Assoziationen. Beobachten Sie einmal selbst, wie der Widerstand gegen jene, die sich für mehr Gemeinwohl einsetzen, bisweilen gewaltsam ist, zumindest sprachlich. Es wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Wohlstand für viele, wenn die alternativen es schafften, nach dem Gewinn der Aufmerksamkeit nun eine Sprache zu pflegen, die eine Balance aus Klarheit und Friedfertigkeit ist.

Unsere Geldwirtschaft ist eigentlich ebenfalls auf Balance ausgerichtet, auf Ausgewogenheit, wie es im zitierten Artikel des EU-Vertrages heißt: mal gibt der eine und der andere nimmt, dann ist es wieder umgekehrt. Die Einnahmen des einen sind immer die Ausgaben des anderen. Und damit das System nicht kollabiert, müssen die Rollen ausgewogen übernommen werden. Die Wörter Bilanz und Balance hängen nicht umsonst historisch zusammen. Das vorhandene Geld muss stets im Kreislauf bleiben, um den Wohlstand zu sichern; will man den Wohlstand sogar steigern, kann das nur über durch die Bank neu geschaffenes Geld gehen. Das sind die berühmten Kredite, mit denen man investieren kann. Mit diesem Wissen und dieser Politik sind die jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten bis in die 1970er Jahre hinein gut gefahren. Dies ist aber allmählich aufgegeben worden – offenkundig auch in der Euro-Zone. Ursprünglich gedacht als Gemeinschaft von Partnern wurden die Euro-Länder zu einer Gruppe, bei der zumindest einige die anderen als Gegner sehen; diese Gegner sollen aber gleichzeitig durchaus die Waren der anderen Seite kaufen. Ein und dieselbe Gruppe als Konkurrent und Kunde gleichzeitig zu sehen, ist eine widersprüchliche Sichtweise. Aber diese letztlich hinterhältige Sichtweise breitet sich aus. Sie führt vor allem bei den auf Export orientierten Ländern wie Deutschland dazu, dass sie wenig bei anderen kaufen, die anderen aber ihr Geld bei den Firmen der Exportländer ausgeben, bis kein Geld mehr da ist. Dafür werden diese Import-Länder, die Wohlstand und Wachstum von Export-Ländern durch ihre Kaufbereitschaft gesichert haben, dann auch noch gescholten. Man hat offenbar nicht verstanden: Sparen, also das Abziehen des Geldes aus dem Kreislauf, verhindert Wohlstand und Wachstum. Vielmehr muss unterstrichen werden: Wachstumssteigerung geht nur über mehr Kredite, zu deutsch: Schulden. Das Wachstum von aufs Sparen ausgerichteten Export-Ländern wie Deutschland beruht auf der Verschuldungsbereitschaft anderer Länder. Wenn allerdings immer die gleichen Nationen Geld horten und die anderen gleichen Nationen Geld ausgeben sollen, wenn sich keine Balance einstellt, dann entsteht logischerweise ein Ungleichgewicht und die EU-Ziele lassen sich nicht erreichen. Es kommt zu Konflikten.

Was können Lösungen sein? Dass das Sparen aller ein unlogischer Weg ist, wurde schon aufgezeigt. Man kann auch aus der Geschichte lernen. So hat sich durch die westliche Politik bis in die 1970er Jahre gezeigt, dass man die in Artikel 3 genannten Ziele ganz gut erreichen kann, wenn man einen Staat hat, der sich darum kümmert, dass Unternehmen investieren und er selbst die Schlüsselbereich in der Hand hat, einen Staat, in dem man die Sicherheit seiner selbst oder seiner Familie garantiert ist, in denen man eine gute Infrastruktur hat, in denen man sich in einer wohltuenden Umwelt befindet – man könnte sagen: wenn man einen gesunden Staat hat. Was wir dagegen beobachten,

sind in sich völlig unlogische Forderungen. Manche behaupten, die anderen müssten sich in ihrer Arbeitsweise den reicheren Ländern anpassen. Doch es müssen eben nicht nicht alle Länder einer Währungszone gleich viel arbeiten. Diese Forderung basiert nicht auf ökonomischer Basis. Ökonomisch basiert ist lediglich die Feststellung, dass jede Nation gemäß ihrer Produktivität leben müsse. Es wird gefordert, die Krisen-Länder sollen eben einfach generell sparen. Aber: sie haben ja nichts mehr zum Sparen. Sie müssten sich von jenen Einnahmen holen, die ihr Geld genommen haben. Vielmehr sollen die Krisen-Staaten dann ausgerechnet noch jene Güter verkaufen, die noch Einnahmen bringen – wie dies etwa von Griechenland in Bezug auf Häfen und Flughäfen verlangt wurde. Häfen und Flughäfen sind in Griechenland mit seinen 87 bewohnten Inseln Teil des öffentlichen Nahverkehrs. Eigentlich weiß man schon von früheren europäischen Studien, dass die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs zu teurerem, schlechterem Zugang für die Bürger führte. Eigentlich weiß man aus früheren Beispielen ebenfalls, dass Sparpolitik generell keine Besserung hinsichtlich der eingangs zitierten Ziele bringt. Man erinnere sich an die Sparpolitik Brünings: sie begünstigte den Aufstieg Hitlers. Man erinnere sich an die massiven Sparprogramme der 1990er Jahre, die der Internationale Währungsfonds lateinamerikanischen Staaten auferlegte: deren Bevölkerung ging es erst nach Beendigung der Programme wieder besser³⁹. Mit anderen Worten: die kranken Staaten werden durch Sparen allmählich tot gemacht. Das ist kein typischer Krieg, aber eine Art Wirtschaftskrieg, der innerhalb von Europa stattfindet. Nehmen wir noch einmal Griechenland: der Arbeitslosenanteil ist nach Angaben des griechischen Statistikamtes von 9,2% im Jahre 2009 auf 27,3% im Jahre 2014 gesteigen. Über die Hälfte der Menschen auf müssen auf zusätzliche nicht-eigene Einnahmen zurückgreifen⁴⁰, insbesondere auf die Rente eines Elternoder Großelternteils, wobei das Renteneintrittsalter im Griechenland mit 67 Jahren höher ist als in manch anderen EU-Ländern (incl. Deutschland). Von einem EU-Land mit einer sehr niedrigen Selbstmordrate wurde Griechenland durch die sogenannten "Rettungsmaßnahmen" zum EU-Land mit der höchsten Selbstmordrate⁴¹. Durch erzwungene Kürzungen kam das öffentliche Gesundheitssystem zum Zusammenbruch: mehr als 3.500.000 Menschen haben keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem mehr; zum ersten Mal seit 1950 steigt die Säuglingssterblichkeit wieder; die Fälle von HIV-Infektionen bei Drogenkonsumenten ist um 1.250% gestiegen; seit 40 Jahren werden wieder verstärkt Fälle von Malaria und Tuberkulose beobachtet⁴². Die durch die hohe Arbeitslosigkeit und die Armut entstandenen Steuerausfälle sollen irrationalerweise durch höhere allgemeine Mehrwertsteuern auch auf Nahrungsmittel wettgemacht werden (23 Prozent!), die natürlich von den Armen ebenfalls nicht geleistet werden könnten. Das menschliche Leid wird nur noch verstärkt. Viele mit Verantwortung in Europa nehmen ein Sterben von Menschen in der EU in Kauf; sie fördern es sogar! Manche tun dies vielleicht auch unbewusst, weil sie nicht immer mit den entsprechenden Fakten konzentriert werden. Zwar glauben viele, es sei doch die Aufgabe der Massenmedien hier für ausgewogene Informationen zu sorgen. Doch schon Edward Herman und Noam Chomsky betonen seit langem, dass das Hauptgeschäft der Massenmedien nicht darin besteht, das Produkt "Informationen" an den Kunden "Publikum" zu verkaufen, sondern das Hauptgeschäft der Massenmedien besteht darin, das Produkt "Publikum" an den Kunden "Inserent, Unternehmen" zu verkaufen – es sind riesige international Medienunternehmen⁴³. Daher braucht es auch die von Parteipolitik und Profitorientierung unabhängigen Bildungseinrichtungen, die sich nur der allgemein zugänglichen Wahrheitssuche verpflichtet fühlen. Über die Motive für die grausame politische Handlungsweisen kann letztlich nur spekuliert werden. Sicher findet sich ein Teil der Antwort in der Frage, wem dieser ökonomische und ideologische Krieg nützt. Einige profitieren sehr gut von der derzeitigen

³⁹ Vgl. Stiglitz 2002.

⁴⁰ Vgl. http://tinyurl.com/q6muw67.

⁴¹ Vgl. http://left.gr/news/sygklonistika-stoiheia-gia-tin-ellada-tis-krisis-ayxisi-kata-35-stis-aytoktonies.

⁴² Vgl. http://www.solidarity4all.gr/el/about-solidarity-initiative.

⁴³ Vgl. Herman/Chomsky 1988/2002. Siehe dazu auch den preisgekrönten Dokumentarfilm *Manufacturing Consent:* Noam Chomsky and the Media von 1992 [dt. Die Konsensfabrik: Noam Chomsky und die Medien].

wirtschaftspolitischen Ideologie des Marktradikalismus und von der Krise. Dies gilt etwa für die Finanzindustrie. Dies gilt letztlich aber auch für den deutschen Staatsapparat: Durch die Krise will keiner mehr griechische Staatsanleihen kaufen, sondern alle wollen nur noch deutsche Staatsanleihen; der deutsche Staatsapparat muss kaum mehr Zinsen zahlen für Kredite. Deutschland hat somit nach verschiedenen Berechnungen schon rund 100 Milliarden durch die Griechenlandkrise gespart⁴⁴. Einige profitieren also vom steigenden Wohlstand, aber, wie gesagt, dieser verteilt sich eben nicht auf alle gemäßigt. Die meisten Europäer leiden unter der derzeitigen wirtschaftspolitischen Ideologie. Wenn daran festgehalten wird, ist es nur logisch, dass der Schaden in so manchen EU-Ländern weiter steigt. Folglich werden wohl immer mehr Menschen in die insgesamt geldreichen Staaten wie Deutschland fliehen, die sich ja insgesamt gesehen an ihnen bereichert haben. Die EU-Länder werden in den Medien untereinander gern als "Partner" bezeichnet; in der europäischen Rhetorik ist mit Bezug auf die USA gern auch von "Freunden" die Rede⁴⁵. Warum übertragen wir dies nicht mehr auf alle Länder außerhalb der EU und bezeichnen die Menschen in anderen EU-Ländern als "Brüder und Schwestern" - wie in Beethovens Ode an die Freude, deren Melodie immerhin zur EU-Hymne erkoren wurde? Eine friedfertige Sprache ist auch hier ein weiterer Schritt. Politiker haben es allerdings oft schwer, denn manchmal werden ruhige Worte einfach aufgebauscht. So erging es jüngst Italiens Regierungschef Matteo Renzi, der daran erinnerte, dass die EU allen 28 Ländern dienen müsse und nicht nur Deutschland. Die Financial Times etikettierte dies am 21.21.15 als scharfe Attacke⁴⁶. Einstweilen helfen sich die Griechen vor allem selbst, unter anderem mit dem Netzwerk "Solidarität für alle" (AgO), das auch einen internationalen Fonds geschaffen hat, in dem auch alle Abgeordneten der Syriza-Partei 20% ihrer Aufwandsentschädigungen freiwillig einzahlen.

Blicken wir zuletzt auf die internationalen Aktivitäten der EU. Hier verschärft sich das Ergebnis bestimmter Wirtschaftspolitik noch. Ein die Medien beherrschendes Thema ist die hohe Zahl von Flüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten. Sie fliehen vor dem drohenden Tod durch Hunger oder Waffen. Manche fürchten, dass sich durch die vielen Flüchtlinge aus fremden Kulturen neue Probleme des Zusammenlebens ergeben könnten. Politiker suchen nach Lösungen. Vorgeschlagen wurde das Problem zu verlagern, sodass man es nicht mehr unmittelbar sieht: Die ohnehin schon geschwächten Länder an den südlichen und südöstlichen Außengrenzen der EU wurden kritisiert, dass sie ihre Außengrenzen sichern müssten; taten sie es, ernteten sie auch wieder Kritik. Zum anderen möchte man Geld an die Länder jenseits der EU-Außengrenzen schicken, damit die Flüchtlingslager besser ausgerüstet werden. Beides aber bekämpft nicht die eigentlichen Ursachen, die Menschen dazu drängen, ihre Heimat zu verlassen: Gewalt durch Hunger und Gewalt durch Waffen. An beiden Arten von Gewalt hat die EU eine Mitschuld.

Ja, leider ist die EU auch an der bewaffneten Gewalt beteiligt, der Gewalt des Krieges – indirekt durch Waffenlieferungen an Qatar und Saudi-Arabien (die sie an die Terror-Organisation Islamischer Staat weitervermitteln) oder – unter dem Eindruck der Pariser Terrorschläge – durch direkte Kriegsbeteiligung in Syrien. Das soll der Bekämpfung der Organisation Islamischer Staat dienen. Entspricht dies den Werten der EU? Die Beteiligung findet ohne UN-Mandat statt. Der Einfall in Syrien findet ohne Bitten der syrischen Regierung statt. Im Übrigen bedenke man: die Pariser Anschläge wurden federführend ja nicht von syrischen Terroristen verübt, sondern von französischen und belgischen Terroristen – einstweilen ist noch unklar, ob überhaupt Syrer aktiv beteiligt waren. Haben solche Kriege überhaupt den gewünschten Effekt? Falls ja, sind sie das effizienteste Mittel? Wie viele Menschen haben ihr Leben lassen müssen, die nicht an militärischen Einsätzen beteiligt sind? Sie werden verschleiernd und zynisch auch als Kollateralschaden

⁴⁴ Vgl. Boysen-Hogrefe 2012 und Dany et al. 2015.

⁴⁵ Vgl. dazu Grzega 2015.

⁴⁶ Vgl. Politi 2015.

bezeichnet (en. *collateral damage*, fr. *dommage collatéral*, es. *daño colateral*, it. *danno collaterale*, pl. *szkoda kolateralna*, sv. *sidoskada* etc.) – man macht Menschen dadurch zu Dingen. Doch es sind getötete Menschen. Terror wurde durch Terror abgelöst. Wie viele der durch den Westen getöteten Menschen waren keine gegnerischen Kämpfer, sondern wurden versehentlich getötet? Nach offiziellen Berechnungen waren es im Jugoslawien-Krieg 1999 (Operation Allied Forces) mindestens 50 Prozent⁴⁷ und im zweiten Irak-Krieg 29 Prozent⁴⁸. Ist es das wert? Man wird damit neuen Hass geschürt haben. Stellen Sie sich doch nur Menschen vor, in Ihrer Nachbarschaft würden drei Terroristen entdeckt und die Polizei würde neben den drei Terroristen versehentlich auch ein bis drei Mitglieder Ihrer Familie töten. Welche Gefühle würden Sie nicht nur gegen die aktiven Polizisten, sondern gegen die gesamte Organisation Polizei, ja sogar gegen den ganzen Staat empfinden?

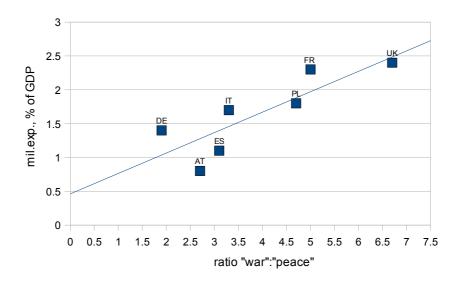
Wie können friedfertigere Lösungen aussehen? Das Abschneiden finanzieller Quellen ist ein Weg, der relativ rasch umsetzbar ist. Zudem muss es Strategien für die mittelfristige Entwicklung der EU-Länder geben. Ein Weg wäre die Umwandlung der Rüstungsindustrie hin zu einer reinen Verteidungsindustrie ohne Versendung von Waffen jenseits Europas gilt (anstatt die Rüstungsindustrie als Feld für europäisches Wirtschaftswachstum aufzufassen). Ein anderer Weg wäre die Abschaffung jeglicher Form von Massenvernichtungswaffen in Europa, auch der "finanziellen Massenvernichtungswaffen"; das sind solche Geschäfte, die etwa auf den zukünftigen Wert eines Gutes oder eines Geldpapiers wetten, also spekulieren.

Eine friedlichere Haltung kann schon gefördert werden, wenn man wesentlich weniger von "Krieg" und viel mehr von "Frieden" spricht und schreibt. Dies legt jedenfalls eine Analyse von Artikel-Überschriften in britischen, deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, polnischen und spanischen Zeitungen nahe. Vergleicht man das Vorkommen der Wörter für 'Krieg' und 'Frieden' mit den militärischen Ausgaben gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes (laut Eurostat), dann zeigt sich ein deutlicher Effekt zwischen Wortwahl und Ausgaben: Je mehr in Überschriften von Krieg (statt Friede) die Rede ist, desto mehr militärische Ausgaben gibt es⁴⁹.

Vgl. Human Rights Watch, 2000, https://www.hrw.org/reports/2000/nato/Natbm200-01.htm (489-528 zivile Opfer von 956 Menschen, die durch die NATO-Attacken getötet wurden)

⁴⁸ Vgl. Conetta 2003.

Werglichen wurden die militärischen Ausgaben 2012 gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes (laut Eurostat) mit den Vorkommen von "Krieg" und "Frieden" (incl. deklinierter Formen) im Zeitraum 13.12.14 bis 12.12.15 in jeweils einer eher liberal-progressiven und einer eher rechts-konservativen Zeitung in verschiedenen EU-Ländern, nämlich Großbritannien (*The Guardian, The Daily Telegraph*), Frankreich (*Le Monde, Le Figaro*), Spanien (*El país, El mundo*), Italien (*La stampa, Il corriere della sera*), Deutschland (*Frankfurter Rundschau, Die Welt*), Österreich (*Der Standard, Die Presse*) und Polen (*Gazeta prawna, Gazeta wyborcza*). Mittels Kendalls Tau wurde ein Wahrscheinlichkeitswert von p=0.0163 und eine Effektgröße von τ=0.8095 ermittelt.



Immer wieder verweise ich als Sprachwissenschaftler in meinen Beiträgen auch auf Marshall Rosenberg (2005/2006), der Anfang des Jahres 2015 verstarb. Er hat das Gesprächsmodell der Gewaltfreien Kommunikation entwickelt, das auch zwischen Kriegsgegnern funktioniert, wenn sie bereit sind, sich auf ein Gespräch einzulassen. Wo Leib und Leben unmittelbar in Gefahr sind, muss natürlich erst einmal diese Gefahr gebannt werden. Sodann aber geht es an den Beginn von Kommunikation. Kern von Rosenbergs Modell ist die saubere Trennung zwischen (1) allen Menschen gemeinsamen Bedürfnissen und (2) Strategien, um diese Bedürfnisse zu erfüllen. Nachdem jemand beschrieben hat, welche Strategie des Gegenübers welches Bedürfnis stört, erbittet er dann eine konkrete alternative Strategie. Wichtig: Es ist eine Bitte, keine Forderung. Dies ist auch dem Gesprächspartner deutlich zu machen. Rosenbergs Sprache ist keine Sprache des Drucks. Es ist keine Sprache des Kompromisses, wo beide Seiten etwas aufgeben. Es ist eine Sprache der Konsensfindung. Mit Rosenbergs Modell können zwei Menschen nicht nur Konflikte lösen, sondern auch vermeiden. Nun ist die Herausforderung für Politiker, dass sie nicht für sich selbst sprechen sollen, sondern für eine Gruppe, die sie repräsentieren. EU-Repräsentanten sollten also für die EU-Bevölkerung sprechen. Das heißt, dass sie die EU-Verträge kennen und Einfühlungsvermögen für andere Menschen haben müssen. Sie müssen sich fragen, welche Strategien für die Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse und der EU-Ziele bzw. sogar der UN-Ziele taugen.

Rosenberg ging, wie gesagt, davon aus, dass alle Menschen die gleichen Bedürfnisse haben. Indirekt versuchte er also etwas zu finden, das keine kultur- oder gruppenspezifischen Assoziationen hervorruft. Nun gibt es allerdings kaum etwas, was nicht mit kultureller Bedeutung aufgeladen sein könnte. Wer beispielsweise gehört zum Kreis, den man als "meine Familie" bezeichnet? Für manche ist 'die Enkelin der Schwester der Großmutter' eingeschlossen, für andere nicht. Was ist "pünktlich"? Für manche Kulturen bedeutet dies den Umfang von '5 Minuten vor bis 5 Minuten nach der vereinbarten Zeit', für andere Kulturen 'bis zu einer halben Stunde nach der vereinbarten Zeit'. Kulturell geprägt ist auch das Verhältnis von gesprochenem Wort und geschriebenem Wort. Je genauer man also Gedanken in Worte fasst (mit der Nennung des Zwecks), desto mehr reduziert man Missverständnisse. Je klarer man auch deutlich macht, ob etwas als Frage oder als Vorschlag oder als Bitte gedacht ist, desto mehr reduziert man Missverständnisse. Je mehr man auch versucht, die Wörter des Gesprächspartners so aufzuschlüsseln, desto eher ist ein friedfertiger Dialog möglich. Auch hier ist also Balance zwischen Gesprächsteilnehmern gefragt.

Je größer die Zahl der Menschen, desto weniger unser Vorstellungs- und Einfühlungsvermögen. Daher ist es wichtig, sich mit persönlichen Schicksalen anderer Menschen vertraut zu machen – auch mit dem eigenen Schicksal. Allerdings ist auch zu prüfen, wie einzelne politische Entscheidungen, die wir – vielleicht auf einer falschen Vorstellung heraus – unterstützt haben, zu bestimmten Lebensläufen geführt haben. Unter Umständen müssen wir über zukünftige Entscheidungen genauer nachdenken, um zum eigenen Wohl das Wohl vieler Menschen in Europa und der Welt auszubalancieren. Darum ging es der EU. Da man es nicht oft genug wiederholen kann, seien hier noch einmal die vereinbarten Ziele der EU zitiert. Die Europäische Gemeinschaft will die "nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums [...][,] soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [....]. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten." Und weiter heißt es: "Sie [= die EU] leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern". In diesem Sinne erhoffe ich mir für die Europäer und die Welt ein friedensreicheres Jahr 2016.

5. Thoughts on the Europe Days 2013 (published as EHP Essay 1 on 5 May 2013)

5.1. Introduction

The European Union celebrates May 9 as Europe Day in commemoration of the 1950 Schuman Declaration promoting the foundation of the European Coal and Steel Commuity. Already on May 5, each year people commemorate the foundation of the Council of Europe in 1949. Today this association has 47 member states from Iceland to Azerbaijan, from Portugal to Russia. The Council of Europe strives for a common promotion of economic and social progress as well as the protection of democratic security and the human rights. In other words, the goals are equality, liberty, dignity and solidarity. But these abstract notions do not always match with what our words reveal about our thoughts.

Words evoke images, and a certain word is able to trigger different images in different communities. There are words that are well integrated in our everyday language and very consciously evoke images and/or emotions. And the smart rhetorician plays with them. In his Master's thesis my student Michael Weißinger found hints that the weaker and personally more unimportant an argument, the stronger the kind of formulation for its power of persuasion. In other words: if the content is weak or unimportant, it has to sound important at least. If we regard the small number of voters as a sign of political disinterest, then the power of words can be considered as all the more important. Consequently, we can ask ourselves if some seal of quality is worth introducing. At least, alternatives for the present use of words may be suggested. Here are a few comments.

5.2. Political Keywords

5.2.1. "Unemployed", "Unemployment Rate" and "Work"

In political and economic theory full employment is defined through the unemployment rate, but in quite different ways. Definitions go from 2% to 13%. This already shows that the term *full unemployment* is not used in its literal sense—the sense that may be expected from someone with average interest in political issues. No, full employment is defined in a flexible way.

It is similar with the words jobless and out of work. Their use as technical terms are flexible, although it may seem clear in the mind of the average citizen. Literally, someone out of work is someone who does not "work". Formations parallel to job-less-ness exist in many European languages, such as German Arbeits·los·igkeit, Finn. työ·ttöm·yys, Swed. arbets·lös·het, Dutch werk·loos·heid, Hungar. munka·nélkül·iség, Pol. bez·roboc·ie, Russ. bez·rabot·ica; other languages the pattern "un employ ment": Engl. un·employ·ment, Span. des·emple·o, dis·occupa·zione, Czech ne·zaměstnan·ost. By work people mean 'work paid for, wage labor'. But this triggers discriminating images. On the one hand, it devaluates voluntary work, artistic work and work at home (including private child education and care of the elderly). On the other hand, the traditional image that work is the opposite of idleness or free-time leads to the image that people without (paid) work would be lazy and only enjoy amusements. Discrimating images about the unemployed's attitude to work already existed in the 19th century. And they were strongly criticized, for example, by the economist Alfred Marshall. So, economic theory introduced the distinction between voluntary and involuntary unemployment—a distinction that is rejected by the currently dominating Neoliberal theory in economics. Since Neoliberal theory sees human beings, in the end, as nothing more than a type of machine (by fully excluding psychological findings about human beings), involuntary unployment cannot exist in this model—a view that seems quite strange regarding current developments in society.

At this point, it is useful to have a look at the developments of the unemployment rates since 1950 in countries from different corners of Europe: Germany, Italy, France, the UK, Sweden⁵⁰. We note that after a flat wave movement from ca. 1960 to the mid-1970's, there was—with the exception of the "Social-Democratic welfare state" Sweden—an increase of the unemployment rate that, by the 1980's at the latest, can be labeled "highly rapid". In other countries the rate was around 4% in the mid-1970's—such a low value has never been achieved again since then. Even in Sweden the 4%level was exceeded and has since then gone down to this level again only in 2001-2002. Historically, the exceeding of the 4%-line occurred during the oil crisis and the rapid increase with the introduction of Neoliberalism. Evidently, the Neoliberal model can—despite re-definitions of terms—not lead to a visibly low unemployment rate. Thus we may ask why we do not go back to the old model or a model derived from the old level. Neoliberal may reply by saying that the unemployment rate is not a consequence of Neoliberalism, but a consequence of people who do not want to work. But we can reply in the Neoliberals' own perspective that, as a consequence, we should abolish the Neoliberal principle so that people do want to work again. In any case, there is the danger that the Neoliberal, academically unfounded notion of the terms unemployed and jobless becomes solid in our society.

Suggested Alternatives: wage-labor-searching or wageless.

5.2.2. "Taxes"

The words for taxes are rather negatively associated by many Europeans, although to a clearly lower degree by Scandinavians then by other Europeans, as I could show in some earlier studies. We cannot say whether this is linked to the introduction of Neoliberal thinking because there are no studies on the associations of the words for taxes from the 1930's to the 1970's. In Interview 74.1 of the series "Special Eurobarometer"--as problematic as the method in this series may often seem—has at least revealed that in no country is there a majority that would prefer a policy of reducing public spending over a policy of investing in measures for boosting the economy in order to master the "crisis". If we form a "reducing" group (= at least 2/3 of the interviewees prefers reducing

On this, see the study by Bertola/Garibaldi 2003.

On this, see the study by Esping-Andersen 1990.

public spending), an "investing" group (= at least 2/3 of the interviewees prefer investing) and a "balanced" group (= opinion balanced or without opinion), then the Danes are clearly in the "investing" group, no nation in the "reducing" group, and the rest in the "balanced" group. In other words, a large number of EU citizens see investments as necessary. Whether this has led to a positive attitude to the taxes, which would be necessary for this, remains to be analyzed. New terms could lead to new thinking.

Suggested Alternative: community contribution.

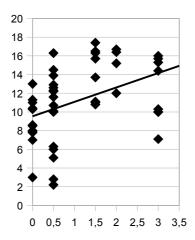
5.2.3. "economic", "economical", "economize", "cheap"

Saving is a value to everyone thinking as a consumer or as a businessman. But what is economically right for a single person or company may not be necessarily a good principle for the national economy. This is often not realized by people, but it is clearer if we become aware that the state has tasks that are fully different from the ones of households and enterprises—according to the Neoliberal model the state has only a reduced set of tasks anyway, much more reduced than according to the constitutions of most EU member states.

Nevertheless saving is seen as the best elixir in EU policy—despite contrary evidence, as, for example, illustrated by Heiner Flassbeck at the EHP on April 26. Human beings—the average citizen as well as the average politician—have a hard time imagining that something that is good for a single element may not be good for the full set of elements (here: the state). Therefore it is understandable that many words for "save" are related to "economic". In other words: saving, or acting in an **economical** way, is seen as the ideal form of acting in an **economic** way. Thus, the following relationships between words can be found in European languages:

- 1. Words for 'economical' are related to 'economic', for example Engl. economical/economic.
- 2. Words for 'save' are related to 'act in an economic way', for example Fr. économiser.
- 3. Words for 'savings bank' are related to 'save', for example Ital. *risparmiare/cassa di risparmio*
- 4. Words for 'cheap' are related to 'good/economic', for example Ital. *economo/economico*, Dutch *goedkoop*

As a counter balance, in some languages the word for 'cheap' can also mean 'of bad quality'. Now we could give a language for each of the upper features 1 to 4 one point and deduce half a point if there is the phenomenon 'cheap=bad' (for example Dutch *goedkoop*). Then we could compare the national savings ratios for some countries in which these languages are spoken. I have done this for the years 2002, 2005 (before the global financial crisis), 2008 (after the start of the global financial crisis, but before the so-called state debt crisis) and 2011 (after the start of the so-called state debt crisis) according to the Eurostat databank, for the following countries: Austria, the Czech Republic, Finland, France, Germany, Hungary, Ireland, Italy, the Netherlands, Poland, Portugal, Sweden, Spain, the UK. If we calculate the correlation coefficient, the result is a medium correlation and medium effect. In other words: The more correlations in the terms for "economic", "economical", "economize", "cheap", the higher the national savings ratio in a corresponding country.



Most European words for 'save' that are not related to 'economic' originally mean 'preserve' (for example German and Dutch *sparen*, Swed. *spara*, Fr. *épargner*, Ital. *risparmiare*). It is also interesting to see the development of the word usage. As far as I can see these words could originally only be used in connection with a real good as object or target. You could "preserve oil" or "preserve money for oil". Today you can "preserve money", without any further target. And in many languages the use of the word for 'save' alone, without an object, is automatically interpreted as 'save money'. This is what I found in an informal analysis of the first 25 Google hits for the basic forms of the words for 'save' on German, British, French, Italian, Hungarian, Polish and Swedish Internet pages.

| | alone (in the sen-se of 'mon- ey') | + 'money' / 'expenses' / 'sum' / amount | + percent- age | + 'energy' | + 'electric- al pow- er' | + 'petrol' | + 'water' | + ' heat' | + 'battery' | + 'environ -ment' | + 'time'/ 'month' | + 'breath' |
|----|---|---|----------------------|---------------|--------------------------|---------------|--------------|--------------|----------------|-------------------------|-------------------|---------------|
| DE | 18 | 3 | | 3 | | 1 | | | | | | |
| UK | 6 | 15 | 1 | | | 1 | | | | 1 | | 1 |
| FR | 25 | | | | | | | | | | | |
| IT | 14 | 2 | 2 | 7 | | | | | | | | |
| HU | 6 | 7 | | 3 | | | | | | | 9 | |
| PL | 13 | 6 | | 2 | 1 | | 1 | 1 | 1 | | | |
| SE | 16 | 6 | | 1 | | | 2 | | | | | |

Most Internet pages show words for 'save' in real or imaginary combinations with 'money'; only on the Hungarian pages are real and imaginary combinations with 'money' and cominations with 'time (period)' occur nearly equally frequent. But in the end, time can as little be saved as money. Time simply passes by and the value of money simply decreases.

Suggested Alternative: A separation of the terms for the money sector and the non-money sector, in English maybe *save* for the former and *preserve* for the latter (after all money is there for investing, not for preserving, unless you collect coins).

5.3. Final Remarks

With words we create realities. One thing, however, should be added here, based on the experiences with "politically correct terms" since the 1960's: Only changing the term for something does not automatically lead to an improvement of the situation, but only an initial new thinking. But such new ways of thinking must be used before people fall back to old paths of thinking again. Therefore, it seems very important to me that there is more room inside and outside school for dealing with the connection between language and political education and decision-making. The Europäisches Haus Pappenheim aims at contributing to that.⁵²

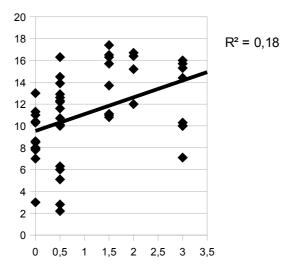
Appendix

(1) National Savings Ratios (Source: Eurostat)

| Country | 2002 | 2005 | 2008 | 2011 |
|---------|------|------|------|------|
| AT | 12.9 | 14.5 | 16.3 | 12.6 |
| CZ | 10.1 | 9.5 | 9.4 | 9.6 |
| DE | 15.7 | 16.3 | 17.4 | 16.5 |
| ES | 11.1 | 10.8 | 13.7 | 11.0 |
| FI | 7.9 | 8.5 | 7.8 | 8.6 |
| FR | 16.0 | 14.4 | 15.3 | 15.7 |
| HU | 10.3 | 11.3 | 8.0 | 10.4 |
| IE | 6.3 | 10.1 | 10.0 | 10.7 |
| IT | 16.7 | 16.4 | 15.2 | 12.0 |
| NL | 13.9 | 12.3 | 12.2 | 11.6 |
| PL | 10.6 | 8.3 | 2.4 | 2.1 |
| PT | 10.3 | 10.0 | 7.1 | 10.0 |
| SE | 9.7 | 6.9 | 11.8 | 12.9 |
| UK | 5.1 | 2.8 | 2.2 | 6.0 |

See also: Eurostat, Flassbeck 2012, Grzega 2009 & 2013, Marshall 1890, Nationale Armutskonferenz, TNS Opinion & Social 2010, Wunsch 1962.

(2) Correlation Degree of Lexical Derivates / National Savings Ratios (Source: own calculations)



x-axis = degree of lexical derivates; y-axis = national savings ratios

6. A Different Kind of Europe – in Speaking, Thinking and Acting: An Essay in the Run-Up to the European Elections 2014 (published as EHP Essay 2 on 15 March 2014)⁵³

6.1. Summary

Words are able to trigger positive or negative feelings, depending on which event they are related to or which other words they sound similar to. The word *saving* sounds good, but means *destruction* and *reduction* in today's economic situation – the destruction of quality at work, job reduction, as well as reduction of the general public's capital and the welfare. Additionally, we normally define *economic success* as a change in the gross domestic product or the gross national product. However, this definition is not self-evident at all. We can give new meanings to words and change the world by doing so (just as the re-definition of *the unemployed* has improved the unemployment figures). This also means: We can define our social goals always on our own, too. This is what this essay is about. It deals with the following goals:

- We as a country want to be a good partner.
- We want to enjoy a long and healthy life.
- We want good school education.
- We want to live a safe life of freedom, without poverty, now and later.
- We want to achieve balanced current accounts in our country.

These aims are in line with the EU treaties and national constitutions. The currently dominating neoliberal model, however, stands in contrast to the treaties and constitutions. It has led to high social imbalance, high unemployment rates and a deep financial and existential crisis. Analyses have shown that Sweden, Denmark, the Republic of Ireland and the Netherlands have often been better in reaching those alternative goals than other EU states; sometimes non-EU countries have

translated from German and adapted by Sandra Schweihofer and Joachim Grzega

done much better. As a consequence, we need a healthy and well-shaped state instead of an undernourished one. By *state* I mean the administration that looks for the benefits for all members of a country. Academic observations have brought the following results:

- 1. The healthier, the more balanced and the stronger the state is, the more efficient people are.
- 2. The smaller the income differences are, the higher the general prosperity.

In order to achieve this, the relevant academic data as well as expressions like *healthy/balanced/strong state* must be used and repeated in a lot of situations.

6.2. Introductory Observations

What kind of Europe do we want to live in? Which aims are worth reaching for? With regard to the European elections in May 2014, this essay aims to show that the fact that certain words are presented in mass media makes it hard for us to think about others way to organize Europe. The essay tries to encourage people to imagine different forms of Europe and to compare them with the goals of the political candidates. This essay does not recommend a particular party. This essay is not written by a German for the Europeans; I am writing as a European. This essay does not accuse politicians and journalists of deliberate manipulation of people. Perhaps some politicians and journalists are just captured in their way of thinking through the constant repetition of words and expressions they have been facing over the last years. Perhaps they are under enormous pressure because they have to reach as much power or as many sales as possible. Many views are nourished simpply because they are permanently repeated in mass media, where regional, national and even EU politicians are often cited, too. From time to time this repetition includes the creation of positive and negative overtones of a word.

Let's take, for example, the word *inflation*. The word came up during the 20th century and must be seen in the context of the Great Depression of the early 1930s, when rapid money growth lowered the value of the money. Today, experts call this phenomenon *hyperinflation*, whereas the term *inflation* is used in a more general way. However, in everyday language, *inflation* still has negative connotations. In German, *Schulden* 'debts' sounds negative because it is related to negative expressions from the moral and legal sector: *Schuld* 'guilt' and *schuldig* 'guilty'. This connection also exists in Dutch, Danish and Swedish, but not in other European languages.

Words can trigger negative feelings when they are related to a negative historical event or other negative words. From an objective point of view, there is no reason to see debts and inflation as negative.

The main players in economics are companies (including the banks and the media companies), private households and the state. In the end, the state comprises all members of a country, but here I mean the administration of the benefits for all members of a country. Each of the three main players is interested in different welfare aspects. Companies give salaries so that private households buy their goods; companies and private households pay taxes to the state so that it can guarantee at least the most important conditions for living together successfully. The most important conditions are safety, justice, road system, sewage works and social security. In real life, it is hard to imagine that a single person or a single company can report an ideal balance of income and expenses each month or even each day. Whenever one member of the economic cycle puts money aside for a bigger investment in the future (e.g. a private person for his/her own house, a company for a factory building or a state institution for a school), then another member lacks that money as income now.

Alternatively, the person who is planning to invest the money can get money for sometime from another player; in other words: the person planning to invest has to run up a debt. But this means that another member of the economic cycle saved up some money before and consequently, again, another one had a loss in income. It would be a vicious circle if the banks did not print additional money or offer credit money, aiming at progress in the world of goods. Of course, a growing demand for money and goods can lead to a certain price increase. This contributes to what we call *inflation*, the lowering of the value of money. Finally, all incomings and outgoings of money come to zero with regard to the whole economic community. Thus, inflation and debts are necessary and even desirable for progress. **Debts and saving are two sides of the same coin; progressing demand and inflation are two sides of the same coin. You can only see both in either a positive or a negative way.** If you wanted to judge both in a negative way, you would have to suggest a completely different economic model.

As often in life, it is the amount of something that is decisive. Studies have shown that an inflation rate up to 5 percent is acceptable. It is difficult to say which government debt ratio is acceptable. In the course of the monetary union, the EU agreed that the national debt should not exceed 60 percent of the gross domestic product (GDP) of a state. However, this figure is not based on any real-life observations. It can be safely stated that the crisis in the euro zone does not go back to national debts. The particularly hard-hit states of Spain and Ireland had reduced their national debts to 40 and 25 percent of the GDP between 2000 and 2007⁵⁴. Even in 2008 Ireland's national debt was still acceptable, and the Spain's national debt was still okay in 2010. In other words: these two countries showed a model behavior with regard to the EU agreement, whereas Germany has not been able to fulfil this criterion since 2003.

Conversely, it is not logical from an objective perspective why so many see saving as a good way especially in times of economic crises. History shows that **saving measures (austerity measures) turn a weakening economy into a fatally ill economy** which can ruin other economies, too: Examples are the US and German austerity programmes after the stock market crash in 1929 and the Latin American ones in the 1990s. Latin American countries only revived after they rejected the restrictions on public investment, which had been imposed by the International Monetary Fund (IMF)—the same restrictions the IMF expects from EU countries today.⁵⁵

Besides, it is not understandable why some people want still fewer rules for the various social sectors and especially for the financial sector. Without any need, a successful model was replaced in Britain in the late 1970s and in Germany and other European countries since the 1980s: a European economic and social order, which had led to prosperity for everybody in Western Europe and which allowed to master the two oil crises in the 1970s. Europe has paid a bitter price for the abolition of rules and social security. The policy that we call neoliberalism or market-radicalism has caused a strong increase of unemployment and has put people in Northern America into a deep financial and existential crisis. The neoliberal theory preaches a "lean state", or "slim state" (this image is very common in European regions, apart from Scandinavia and some parts of western Europe). However, it has led to an unhealthy, underweight state. We need a healthier, better nourished state again. For this purpose, we also need something called taxes. Perhaps this concept is more appreciated if you call the funding of the state's welfare tasks welfare charges⁵⁶ or welfare tributes.

If no other sources are given, all EU data are taken from the EU statistical database *Eurostat*: http://ec.europa.eu/eurostat (01-01-14).

⁵⁵ Cf. Stiglitz 2002.

⁵⁶ The German term *Gemeinwohlabgabe* was suggested by my father, Günter Grzega—quoted, e.g., in Bunjes 2013.

This essay will deal with our economic activity from perspectives which are normally absent from mass media. We ourselves can decide on the Europe that want to live in. This is what we sometimes forget as a result of the reports given in mass media which say that the world simply works the way it does right now. However, laws on living together are mostly not laws of nature. The way humans behave is not only determined by nature, but mainly by culture. And there are always new findings on which human characteristics are really shaped by nature. It has been shown several times that rational acting is not nature-given⁵⁷. Human beings are rather led by emotions. Emotions are often caused by certain words. Thus, we can influence our thinking and acting with the help of words. We can at least initiate new ways of thinking with the help of new words. And these new ways of thinking can lead to new ways of acting. We can easily change the world with our words by simply giving them a new meaning. The number of unemployed had been reduced easily by re-defining the term for 'unemployed' in several European statistics.

6.3. "Prosperity", "Growth", "Economic Success"

Politicians often aim at economic growth, because this suggests economic competence. As a layperson one might think that *growth* means 'producing more and more items of the same thing'. However, this is not the only meaning of the economic term *growth*. It can also mean 'producing the same number of things with less effort'. Moreover, it can mean 'producing new, progressive things'. Many companies, however, hope that they do not have to invest too much money in progress, they hope to make as much profit as possible with their existing products, of course. *Growth* in an economic sense thus includes three aspects:

- more and more copies of the same product with the same effort
- same number of copies of a product with less effort
- a completely new product serving the same purpose

In economics, growth means changing the gross domestic product. The gross domestic product is the value of all goods and services which were produced in a state within one year and serve the end consumer. There is also the gross national product; this is the value of all goods and services, which are produced with the help of means and effort of the residents of a country within a certain period of time.

Gross domestic product (GDP) and gross national product / gross national income (GNP) are the most frequently used words for indicating economic success in the newspapers I have analyzed. However, neither the gross domestic product nor the gross national product say if one single member of the population got the whole income earned by all the population and the rest got nothing or if each member gets the same income, no matter how much the individual has worked. Neither the gross domestic product nor the gross national product takes into consideration if people and environment are doing fine or bad.

We should not forget: There is no natural meaning of prosperity, economic growth and economic success. Humans give meanings to words. It should also be kept in mind that the inventor of the gross national product, the American Simon Kuznets (1934), did not develop the GNP as a means to measure wealth, but in order to check if the US economy was financially strong enough to take part in a World War. He even underlined that as a general indicator the GNP is not a good indicator from an economic point of view. Today there are other indexes:

⁵⁷ Cf. e.g. Ariely 2008; Kahnemann 2011; Gigerenzer 2014.

- The Human Development Index takes into consideration the gross national income per capita, people's life expectancy at the time of their birth and the average and expected school years.
- The Happy Planet Index takes into consideration life expectancy, life satisfaction and the land and sea that people need to keep up their standard of living under today's production conditions.
- The Index of Sustainable Economic Welfare together with the Genuine Progress Indicator take different factors into consideration, such as the degree of sustainability of our behaviour.
- The Gini Index represents the unequal distribution of income.

Of course, these alternative indexes have been criticized, too. However, it is more important to pay attention to the overall tendencies shown by these indexes than focusing on the figures in detail. In comparison to the gross domestic product and the gross national product, however, these alternative indexes are less established, which can be seen from their presence in mass media. As an example, I checked several online-versions of widespread everyday media from different parts of Europe: bild.de (BILD), krone.at (Kronen Zeitung), lefigaro.fr (Le Figaro), dailymail.co.uk (Daily Mail), dn.se (Dagens Nyheter), fakt.pl (Fakt), aktualne.cz (Aktuálně), nol.hu (Népszabadság), corriere.it (Corriere della sera), elpais.com (El País). In how many of all the cases where an economic index is mentioned is it an alternative index? Alternative indexes make up nearly 10% in Fakt and KronenZeitung and about 6% in DailyMail, but less than 2% in the other newspapers and even less than 1% in BILD, Figaro, and Corriere. Moreover, the small role of alternative indexes is shown by the fact that several countries do not have an expression in their own language, but use the English expression, whose meaning is unclear to many readers.

6.4. Which Aims Do We Europeans Have?

Which aims are we reaching for – not only as individuals or as inhabitants of our home town or our region or our country or our Europe? After all, Europe should be a community. This is what the treaties say. We should be like brothers and sisters. At least, we should live together as partners, not as people fighting each other, and fighting each other economically is definitely included here. Unfortunately, little progress has been made in terms of solidarity in some parts of Europe, despite the Nobel Peace Prize. Some people who live in EU states that have been less affected by the economic crisis think they are allowed to patronize, ridicule or discriminate against others that have been weakened by the crisis. They do not reflect on their own share of responsibility. Especially the Germans, whose unification was only realized thanks to European solidarity, should be aware of the fact that their dominant behaviour might trigger memories of their dark history, as already shown in some European media.⁵⁸ Some politicians take decisions which only serve those who caused the crisis, but not those who are affected by the crisis. Speaking of aid plans or rescue packages – as it was done with Greece - seems cynical in this context. Even within some countries a lack of solidarity can be identified. For example, Germany introduced the Solidaritätszuschlag 'solidarity surcharge' in 1991 in order to finance the unification. Soon, this term was shortened to Soli and thus solidarity was put into the background. Even small changes in a word such as the disappearance of Solidarität in Soli can have great consequences. For many people, the Soli has become a burden. Some critics from former West Germany forget that citizens of former East Germany must pay it, too, and that it is used for many different measures. Moreover, Germany has another kind of solidarity agreement: the taxation revenues of the single federal states are compared and then the financially weaker states are supported by the stronger ones now. What kind of signal is sent out if the state of Bavaria takes legal action against this agreement, although from 1950 to 2012 Bavaria

⁵⁸ Cf. Schmidt 2012.

had to give money only in 25 years, but received money in 38 years⁵⁹? Similar revenue sharing is done on the local level and criticized by some richer municipalities, too. Some even fear that economically stronger parts of a village do not want to support the weaker ones. In some parts of Europe, solidarity is in danger on many levels. Here the collective spirit could grow, which means that people rather think as *We*. When we talk about *We* in the following text, we refer to: *We people in the EU*.

6.4.1. Aim: We Want to Be Good Partners.

The stability and growth pact for the euro zone includes two basic rules for the European countries⁶⁰. Whether they were a good idea or not is not the question here. It is only about obeying these rules:

- "Public debt must not exceed 60% of GDP."

 This was not respected by some states right from the beginning, namely: Belgium, Italy, Greece, Austria, Sweden, Spain, Germany and the Netherlands. However, some of these countries, especially Sweden, Spain and the Netherlands, did a good job with regard to this agreement. Germany could reduce its public debt first, but exceeded the limit since 2002 and has since then constantly increased its debt.
- "The deficit must not exceed 3% of GDP."

 Some states disrespected this limit several times: first Greece, then Portugal, Germany, Italy and France.

As already mentioned, I do not discuss here whether these agreements were a good idea or not. However, if they are considered inappropriate, they would have had to be changed together.

Additionally, it is said in article 282 of the Treaty of the Functioning of the European Union that⁶¹: "(1) The European Central Bank, together with the national central banks, shall constitute the European System of Central Banks (ESCB). The European Central Bank, together with the national central banks of the Member States whose currency is the euro, which constitute the Eurosystem, shall conduct the monetary policy of the Union. (2) The ESCB shall be governed by the decision-making bodies of the European Central Bank. The primary objective of the ESCB shall be to maintain price stability." Maintaining price stability in a European system means that all members of the system must stick to inflation rates very close to each other. The Governing Council of the ECB, which includes all national banks, defines this rate as "close to, but below 2 percent", which means 1.7 to 1.9 percent. This also means that all national banks must make an effort. However, the only countries which had roughly kept this aim at the outbreak of the crisis of the euro zone were France and Austria. Germany and Finland were below, all other countries above the fixed rate. If you agree on a goal, it does not matter if you miss the target on the left or on the right.

^{59 &}lt;a href="http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html?view=renderPrint (01-01-14).">http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich.html?view=renderPrint (01-01-14).

Resolution of the European Council on the Stability and Growth Pact (Amsterdam, 17 June 1997) [Official Journal C 236 vom 02-08-97]: http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/stability_and_growth_pact/l25021_de.htm (03-01-14).

^{61 &}lt;u>http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:326:0047:0200:EN:PDF</u> (01-01-14).

⁶² My own calculations, based on Eurostat data (DE 1.6 – FI 1.7 – FR 1.9 – AT 1.9 – BE 2.1 – IT 2.3 – NL 2.4 – PT 2.9 – IE 3.1 – HE 3.2 – ES 3.2).

As the national banks are independent of politicians, you cannot blame the latter in this case; at best indirectly in those countries where the government suggests some of the people that are responsible for the national bank.

6.4.2. Aim: We want not only a high GDP, but also high life expectancy and good school education.

For this aim, we must look at countries with a high Human Development Index. This index takes into consideration the GDP per capita, people's life expectancy at the time of their birth and the average and expected school years. Luckily, all EU states show a "very high degree of human development", Bulgaria and Romania at least a "high degree of human development". The first rank, however, goes to a non-EU country in 2012: Norway⁶³. Australia is second and the USA third. The first five EU-countries are on ranks 4.5, 7 (2x) and 15: the Netherlands, Germany, Sweden, Ireland and Denmark. Having a long life, however, does not necessarily mean having a long and healthy life. This leads us to our next aim.

6.4.3. Aim: We want a long and healthy life.

Looking at this aim separately, Germany does badly in comparison to all its direct neighbours. An average girl born in Europe in 2011 can expect 62,2 healthy years according to the Eurostat database; an average boy 61.7. Looking at national figures, an average German girl can only expect 58.7 years and a boy 57.9 years. EU children born in 2011 had especially good prospects in Sweden and Malta (over 70 healthy years) and in Norway, Ireland, Great Britain, Spain and Greece (over 65 healthy years).

6.4.4. Aim: We want a safe life.

Let's have a look at the Failed State Index⁶⁴, which includes 12 aspects. "Progressive Deterioration of Public Services" is one of them and also refers to the guarantee of public services. EU states reached an average of 2.8 in 2010. Up to 2.5 a country is seen as stable and fit for the future. This is true for the following EU countries (in descending order): Finland, Sweden, Denmark, Austria, the Netherlands, France, Germany, Belgium, Luxembourg, Britain, Spain and Ireland. If you consider all of the 12 aspects, the following EU members are part of the countries considered stable and fit for the future in 2010 (in descending order): Finland, Sweden, Ireland, Denmark, Austria, Luxembourg, the Netherlands. On the whole, Norway is doing best.

Safety also means living without violence. In 2012, the EU was awarded the Nobel Peace Prize "for over six decades contributed to the advancement of peace and reconciliation, democracy and human rights in Europe"⁶⁵. This should encourage the EU to develop two more things:

- peace outside Europe with the armaments industry being completely changed into a defence industry without weapons being sent to non-European countries
- abolition of all forms of weapons of mass destruction in Europe, also of the "financial weapons of mass destruction" as Warren Buffett (2012: 15) called them, thus of any business betting, for example, on the future value of a good or of paper money

^{63 &}lt;u>http://hdr.undp.org/en/content/human-development-report-2013</u> (01-01-14).

http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/06/22/the_2009_failed_states_index (01-01-14).

⁶⁵ http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/index.html (01-01-14).

Living safely also includes the fact that everybody is provided with basic supplies such as energy, waste disposal, health-care, regional traffic, postal service and telecommunication. This is why the provision of basic supplies must be in the hands of an institution that is responsible for the general public – this can only be the state, since companies (including banks and media companies) must be profit-orientated in our economic model. Consequently, companies are unsuited for tasks linked to public welfare in our model. An international comparative study conducted by the Forschungs- und Beratungsstelle Arbeit (FORBA) in Vienna has shown (Brandt et al. 2009): Privatization leads to higher prices and lower quality and thus to uncertain access to goods that everyone needs. In contrast, the policy during the European post-war period enabled the recovery of ill companies and the governmental organization of economic key areas for the benefit of the general public. It was just ignored that the same should have been done in new key areas of energy supply and communication. This would have contributed to keeping life safe and self-determined, without having to worry about sufficient basic supplies.⁶⁶

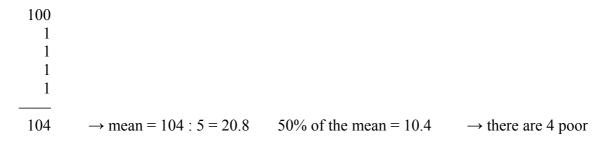
6.4.5. Aim: We want a self-determined life, a life in freedom.

Words including *free* sound good. This is true for many European languages. *Freedom, free market, free trade* could be mentioned as further examples. However, too much freedom of one person can threaten another person's freedom. **This is why several people can only be free as long as there are certain rules for every single person. This holds especially true for a** *free play of forces***, as any sort of playing needs rules. The free market, too, has had rules, since the basic idea of a market in an economic sense is to guarantee equality of opportunity. If certain fields are exclusively dominated by some highly specialized companies which the public cannot understand or influence, we cannot speak of any market here.** For example, the financial market hardly knows any rules and produces enormous losses which must be compensated with the help of the state. Perhaps one should rather call it *financial mafia*.

Living a life of freedom means living a life without restrictions due to a lack of basic supplies or to poverty.

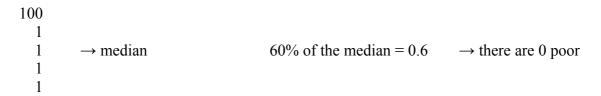
6.4.6. Aim: We do not want to live in poverty, neither now nor later.

If we do not want to suffer from poverty, the question comes up what poverty means. Until a few years ago, those people in the EU had been considered as poor who earned less than 50 percent of the arithmetic mean of the net income. Nowadays people who earn less than 60 percent of the middle net income are seen as poor. As to figures you have to be particularly careful with the definition of words like *poverty*. Moreover, it must be clear **if several figures are all based on the same definition of a reference word like** *poverty***. An example can illustrate that problem: Let us assume that there is a person who get 100 EUR per working hour, and there are four people who get 1 EUR each. According to the older definition, the poverty line would be at 50% of the arithmetic mean:**



⁶⁶ Cf. Wagenknecht (2012: 339f.).

According to the more recent definition, the poverty line would be at 60% of the middle value, also called the *median*.



This means that only by using the recent definition, poverty would have been abolished within this group.

How many percent of the people living in Europe are – even after receiving social security benefits – at risk of poverty according to this definition? In 2005, it was 16.4 percent in the EU according to Eurostat, 16.9 percent in 2011. There was a particularly low risk for Swedes in 2005 (9.5%) and for Czechs in 2011 (9.8%). Within the euro zone, the Dutch had the lowest risk in 2005 and in 2011 (10.7% and 11.0%); beyond, it was the Norwegians (11.4% and 10.5%). Apart from some exceptions, which cannot be analyzed in this essay, the situation is better in northern and western Europe, including Germany and Austria, than in southern and eastern (Central) Europe.

Poverty can also be measured with the help of the percentage of people suffering from "material deprivation" according to Eurostat⁶⁷. This may sound complicated. However, it is enough to point out that the situation is again better in Northern and Western Europe including Germany and Austria than in other regions.

Finally, we can also refer to the Human Poverty Index⁶⁸, which has been calculated by the UN since 1997. As to the industrial countries, it takes into consideration the probability of dying before the age of 60, the percentage of illiterate adults, the percentage of people whose income is below 50% of the median and the percentage of long-term unemployed people (12 months and longer). According to the last report (2007/08), the European countries with the lowest level of poverty (less than 10 out of 100 points) were Sweden, Norway, the Netherlands, Finland and Denmark. Italy has 29.8 points. The other western European countries have 10 to 20 points. For the developing countries there is the Multidimensional Poverty Index⁶⁹. Here, the successor states of the USSR, eastern Central Europe and the Balkans as well as the United Arab Emirates are doing particularly well.

With the emergence of the market radicalism in western Europe, soup kitchens and the distribution of food have been re-introduced for people in need: since 1984 in France (the *Restos du Coeur* 'restaurants of the heart'), since 1986 in Belgium, since 1993 in Germany (the *Tafeln*), later also in Spain, Austria, the Netherlands, Hungaria and Poland. We must be grateful to those institutions for their work. However, it seems somehow cynical if politicians having governmental responsibilities welcome those institutions and express their thanks with a smile. They should rather be ashamed that such institutions are needed in rich Europe at all and that politics is no longer able to set an end to such poverty.

⁶⁷ Originally *material deprivation*, defined as "3 out of 9 items in the dimension 'financial stress and durable goods".

⁶⁸ http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/268/hdr_20072008_en_complete.pdf (01-01-14), 241ff.

⁶⁹ https://data.undp.org/dataset/Table-5-Multidimensional-Poverty-Index/7p2z-5b33 (01-01-14).

In recent years, some European countries regarded the demographic change as a danger to poverty in old age. In the English language we find the phrase *greying of Europe*. As a way out, private provision and a longer working life have been suggested and partly already introduced. On closer inspection, however, these conclusions turn out to be illogical:

- As already mentioned in the introduction, saving for the future is not possible from an economic point of view. Thus, the currently earned assets must always be used for the care of all currently living inhabitants. And then it is hard to understand why a sufficient basic care should need the financial industry as an unreliable middleman instead of being provided by the state from the start.
- When talking about all currently living inhabitants, we do not only refer to the population no
 more active, but also to the population not yet active: our children. However, their number
 has decreased. Moreover, the overall economic productivity usually grows, too.
 Consequently, the pretended importance of the demographic change for the social security
 system is relativized.
- Longer working life only makes sense if enough gainful full-time employment is offered. However, political policies have contributed to the fact that there are more and more part-time jobs in Europe (except for Denmark, Ireland, Latvia, Lithuania, the Czech Republic, Bulgaria and Rumania). And there is also a growing number of employments that are limited in time (except for Denmark, Finland, Norway, Ireland, Malta and the Czech Republic)⁷⁰. Raising the retirement age seems to be nothing but an "artful" way of cutting pensions.

6.4.7. Aim: We want to live a sustainable life which exploits the earth only to an extent which allows it to renew on its own, so that we and our children can live a natural life later on.

Let us have a look at the Happy Planet Index here. It includes life expectancy, life-satisfaction and the land and sear area that people need to permanently keep up their standard of living under today's production conditions. The latter is also known as ecological footprint. According to this calculation, some Latin American states and Vietnam are doing very well. **Many European states are in the middle group when we analyze life expectancy, life satisfaction and environmental protection**; Albania is doing best. Some European states are even doing badly: Denmark, Slovakia, Bulgaria and Macedonia.

Furthermore, there is the Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW). The gross national product/gross national income measures the economic production of a nation. When this value increases, we might think that our prosperity has increased, too. However, within the gross national product/gross national income many things are entered as positive which are rather seen as negative by many citizens. For example, if our behaviour has caused damage to the environment or people which must be removed, the gross national product classified this as positive. In the ISEW, however, unwanted costs resulting from our social or ecologic behaviour are seen as negative. Additionally, there are other aspects which diverge from the gross national product. For example, the ISEW takes into account household work, the sustainability of our behaviour and the distribution of work and income. Up to now, large comparative calculations of this type are still missing. A study by Lawn (2003) compared the ISEW-indexes from 1950 to 1990 for the US, Britain, the Netherlands, Germany, Austria and Sweden. The results for the Netherlands are clearly the best (with an ISEW index even above the gross national product). Currently, a Genuine Progress Indicator based on the ISEW is being discussed and the EU has started the Beyond GNP Initiative.

⁷⁰ International Labour Office, World of Work Report 2008, Geneva 2008, 119.

6.4.8. Aim: We want balanced current accounts.

For some reason, many people think that it is good if a country's exports exceed its imports. German has even created its own word here: *Exportweltmeister* 'export world champion'. A word that does hardly or not at all exist in any other European language that I checked—even in languages of countries which prefer exports over imports just the way Germany does. How can the title *export world champion* be seen as advantageous for a country anyway if this title has been achieved through underdeveloped wages and through financial claims against countries which can possibly never fulfil these claims. *Exportweltmeister* is a good example for disguising something negative with the help of a word that sounds good.

So let us have a look at countries that were in equilibrium over a certain period of time. We will focus on the 6-year period of the EU-27, which means 2007 to 2013. If we look at trading with non-EU countries and check who meets the balanced sum of 0 best, then Germany is not Number 1, but next to last. Only the Netherlands do more poorly. Lithuania, Latvia and Malta do best. Of course, one can object that the countries' different numbers of inhabitants should be taken into account, too. As they vary constantly, a calculation per capita would not be useful. A stable calculation would be possible per million. Thus, the question would be: to what extent does a group of up to a million people manage to be in equilibrium after 6 years in the single countries? Here Germany occupies position 20. The Netherlands are last again. The top positions go to France, Lithuania and Hungaria. We can also use a very mild way of looking at the situation and check how often the countries took the roles of importer and exporter. Again, Germany is part of the worst group over the 6-year period; it only took the role of the exporter. Slovenia does best; it was importer in three years and exporter in three years. France is exporter in 4 years and importer in 2 years. Lithuania, Poland, Romania, Latvia, the Czech Republic, Italy, Portugal, Estonia, Slovakia and Cyprus show a 5:1 ratio in the one or the other direction. All of the other countries are in an extreme imbalance over the 6year period. As partners, however, either balanced giving and taking must take place or the members must see themselves as a real economic community with a common financial system and accounting.71

Similar analyses can be carried out for the balances of trading within the EU, as "skewed" balances of trade have contributed to Europe's imbalance. If we take absolute figures, Germany is again next to last and the Netherlands last; Lithuania and Estonia perform best. If we take the trade balance per million people, Germany is 14th, the Netherlands are last. Italy and Lithuania perform best.⁷²

6.4.9. Aim: We want justice.

Justice is a vague expression, too, depending on the context. It would be just if wages developed in a way parallel to productivity. According to a study conducted by the International Labour Organization (ILO), analyzing the years between 1990 and 2006, this was only true for Ireland, Luxembourg, Sweden, Spain and the Czech Republic as well as for Mexiko (International Labour Office 2008: 7). Higher wage increase in comparison with the productivity increase was found in Greece, Britain, Norway and Portugal as well as in China and South Africa. Lower wage increase in comparison with the productivity increase was found in Belgium, Denmark, France and the Netherlands in the EU. Wage restraint was even higher in Italy and

My own calculations, based on Eurostat data for Extra-EU27 trade (distance from the 0 mark in absolute figures: range from LT 1.371 MioEUR to NL 645.125 MioEUR; distance from the 0 mark per mio people: range from FR 327 MioEUR to NL 37.949 MioEUR).

My own calculations basing on Eurostat data for Intra-EU27 trade (distance from the 0 mark in absolute figures: range from LT 630 MioEUR to NL 151.378 MioEUR; distance from the 0 mark per mio people: range from IT and LT 230 MioEUR to NL 8.905 MioEUR).

Hungary. Even more massive wage squeezing was done in Germany, Finland, Austria, Poland and Slovakia. From an international perspective, wage squeezing was especially massive in Brazil and Russia.

According to the ILO study, there was a rise in inequality of the distribution of income in many European countries between 1990 and 2006 (International Labour Office 2008: 11 & 44). The index used here was suggested by the Italian mathematician Gini. The Gini Index is always a figure between 0 (absolute equality) and 1 (absolute inequality = everything for one). The Gini-Index stayed roughly the same only in Denmark, Germany and France within Europe. It decreased considerably in Switzerland and Slovenia (now the same level as Sweden). In all other European countries income inequality increased. Outside Europe Gyana and Yemen performed very well in reducing the unequal distribution of income. The inequality of the distribution of assets is even greater. The Gini-Index for assets is more than twice as high for example in Germany and France as wells as in Canada.

However, the meaning of *justice* can even go further, referring to the fact that a society is free of corruption. The Corruption Perceptions Index⁷³ indicates to what extent politicians and civil servants are perceived as corrupt. In 2013, the Scandinavian countries, Switzerland, the Netherlands, New Zealand, Australia, Canada and Singapore were among the Top-10 states.

Just because no corruption is perceived, this does not mean that everything is done in a fact-related way. Maybe people do not pay for their career; but this does not mean that performance is all that counts. For many careers the social network is decisive. This does not have to be negative per se. Negative overtones only come up when performance is pretended to be the decisive aspect. In the Global Corruption Barometer⁷⁴, which indicates the degree of corruption perceived by experts in different fields (1 not corrupt at all – 5 very corrupt), all EU countries that were examined had an average of 3.0 to 3.8 (the Netherlands, Austria, Poland and Sweden were not examined). Looking at these results, describing Europe as an achievement-orientated or performance-related society seems to be just an empty phrase. It seems to be just an empty phrase as long as people in work are dismissed although they totally fulfil their duty or as long as two people's income differs by more than the factor 100 or the performance of an investment banker is more appreciated than that of a general practitioner or the performance of a German carer more than that of a Romanian carer. The average degree of corruption in the field of the media is only below 3.0 in the Czech Republic and in Estonia. In Greece it is 4.4. In the other European countries it is between 3.0 and 3.9. From an international perspective, it is particularly low in Burundi (1.2).

6.5. Results

- Some indexes suggest that the EU should be modest. Some Latin American states did very
 well in overcoming national crises and in respecting ecological issues. Norway has a leading
 role in many fields.
- Some indexes suggest that countries successful in classical terms should behave modestly. They are not necessarily successful in achieving modern, alternative aims.
 Sweden, the Netherlands, Ireland and Denmark often proved successful in achieving alternative aims.

http://www.transparency.org/research/cpi/overview (01-01-14).

⁷⁴ http://www.transparency.org/gcb2013 (01-01-14).

- The EU treaties⁷⁵ say that (see Article 2 of the version currently in force): "The Union is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. These values are common to the Member States in a society in which pluralism, nondiscrimination, tolerance, justice, solidarity and equality between women and men prevail." According to the EU treaties (see Article 3 of the version currently in force), the EU "[...] shall work for the sustainable development of Europe based on balanced economic growth and price stability, a highly competitive social market economy, aiming at full employment and social progress, and a high level of protection and improvement of the quality of the environment. It shall promote scientific and technological advance. It shall combat social exclusion and discrimination, and shall promote social justice and protection, equality between women and men, solidarity between generations and protection of the rights of the child. It shall promote economic, social and territorial cohesion, and solidarity among Member States." These aims as well as the aims of the national constitutions of the EU suggest that the type of neoliberalism which has been dominant for three decades has to be abolished. Neoliberalism is contrary to the contract and to the constitutions.
- It has been shown: **Words influence our unconscious thinking**. They cause positive or negative thoughts, depending on which event they are connected with, on which other words they sound similar to and on how metaphorical they are. Their technical meaning can differ from their everyday meaning. The meaning of words can generally be changed, which is especially relevant for comparisons with regard to time.

6.6. Paths

Human beings are obviously not really able to keep an overview of economic matters. Moreover, they are obviously not able to keep an overview of the moral consequences of their actions. A private household wants to satisfy its basic and luxury needs and may want to respect moral aspects when buying a product. But to the private person the production of a good is neither visible nor always documented. And it is clear that not each private person can check the morall aspects of each good. Even with most solid investigation, torments for humans, animals and the environment do not always become apparent. Simply hoping for a general ethical awareness is unrealistic, especially in the non-public sector or in a field where other values are propagated and lived. Employers are human beings, too; many with high, others with less ethical awareness – especially in the non-public sector. The central task of an employer according to our current model is to maximize profit. In addition to more progressive ethics and a more progressive societal model, we need a general public set of rules, of which the obeying is controlled. Only a committee of politicians is able to create the general conditions needed. And this committee must be public, because politicians are also only human, many with a high, others with less ethical awareness – especially in the non-public sector, a rather low one.

I want to stress again that those suggestions are not a general hate campaign against the presumed winners of the current system. Of course, those who have committed a crime according to the established law must be punished. I can understand those who tried to profit as much as possible in accordance with our established law. But what the individual is allowed to do can go against the public interest. There may even be contradictory political conditions. Politicians may, for example, act in a way that profits go to individuals and losses must be compensated by all. However, such measures are against the EU treaties.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?=2010:083:SOM:EN:PDF (01-01-14).

As a German I would like to say this: If Germans become aware of the consequences of their economic doing for other peoples – as mentioned above –, the first suggestion that follows is to choose a way of speaking that does not express any arrogance. It would do other Europeans and us Germans good if we said "sorry" for certain things.

Moreover, we should get to know those countries that did well in reaching the alternative aims mentioned. Of course, there are already many different suggested solutions for reaching the alternative aims introduced above. They often refer to the ideas of the British economist John Maynard Keynes. Keynes' principles were successfully implemented in the US after the crisis in the 1930s and in Western Europe after World War Two. They helped to overcome two oil crises and have been given up without any necessity from the 1970s onwards. A comprehensive suggestion for extending Keynes' model is the eco-social market economy⁷⁶ as presented in the Europäisches Haus Pappenheim by Franz-Josef Radermacher, who provided the academic basis. The eco-social market economy includes the idea of considering the environment a tradable product which is related to costs. Moreover, it says that energy consumption is to be taxed. It is thus intended to lead to a more general social rethinking which is reflected in many small changes. For example, some restaurants and canteens in various Belgian and German cities have introduced a meat-free (or even animal-free) Veggie Day. If we chose a Friday for that day, economic, ecological, medical and ethical reasons can even be combined with cultural ones – as traditionally Fridays are meat-free in Christian denominations. Some media called supporters of a meat-free day "fun killers". However, one wonders what fun means to such authors – after all, other living beings must be killed and environment destroyed.

Among others, the Global Marshall Plan Initiative⁷⁷ advocates eco-social market economy. Moreover, it is for

- a sufficient funding for achieving the **UN Millennium Goals**⁷⁸ concerning the fight against poverty, epidemics and infant mortality, concerning general basic education, healthcare for mothers, gender equality and the construction of a global partnership for development
- a fair taxation of financial transactions and environmental exploitation
- a global regulatory framework for economic actions

Others, too, have spoken for the re-establishment and the further development of the model which made Western Europe great after World War Two. Its key pillars were the welfare state, personal liability, the mixture of state-run and entrepreneurial economic branches and prevention of economic power through the approval of small and medium-sized companies. Further important elements are freedom to relax and to cultivate social bonds as well as being free from stress and anxiety.

There are also suggestions for a radical reshaping of the economy like the Economy for the Common Good⁷⁹. As you can guess from the name, economic actions would aim at contributing to public welfare. The most important aspect would be reducing the consumption of nature, thus the ecological footprint. Profit would no longer be the goal, but only the path to achieve the goals. The economically decisive index would be the welfare-product. The business index would no longer be the financial balance but the welfare balance. The better the welfare balance, the more legal advantages there would be for the company. For the international economic exchange there would be a monetary cooperation with a global unit of account. For more details of the model and how

http://www.foes.de/ (01-01-14); cf. e.g. also Radermacher/Beyers 2011.

http://www.globalmarshallplan.org/ (01-01-14).

http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html (01-01-14).

http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de (01-01-14).

they can be put into practice discussions through democratic processes are planned. Ultimately, this model would need a new type of human being. However, some ideas could also be embedded in the further development of a social market economy.

Heiner Flassbeck⁸⁰ shares the idea of taking ecological aspects into account when talking about economic growth. In the *Europäisches Haus Pappenheim*, he made some suggestions on directly managing the crisis in Europe which allow equalising the economic power within Europe:

- In states that did not respect the inflation agreement by way of wage dumping, wages should be raised drastically so that internal demand and imports are stimulated in order to compensate differences in the current account balance. We do not need flexible/instable, but stable job markets. The formula for wage increase which should be reintroduced is: productivity increase + inflation target.
- In states that are currently seen as problematic, investment programmes for improving social life should be introduced. Mainly local households and companies should profit from these.
- If private households and companies increase savings, the state must increase expenses, keeping in mind the economic overall account: it has to stimulate the private consumption demand and the corporate investment through contracts or tax policy.
- Financial policy must not only see moderate inflation and thus the stability of price levels as a goal, but also **full employment**. Moreover, it must introduce rules which make sure that **financial products are only allowed, if they are of use for the society and if their risks are easily controllable**.

Other sources include some of these aspects, plus the following strategies⁸¹:

- **nationalize big financial groups** and oblige them to stick to a business model of general benefit
- re-nationalize those sectors of primary care that have been left to profit-orientated private companies (such as energy supply, waste disposal, health-care, regional traffic and railway, postal service and telecommunication)
- **introduce regulations which allow fair competition** in order to replace existing regulatories which have increased the redistribution from the poor to the rich.
- charge multimillionaires a one-time fee on their fortune.
- introduce a EU-wide tax policy which equips the state with enough money for the tasks fixed in the constitutions and the EU treaties
- free the EU from long-standing debts
- enable states to get money directly from the European Central Bank instead of having to get it from an unregulated global financial market
- distribute income less extremely so that the state does less frequently have to take credits as a reaction to a lack of demand
- introduce minimum wages in all of Europe

http://www.flassbeck-economics.de/ (01-01-14); cf. e.g. also Flassbeck 2012.

⁸¹ Cf. e.g. Stiglitz 2012; Zeise 2012; Wagenknecht 2012; Chang 2012; Goodwin/Burr 2013; Schulz 2013; BEIGEWUM 2013;

http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen_der_arbeitsgruppe/memorandum_2013/index.html (01-01-14).

Many economists are against such measures, because they fear a weakening of the job market. This essay, however, is not about fearing, but about proving. And prrof is what lacks. Current studies have rather proved, for example, that minimum wages do basically not influence the situation on the job market⁸².

With the help of these regulations, we could replace the current model of a welfare-killer with the model of a welfare-creator. We need a healthy, well-shaped welfare-state. The above-mentioned study by the International Labour Organization (2008: 88) shows: the more well-developed the welfare state, the higher people's work capacity and level of performance.

Indeed, a balanced distribution of income seems to be an important engine for a better society. Why? Because dozens of comparisons by Richard Wilkinson and Kate Pickett (2009) suggest that there is a statistically significant connection between income inequality and many social problems—sometimes stronger, sometimes weaker. This does not suggest that all people get exactly the same wages, but there must be slighter differences. If we take the already mentioned Gini-Index and compare the performance of single states with regard to the different indexes⁸³, it is evident that an index of 0.400 before taxation and social security contributions, and between 0.200 and 0.250 after taxation and social security contributions would be efficient. Wilkinson and Pickett's results represent the ratio of the upper 20 percent to the lower 20 percent as indicated in the Human Development Report of the United Nations from 2006. Among the European countries, they focus deliberately on the countries that are considered rich. I would like to summarize their results in a positive way without calling for a completely uniform distribution.

- The more moderate the income disparities, the higher the social welfare (also with regard to health).
- The more moderate the income disparities, the higher life expectancy.
- The more moderate the income disparities, the lower infant mortality.
- The more moderate the income disparities, the higher children's welfare.
- The more moderate the income disparities, the lower the number of teenage pregnancies.
- The more moderate the income disparities, the higher women's social status.
- The more moderate the income disparities, the better the results in the PISA studies.
- The more moderate the income disparities, the lower the number the mental illnesses.
- The more moderate the income disparities, the lower the number overweight teenagers.
- The more moderate the income disparities, the lower the number obese adults.
- The more moderate the income disparities, the more trust in each other.
- The more moderate the income disparities, the lower the number of murders.
- The more moderate the income disparities, the less experience of conflict during childhood.
- The more moderate the income disparities, the less the number of prisoners.
- The more moderate the income disparities, the more free time.
- The more moderate the income disparities, the higher the recycling rate.

⁸² Cf. P. Bofinger in Ch. VI of the 2013/2014 report of the Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 289ff., http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13_VI.pdf (01-01-14).

⁸³ http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=46189 (01-01-14)

In sum: The more moderate the income disparities, the higher the overall welfare. Wilkinson und Pickett draw the following conclusion: "Greater inequality actually increases the need for big government – for more police, more prisons, more health, and social service of every kind. Most of these services are expensive and only very partially effective, but we shall need them for ever if we continue to have high levels of inequality that create the problems they are designed to deal with."

This is why I want to underline again that these suggestions shall not be seen as a hate campaign against the ones at the peak of society. The measures suggested here do not make the rich poor; neither do they lower their quality of living. On the contrary, the rich people's quality of living is increased by a harmonious **union of healthy states** – states, where you do not have to worry about your own or your family's safety and do not miss good infrastructure or pleasant environment.

6.7. Outlook: How to Communicate with EU Parliament Candidates?

There are politicians who claim that contractual and constitutional tasks should rather be undertaken by the free market than by politicians. Who should vote for such politicians who deny themselves the competences needed for fulfilling their tasks? However, an honest, real conversation with such candidates can be worth it – a dialog in which the reasons for this claim can be discussed honestly.

Moreover, I recommend an overview of economy and economic history; for example, the comic book *Economix*⁸⁴, as well as the first article of the EU treaties. The aims described in the EU treaties can then be compared with present problems and the candidates for the EU parliament can be asked for their judgement and solutions – current members of parliament can also be asked why their paths have not yet been put into practice. Pay attention to the fact that **suggested paths are always connected with aims**. The mass media often ignore this. Ask for evidence that justifies a suggested path for a certain aim.

It will be especially helpful not to use words and expressions typical of neoliberal language in a conversation with a candidate, but to **use alternative expressions** like the ones suggested above. They would contribute to getting a fresh point of view. The members of the EU parliament candidates represent the public, the state – and **we do not only need a better nourished state thanks to welfare dues, but also healthy state representatives – finally, they represent all of us.**

7. EHP Newsletter Entry from 23 December 2014

Christmas-time is a time of words and texts that people use as formulas. We use them without asking if the texts fit with what is done in our society, in our house, by ourselves. Pope Francis again encouraged such reflections recently, this time with respect to Bible texts and the behavior in the Vatican.

But we are also invited to such reflections by song texts – such as the ones by the German-speaking chansonnier Udo Jürgens, who unexpectedly died on the fourth Advent Sunday. Not only his "Merci Chérie" became known in many European countries; also internationally popular is "Griechischer Wein" (Engl. "Come Share the Wine"). However, text versions in other languages do often not reveal that the text original tells about experiences of guestworkers. And often we are not listening well enough to what we are singing. Also many of Udo Jürgens's songs that are less wide-spread invite us to critical reflections – on our society, our own lives, on different forms of violence.

⁸⁴ Goodwin/Burr 2013. Also very clear, but less comprehensive are Wagenknecht 2012 and Chang 2012.

Christmas is the feast of peace. This we celebrate, although it is actually the official goal of the EU and the UN to keep peace on principle – not only on certain celebrated days. And yet conflicts and wars attract people – for money, power, resources and maybe still self-fulfilment (which we used to call "price" and "honor"). Even in the 21st century, Europe is not immune against that.

And we like seeing others as the only ones to blame for conflicts and wars. Already 125 years ago, Bertha von Suttner made one of the main figures illustrate that in her novel "Lay Down Your Arms!". In this novel, Rudolf says to his conversational partner, who has just described other people and nations as aggressive:

"What right have you to think other men worse and more unreasonable than you or I? Now I will tell you a little story: "Before the closed gate of a beautiful garden stood a crowd of men, one thousand and one in number, looking in very longingly. The gatekeeper had orders to let the people in, in case the majority among them wished for admission. He called one of them to him, 'Tell me only speak honestly do you wish to come in?' 'Oh yes, to be sure I do; but the other thousand, I am certain, do not.' The careful gate-keeper wrote this answer in his notebook. Then he called up a second. He said the same. Again the other entered in the 'Yes' column the number I, and in the 'No' column the number I000. And so it went on up to the last man. Then he added up the figures. The result was one thousand and one 'Yes'; over a million 'No'. So the gate remained shut, for the 'Noes' had a crushing majority; and that proceeded from the fact that every one considered himself obliged to answer for the others too, instead of for himself only."

Bertha von Suttner was in contact with Alfred Nobel. Both hated war. Nobel first thought that the best to keep humans from making war is to have especially dangerous weapons. But Bertha convinced him that it is better to have well-informed and loud citizens as well as an international jury to grant peace when conflicts are coming up. After her novel, which sounds a little far way today, but was at that time quickly translated in many languages, she became a leading figure of the peace movement. She gave talks all over Europe. In 1905 she received the Nobel Peace Prize, she died 100 years ago and is today seen on Austria's 2-EUR coin. One of her quotes: "None of sensible people think it will wash away ink with ink, oil spots with oil. Only blood should be washed repeatedly with blood." Not only on the feast of peace shall we remember such words.

8. More Balance for More Peace in Europe – in Language and Economy (published as EHP Essay 3 on 28 December 2015)

That the European Union received the Nobel Peace Prize must probably rather be understood as a mission than a merit – after all, it would be no special merit to keep peace in one's own family. However, it is a sad thing we have to observe: Over the last years, the European Community has not shown itself very worthy of the prize. Many leading politicians of the EU member states seem to forget all too often many of the aims of the EU. They can be read in Article 3 of the EU Treaty. According to this article, some of the goals are "the sustainable development of Europe based on balanced economic growth [...][,] social market economy, aiming at full employment and social progress [....] It shall promote economic, social and territorial cohesion, and solidarity among Member States. [....]". And furthermore: "It [=The EU] shall contribute to peace, security, the sustainable development of the Earth, solidarity and mutual respect among peoples." Instead, at the end of 2015, we look at different kinds of force.

In many EU countries, the society has to suffer a kind of violence in the form of increasing poverty and inequality. According to the EU databank Eurostat⁸⁵ many EU countries have seen, since 2010, an increase in the percentage of people who suffer from significant poverty⁸⁶. Exceptions are

⁸⁵ Cf. http://ec.europa.eu/eurostat/home.

⁸⁶ Severe material deprivation according to EU definition is given if people by way of self-assessment characterize

Sweden, Britain and France. There is a particularly strong growth of the percentage of poor people in Greece, Ireland, Portugal, particularly after the introduction of forced austerity measures. These austerity constraints are misleadingly sometimes called "rescue measures": Through these measures, the number of poor people rose in Ireland from 5.7% in 2010 to 7.8% in 2011; in Portugal from 2011 on from 8.3% first very slightly to 8.6%, but then to 10.9% in 2012; in Greece from 11.6% in 2010 to 15.2%, 19.2%, 20.3% and finally 21.5% in 2014. After Ireland freed itself from the constraints of this "rescue parachute" for the financial industries in 2013, the percentage of the poor has again dropped from 9.9% to 8.4%. But even in Germany the number of the poor has risen from 8.4% (2010) to 9.0% (2014), with a high at 9.9% in 2012. This may surprise some people since Germany is seen as economically strong among the EU countries. Yet it already shows that this must have to do with the unequal distribution of the strong overall prosperity. According to the EU database Eurostat inequality increased in many EU Member States from 2010 to 2014 (as measured by the Gini coefficient on a scale of 0 'zero inequality' to 1 'one person has everything'). Inequality rose not only in the countries called *crisis countries*, Greece (from 0.329 to 0.345), Spain (from 0.335 to 0.347) and Portugal (0.337 to 0.345), but also in Germany (from 0.293 to 0.307). The clash between the rich and the poor become in Britain and France, though. Empirical calculations show that an ideal inequality is a Gini coefficient in the range of 0.2121-0.333387. This is moderate inequality or moderate equality. And the closer you get to this equality/inequality-balance, the higher the general standard of living—as studies have shown⁸⁸. Unfortunately, Germany itself moves more and more toward the higher limit. Other have already fallen out of this ideal bandwidth since 2010: in addition to Greece and Spain, also Estonia, Bulgaria, Cyprus and Romania. Already before, Portugal, Lithuania and Latvia missed these values. The poor performance of Germany may surprise many readers, because Germany is often portrayed in the media as a model. But one has to ask: as a model for what actually? Mostly just purely financial, monetary value-related key figures are presented, calculating any averages. But an exchange of money says nothing about the underlying goods and services. And an average does not say anything about whether something is evenly or extremely distributed. If one person earns 99 EUR per hour and another person 1 EUR per hour, then the average of 50 EUR is a pure play with numbers without much information on the welfare of society as a whole. Therefore, the gross domestic product in total or per capita is completely useless for judging the goals mentioned at the beginning. Also unemployment statistics and employment statistics are of little use if they provide no information about how many people actually have an income that can be described as sufficient. This is due to the flexible way in which one can define unemployed and employed.

What can be solutions? Being German I have no right to give other countries concrete recommendations—unless the impact of their actions also affect me. As a general neutral rule for Europe it can be said that legally only by means of the state the wealth created by the whole community can be distributed in a moderate way. To put it bluntly: The average citizen in the statistics does not care; many people have to be well off in the real world! For this we need people in power who understand doing this. In elections, every nation has a choice to enable political changes—provided that people are and can be sufficiently informed about the ideas and the credibility of political candidates. Some nations in Europe have used this option. Some of the alternative political applicants are unfortunately ignorant to the cited goals of the EU. Others, however, have explicitly put the welfare of the majority of the people into the center and have thus

their households as lacking at least r items among the 9 following: the household could not afford: (1) to pay for arrears (mortgage or rent, utility bills or hire purchase instalments), (2) to keep home adequately warm, or could not afford (even if wanted to), (3) to face unexpected expenses, (4) a meal with meat, chicken or fish every second day, (5) one week annual holiday away from home, (6) a personal car, (7) a washing machine, (8) a colour TV, (9) a telephone.

⁸⁷ Cf. Herlyn 2012, Radermacher 2005, Kämpke/Pestel/Radermacher 2003, Jacobs/Šlaus 2010.

⁸⁸ Cf. Wilkinson/Pickett 2009.

received more approval: for example, in Greece Syriza, in Spain Podemos, in Portugal the alliance under the new Prime Minister Antonio Costa, in the UK the group around the new laboratory Jeremy Corbyn boss. The last example shows that a change can happen within an existing party. Of course, this does not mean that an election can enable an immediate change. But there is a chance to make a new policy: not the high society against the low society, not the low society against the high society, but the high society with the low society and vice versa. At the moment, all four political groups mentioned are receiving resistance from the people in power in politics, economy and media —both nationally and internationally. Watch again even as the resistance to those who work for more public good, sometimes is violent, at least linguistically. It would be an important step towards the prosperity for the mass, when the alternative politians managed, after winning people's attention, could now cultivate a language that is a balance between clarity and peacefulness.

Our monetary system is actually also based on balance, as stated in the cited article of the EU Treaty: sometimes one person gives and the other takes, at other times it is the other way around. The income of one person is always the expense of another person. And to avoid the collapse of the system, the roles must be taken in a balanced. The economic term balance does consciously go back to the physical term balance. The existing money must always stay in economic circulation to enrue prosperity; if one wants to even increase prosperity, this can only be achieved through money that is newly created by the bank. These are the famous loans, or credits, with which one can invest. With this knowledge and this policy, the respective EU Member States have performed well until the 1970s. But this policy has been gradually given up—evidently also in the euro zone. Originally intended as a community of partners the euro-zone countries became a group in which at least some see the others as opponents; but these opponents are at the same time expected to buy the goods of the other side. To see one and the same group as both a competitor and a customer at the same time is a contradictory view. But this ultimately sneaky view is spreading. It motivates especially exportoriented countries such as Germany to buy little from other countries, but the other countries spend their money in the companies of the exporting countries, until no more money is there. For this, these import countries, who are backing the prosperity and growth of export countries, are in the end even criticized by the export countries. It is obviously not understood that saving, which means: the withdrawal of money from circulation, prevents a society from prosperity and growth. Rather, it must be emphasized: increasing growth comes only through more loans, in other words: debts. The growth of saving-oriented export countries like Germany is based on the willingness of other countries to go in debt. If, however, always the same nations save masses of money and the other nations always spend money, in other words: if there is no balance, the result is logically an imbalance and the EU's objectives can not be achieved. Conflicts arise.

What can be solutions? To tell all people to save money is an illogical way—this has already been demonstrated. You can even learn that from history. Western policy until the 1970s has shown that one can achieve the goals quoted from the EU Treaty quite well if you have a state which takes care that companies invest and that the state itself controls the industrial key branches in the hand, a state in which one's and the family's safety is guaranteed, in which there is a good infrastructure, in which there is a pleasant environment—you could say: if you have a healthy state. What we observe, however, are totally illogical demands. Some claim that the poor countries would have to adapt their way of working to the rich countries. However, it is not the case that all countries of a monetary zone have to work the same amount. This requirement does not have an economic basis. Economically based is only that every nation must live according to their own productivity. It is also claimed that the crisis countries should simply just save money. But they do not have any money left to save. They would have to get money from those who have taken it from them. In contrast, some expect the crisis states to sell precisely those goods that still bring them revenue—Greece, for example, was expected to sell their ports and airports. Ports and airports in Greece, with

its 87 inhabited islands, are part of the public transport system. Actually, we already know from earlier European studies that the privatization of public transport led to more expensive and worse access for citizens⁸⁹. Actually, we also know from previous examples that austerity generally brings no improvement in terms of the cited targets. We can think of German Chancellor Brüning's austerity policies: they favored the rise of Hitler. We can think of the massive austerity programs of the 1990s, which the International Monetary Fund imposed on Latin American countries: it was only after the end of the programs that the Latin-American nations were better off again⁹⁰. In other words, saving policies gradually make diseased states dead. This is not a typical war, but a kind of economic warfare that takes place within Europe. Let's have another look at Greece: the unemployment rate, according to the Greek Statistical Office, as risen from 9.2% in 2009 to 27.3% in the year 2014. More than half of people have to resort to additional resources⁹¹, in particular the old-age pension by a parent or grandparent, with the retirement age in Greece at 67 years being higher than in many other EU countries (incl. Germany). From an EU country with a very low suicide rate, Greece, with the so-called "rescue measures", has become the EU country with the highest suicide rate⁹². Due to the forced financial cuts, the public health system collapsed: more than 3,500,000 people have no access to the public health care system more; for the first time since 1950 the infant mortality rate is rising again; the cases of HIV infection among drug users has increased by 1,250%; after 40 years, reinforced cases of malaria and tuberculosis are observed again⁹³. According to the erroneous view of EU representatives, the tax losses resulting from the high unemployment and poverty rates shall compensated higher general value-added tax on food (23 percent!). This could of course not be afforded by the poor. The human catastrophe will only increase. Many people in a responsible position in Europe accept that people die; they even promote it! Perhaps some do this unconsciously, because they are not always provided with the relevant facts. Many believe, for example, that it is the task of the mass media to provide balanced information. But already Edward Herman and Noam Chomsky have emphasized for many years that the main business of the mass media is not to sell the product "information" to the customer "audience", but the main business of the mass media is to sell the product "audience" to the customer "advertiser"—there are huge internationally operating media companies⁹⁴. Therefore, it also needs educational institutions that are independent of party politics and profit orientation and that feel only obliged to the generally accessible search for truth. This is how we view ourselves at the Europäisches Haus Pappenheim. We can only speculate what the the motives for cruel political actions are. Surely part of the answer lies in the question of who benefits from this economic and ideological war. Some benefit very well from the current economic ideology of market radicalism and from the crisis. This is true for the financial industry. This is ultimately also true for the German state apparatus: due to the crisis hardly anyone wants to buy Greek government bonds, while there is a run on German government bonds; the German state apparatus hardly has to pay interest on loans. Different calculations have shown that due to the Greek crisis, Germany has saved about 100.000 million EUR⁹⁵. So some benefit from rising prosperity, but, as I said, this is simply not distributed in a moderate way. Most Europeans lose with the current economic ideology. If we stick to it, it is only logical that the damage in so many EU countries continues to rise. Consequently, more and more people will flee to the states such as Germany, which are overall rich in money and which have enriched themselves at the expense of other states. The EU countries are today often referred to in the media as "partners"; with respect to the US, European rhetoric style also uses

⁸⁹ Cf. Brandt et al. 2009.

⁹⁰ Cf. Stiglitz 2002.

⁹¹ Cf. http://tinyurl.com/q6muw67.

⁹² Cf. http://left.gr/news/sygklonistika-stoiheia-gia-tin-ellada-tis-krisis-ayxisi-kata-35-stis-aytoktonies.

⁹³ Cf. http://www.solidarity4all.gr/el/about-solidarity-initiative.

Herman/Chomsky 1988/2002. See also the 1992 award-winning documentary film Manufacturing Consent: Noam Chomsky and the Media.

⁹⁵ Cf. Boysen-Hogrefe 2012 and Dany et al. 2015.

"friends"⁹⁶. Why do we not transfer this term this to all countries outside the EU and call people in other EU countries even "brothers and sisters"—as in Beethoven's Ode to Joy, whose melody was, after all, chosen as the EU anthem? A peaceful language is a further step here. But this is occasionally difficult for politicians, because sometimes peaceful words are simply hyped. This is what happened recently to Italian Prime Minister Matteo Renzi, who recalled that the EU had to serve all the 28 countries and not only Germany. The Financial Times labeled this as a sharp attack in their edition from 21 December 2015⁹⁷. Meanwhile, the simple Greek people organize help themselves, among other things the network "Solidarity for All" (AgO), which also has created an international fund, which all deputies of the Syriza party donate 20% of their allowances to.

Finally, let's have a look at the international activities of the EU. Here, the result of certain economic policies is even stronger. A dominant theme in European media is the large number of refugees from Africa and the Middle East. They flee from the threat of death by starvation or by weapons. Some fear that new problems of coexistence may arise due to the many refugees from other cultures. Professional integration measures are called for. The Europäisches Haus Pappenheim contributes to this through its highly efficient method for learning the most important language skills: the Language Emergency Doctor ("Sprach-Not-Arzt")⁹⁸. Politicians are looking for solutions. Some have proposed to shift the problem away so so you no longer directly see it: The already weakened countries on the southern and south-eastern external borders of the EU have been critically reminded that they need to secure their external borders; but when they did it, they also reaped criticism. Furthermore, some want to send money to countries beyond the EU borders, so that the refugee camps are better equipped there and the refugees stay there. But both suggestions do not fight the actual causes that push people to leave their homes: violence by hunger and violence by weapons. The EU has its share in both types of violence.

Yes, unfortunately, the EU is also involved in armed violence, the violence of war—indirectly through arms sales to Qatar and Saudi Arabia (which they pass on to the terrorist organization Islamic State) or—in the wake of the Paris Terror strikes—by direct participation in the war in Syria. This is intended to combat the organization Islamic State. But does this agree with the EU's values? The participation takes place without a UN mandate. The invasion of Syria was carried out without the request of the Syrian government. And we should also remember: the Paris attacks were primarily carried out not by Syrian terrorists, but by French and Belgian terrorists—for the time being it is still unclear whether any Syrians were actively involved at all. After all, have such wars the desired effect? If so, are they the most efficient means? How many people had to lose their lives who were not involved in military operations? They are euphemistically and cynically referred to as collateral damage (de. Kollateralschaden, fr. dommage collatéral, es. daño colateral, it. danno collaterale, pl. szkoda kolateralna, sv. sidoskada etc.)—this turns people into things. But they are people killed. Terror was replaced by terror. How many of those killed by western military were not enemy combatants, but were killed accidentally? According to official calculations, the amount in the Yugoslavia War in 1999 (Operation Allied Force) is at least 50 percent⁹⁹ and in the second Iraq war 29 percent¹⁰⁰. Is it worth it? It will have led to new hatred. Just imagine in your neighborhood three terrorists were discovered and the police would accidentally kill one to three members of your family in addition to the three terrorists. What feelings would you develop not only against the active police officers, but against the entire police organization, and even against the whole state?

⁹⁶ Cf. Grzega 2015.

⁹⁷ Cf. Politi 2005.

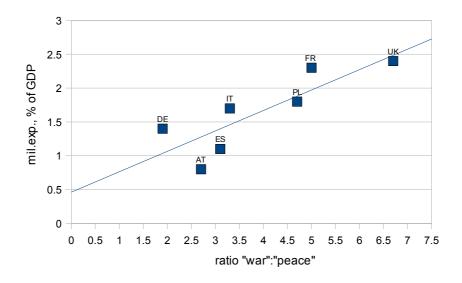
⁹⁸ Cf. http://www.sprach-not-arzt.de.

⁹⁹ Cf. Human Right Watch 2000.

¹⁰⁰ Cf. Conetta 2003.

What can more peaceful solutions look like? The cutting off from financial sources is one way which seems to be relatively quickly implementable. In addition, there must be strategies for the medium-term development of the EU countries. One way would be to convert the arms industry into a pure defense industry without sending weapons across Europe (instead of seeing the arms industry as a field for European economic growth). Another way would be the elimination of all forms of weapons of mass destruction in Europe, also the "financial weapons of mass destruction" (that is those businesses that bet about the future value of a good or a value paper, in other words: speculating).

A peaceful attitude can already be promoted when you speak and write less of "war" and much more of "peace". This is supported by an analysis of article headings in British, German, French, Italian, Austrian, Polish and Spanish newspapers. Comparing the occurrence of words for 'war' and 'peace' with the military spending expressed as the share of gross domestic product (according to Eurostat), then there is a clear effect between wording and military expenditures (shown in the graph below): The more headlines include "war" (rather than "peace"), the more military spending there is in that country¹⁰¹.



As a linguist, I have repeatedly pointed out Marshall Rosenberg (2005), who died earlier this year. He has developed the conversation model of Nonviolent Communication, which also works between warring parties, if they are willing to engage in a conversation. Where someone's life is in immediate danger, of course, this threat must first be dispelled. But then communication starts. The core of Rosenberg's model is the clear distinction between (1) universal needs and (2) strategies to meet those needs. As soon as someone has described which strategy of the opponent interferes with what need, a concrete alternative strategy is requested from the opponent. It is important that it is a request, not a demand. This must be made clear to the opponent. Rosenberg's language is not a language of pressure. It is not a language of compromise where both sides give up something. It is a language of consensus. With Rosenberg's model two people can not only resolve conflicts, but also avoid them. Now the challenge for politicians is that they should not speak for themselves

The analysis compares the 2012 military expenses in relation to the Gross National Product (according to Eurostat) and the occurrences of "war" und "peace" (incl. grammatical forms) between 13 Dec 2014 and 12 Dec 2015 in one liberal-progressive and one conservative journal in each of the following EU countries: UK (*The Guardian, The Daily Telegraph*), France (*Le Monde, Le Figaro*), Spain (*El país, El mundo*), Italy (*La stampa, Il corriere della sera*), Germany (*Frankfurter Rundschau, Die Welt*), Austria (*Der Standard, Die Presse*) and Poland (*Gazeta prawna, Gazeta wyborcza*); the archive used was LexisNexis. A Kendall Tau test reveals a probability value of p=0.0163 and an effect size of τ=0.8095.

personally, but for a group that they represent. EU representatives should therefore speak for the EU population. That is, they have to know the EU Treaties and must have empathy for other people. They have to ask what are good strategies for the fulfillment of human needs and the EU targets or even the UN goals.

As I said, Rosenberg assumed that all people have the same needs. Indirectly he tried to find something that does not produce culture-specific or group-specific associations. However, there is hardly anything that could not be charged with cultural significance. Who, for example, belongs to the group which is referred to as "my family"? In some cultures, 'the granddaughter of the grandmother's sister' is included, in other cultures not. What is "time"? For some cultures, this means the scope of '5 minutes prior to 5 minutes after the agreed time', for other cultures 'up to half an hour after the agreed time'. Culturally significant is also the relationship between the spoken word and written word. Therefore, the more precise one puts thoughts into words (mentioning also the purpose of an thing), the more you reduce misunderstandings. The clearer you make it whether something is intended as a question or a suggestion or a request, the more you reduce misunderstandings. The more you also try to decode the words of the interlocutor this way, the more a peaceful dialogue is possible. Here, too, a balance between conversation participants is required.

The greater the number of people, the smaller our imagination and empathy. Therefore, it is important to become familiar with other people" personal stories—and even with your own destiny. However, it is also necessary to examine how individual political decisions that we—perhaps under wrong assumptions—have supported, may have led to certain biographies. Maybe we need to reflect more intensely about future decisions in order to balance the welfare of many people in Europe and the world, for the sake of our own welfare. That was the goal of the EU. Since you cannot repeat it often enough, I will cite the EU goals again. The European Community aims at ""the sustainable development of Europe based on balanced economic growth [...][,] social market economy, aiming at full employment and social progress [....] It shall promote economic, social and territorial cohesion, and solidarity among Member States. [....] It shall contribute to peace, security, the sustainable development of the Earth, solidarity and mutual respect among peoples." Instead, at the end of 2015, we look at different kinds of force." In this sense, I hope and wish for the Europeans and the world a more peaceful year 2016.

Literaturverzeichnis

Ariely, Dan (2008), Predictably Irrational: The Hidden Forces That Shape Our Decisions, New York: Harper Collins. [dt. Denken hilft zwar, nützt aber nichts, München: Knaur 2008]

BEIGEWUM (2013), Mythen des Sparens, Hamburg: VSA.

Bertola, Giuseppe / Garibaldi, Pietro (2003), "The Structure and History of Italian Unemployment", CESifo Working Paper Series No. 907,

http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/DocBase Content/WP/WP-CESifo Working Papers/wp-cesifo-2003/ wp-cesifo-2003-04/cesifo_wp907.pdf. (01-01-14)

Boysen-Hogrefe, Jens (2012), "Die Zinslast des Bundes in der Schuldenkrise: Wie lukrativ ist der 'sichere Hafen'?", Kiel Working Paper No. 1780, Kiel: Kiel Institute for the World Economy,

https://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/die-zinslast-des-bundes-in-der-schuldenkrise-wie-lukrativ-istder-201esichere-hafen201c/kwp_gesamt.pdf (01-01-14)

Brandt, Torsten et al. (2009), Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen: Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität am Beispiel der Sektoren Postdienstleistungen, Öffentlicher Personennahverkehr, Elektrizität und Krankenhäuser, Wien: FORBA.

Buffett, Warren (2012) "Chairman's Letter", in: Berkshire Hathaway Inc. (ed.), 2012 Annual Report, Berkshire: Berkshire Hathaway.

Bunjes, Miriam (2013), "'Nehmt unser Geld'", *Publik-Forum* 11/2013, 17. Chang, Ha-Joon (2010), *23 Things They Don't Tell You about Capitalism*, London: Allen Lane. [dt. *23 Lügen, die sie* uns über den Kapitalismus erzählen, München: Goldmann 2012].

Conetta, Carl (2003), "The Wages of War: Iraqi Combatant and Noncombatant Fatalities in the 2003 Conflict", Cambridge (Mass.): Commonwealth Institute, http://www.comw.org/pda/0310rm8.html (11-11-06).

Dany, Geraldine et al. (2015), "Germany's Benefit from the Greek Crisis", IWH Online 7/2015. Halle (Saale): Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, auch: http://www.iwh-halle.de/d/publik/iwhonline/io 2015-07.pdf

Esping-Andersen, Gøsta (1990), The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge: Polity Press.

Eurostat, http://epp.eurostat.ec.europa.eu

Flassbeck, Heiner (2012), Zehn Mythen der Krise, Berlin: Suhrkamp.

Gigerenzer, Gerd (2014), Risk Savvy: How to Make Good Decisions, New York: Penguin. [dt. Risiko: Wie man die richtigen Entscheidungen trifft, München: Bertelsmann, 2014]

Goodwin, Michael / Burr, Dan E. (2012), Economix: How Our Economy Works (and Doesn't Work) in Words and Pictures, New York: Harry N. Abrams. [dt. Economix: Wie unsere Wirschaft funktioniert (oder auch nicht), Berlin: Jacoby & Stuart, 2013].

Grzega, Joachim (2009), "Wie kann die Eurolinguistik zur sozioökonomischen Entwicklung Europas beitragen?", in: Hinrichs, Uwe / Reiter, Norbert / Tornow, Siegfried (eds.), Eurolinguistik – Entwicklung und Perspektiven, 315-333, Wiesbaden: Harrassowitz.

Grzega, Joachim (2013), Studies in Europragmatics, Wiesbaden: Harrassowitz.

Grzega, Joachim (2015), "Analyzing Languages on the National, European and Global Level - Different Goals and Frames Require Different Methods", Journal for EuroLinguistiX 12: 4-15.

Herlyn, Estelle (2010), Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalititonsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven, Wiesbaden: Springer Gabler.

Herman, Edward S. / Chomsky, Noam (1988/2002), Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media, New York: Pantheon.

Human Rights Watch (2000), "The Crisis in Kosovo", https://www.hrw.org/reports/2000/nato/Natbm200-01.htm (11-

International Labour Office (2008), World of Work Report 2008, Geneva: ILO.

Jacobs, Garry / Šlaus, Ivo (2010), "Indicators of Economic Progress: The Power of Measurement and Human Welfare", Cadus 1/1: 53-113.

Kahnemann, Daniel (2011), Thinking, Fast and Slow, New York: Farrar, Straus and Giroux. [dt. Schnelles Denken, langsames Denken, Berlin: Siedler.

Kämpke, Thomas / Pestel, Robert / Radermacher, Franz Josef (2003), "A Computational Concept for Normative Equity", European Journal of Law and Economics 15: 129-163.

Kuznets, Simon (1934), "National income, 1929–1932", 73rd US Congress, 2d session, Senate document no. 124. Lawn, Philip A. (2011), "A Theoretical Foundation to Support the Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW), Genuine Progress Indicator (GPI), and Other Related Indexes", Ecological Economics 44/1, 105-118.

Marshall, Alfred (1890), Principles of Economics, London: Macmillan.

Nationale Armutskonferenz, www.nationalearmutskonferenz.de

Politi, James (2015), "Eurozone austerity fanning populist flames, says Renzi", Financial Times 21.12.15.

Radermacher, Franz Josef (2005), Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, Wien: Ökosoziales Forum Europa.

Radermacher, Franz Josef / Beyers, Bert (2011), Welt mit Zukunft: Die ökosoziale Perspektive, 2. Auflage, Hamburg:

Rosenberg, Marshall B. (2005), Speak Peace in a World of Conflict, Encinitas: Puddledancer [dt. Eine Sprache des Friedens sprechen – in einer Welt voller Konflikte, Paderborn: Junfermann 2006].

Schmidt, Helmut (2012), "Pflicht zur Solidaritat", Die Zeit 27.12.12

Schulz, Martin (2013), Der gefesselte Riese, Berlin: Rowohlt.

Stiglitz, Joseph (2002), Globalization and Its Discontents, New York: Norton. [dt. Die Schatten der Globalisierung, Berlin: Siedler 2002].

TNS Opinion & Social (2010), Europeans and the Crisis, Special Europeanmeter 74.1, Brussels: European Commission, http://ec.europa.eu/public opinion/topics/eb741parl en.pdf.

Wagenknecht, Sarah (2012), Freiheit statt Kapitalismus: Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft, München: Eichborn.

Wilkinson, Richard / Pickett, Kate (2009), The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better, London: Allen Lane. [dt. Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin: Tolkemitt

Wunsch, Karl (1962), "Zum Wortfeld 'Arbeiter' bei Marx und Engels", Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur 84. 458-468.

Zeise, Lucas (2012), Euroland wird abgebrannt, Köln: Papyrossa.